Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

21. November 1977
Jg. 5 Nr. 47

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

SPD-Parteitag im Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit

Von den Versuchen der ideologischen Versklavung der Arbeiterklasse ist vielleicht am widerlichsten der Versuch der Monopolbourgeois, die Arbeiter in die Gedankenwelt ihrer imperialistischen Konkurrenz einzuspinnen. Zur wirksamen Bewältigung der Schmutzaufgabe, die Spaltung und das Elendsschicksal der Arbeiterklasse im eigenen Lande mit der Spaltung der internationalen proletarischen Bewegung zu verschlingen, halten sich die Monopolbourgeois in Westdeutschland gegenwärtig die Sozialdemokraten auf den Ministerposten warm. Nicht etwa, daß die führenden Sozialdemokraten die einzigen Bourgeoispolitiker wären, die sich zur Bewältigung dieser Aufgabe anbieten.

Die von Kanzler Schmidt auf dem Parteitage der Sozialdemokratie verkündete Devise war: „Und es muß alles unterbleiben, was unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten wesentlich beeinträchtigen könnte."

Das ist der naturhafte, ungefilterte Brunftschrei des Monopolkapitals, das auf Profite scharf ist. Das ist die Stimme des Herrn, und *alle* Bourgeoispolitiker trompeten da, je nach Gemütsart, lauter oder dezenter mit. Was die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die westdeutschen Monopolbourgeois aber so besonders interessant macht, ist, daß die Rotte von höheren Beamten, die heute den führenden Kern der Sozialdemokratie bilden, diesen Brunftschrei des Monopolkapitals als Vertreter einer Arbeiterorganisation herausstoßen. Der gleiche Schmidt, der bereits als Hamburger Innensenator verstand, die grenzenlose Leichtfertigkeit und profitgierige „Sparsamkeit", die bei der damaligen Flutkatastrophe 300 Men-

grenzenlose Leichtfertigkeit und profitgierige „Sparsamkeit", die bei der damaligen Flutkatastrophe 300 Men-

schen das Leben gekostet hat, für eine große Polizeieinsatzshow auszunutzen, erklärt also am gleichen Orte, daß „alles" „unterbleiben" „muß", wenn „es" auch nur der Möglichkeit nach „unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten" *„beeinträchtigen"* kann.

Der Schauspieler ist seine Gage wert, wenn sie auch hoch ist. Die Bourgeoisjournalisten würdigen, der Parteitag habe Kanzler Schmidt mit Vertrauensbeweisen überschüttet. Schmidt seinerseits hat der ganzen Sozialdemokratischen Partei eine Liebeserklärung vorgeführt wie nur je ein Hochzeiter einem reichen Brautvater. Alles war im Fernsehen zu besichtigen und muß hier nicht näher ausgemalt werden. Eine schwülstige Verbrüderungsorgie war zu gange, so aufdringlich, daß allgemein festgestellt wurde,

Fortsetzung Seite 2

Die Arbeiter in den USA setzen sich in großen Streikkämpfen gegen ihre Ausbeuter zur Wehr



Streikposten der Erzgrubenarbeiter der Hibbing Taconite-Mine in Minnesota, USA, am ersten Tag ihres von 18 Bezirken der Stahlarbeitergewerkschaft USWA getragenen Streiks (1. August). Ihr Kampf für Lohnerhöhung dauert jetzt schon über drei Monate. – Artikel in dieser Ausgabe der KVZ, Seite 5.

Streikposten der Erzgrubenarbeiter der Hibbing Taconite-Mine in Minnesota, USA, am ersten Tag ihres von 18 Bezirken der Stahlarbeitergewerkschaft USWA getragenen Streiks (1. August). Ihr Kampf für Lohnerhöhung dauert jetzt schon über drei Monate. – Artikel in dieser Ausgabe der KVZ, Seite 5.

Drei Schinderanstalten der Region: Ausbeutung hinter den Schranken, die die Arbeiterbewegung gesetzt hat

Der „Nutzen" der industriellen Reservearmee: „Man muß eben sehen, was der Arbeitsmarkt hergibt"

Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter!

Seesen. Bei Sonnen-Bassermann (ein Nahrungsmittelkapitalist) werden 1500 Arbeiter ausgebeutet, darunter ungefähr 300 Studenten, vornehmlich aus Irland. Über 40% der Belegschaft sind ausländische Arbeiter: türkische, spanische, jugoslawische. Die ausländischen Arbeiter werden in ihren Heimatländern z.T. mit Werbefilmen angeworben, den ausländischen Studenten wird erzählt, sie könnten hier Deutsch lernen. Ein 12- bis 15stündiger Arbeitstag ist keine Seltenheit. „Im Geschäftsjahr 76 wurde ein Umsatz von 175 Mill. DM erzielt – bei einer Umsatzsteigerung von 8%. Die Rendite ist – wie in den vorangegangenen Jahren – zufriedenstellend. Im laufenden Jahr wurden 5 Mill. DM investiert. Die Aussichten für die Zukunft sind günstig ..." Das meldet die IHK über die Lage bei Sonne.

Ein türkischer Arbeiter berichtet: „Die Kapitalisten denken nur an ihre Tasche, wenn sie Arbeiter brauchen, nehmen sie welche, wenn nicht, schmeißen sie sie raus. (Arbeitsvertragsvordruck: tägliche Kündigungsfrist für Saisonarbeiter innerhalb der ersten vier Wochen, nach vier Wochen sechs Kalendertage; bei Produktionsstockungen werden die Saisonarbeiter nach Hause geschickt und werden für ganze zwei Stunden bezahlt) Die Arbeit, die wir machen, kostet viel Kraft, wir sind oft zu wenig Leute. Wenn du dann hingehst und sagst, daß du noch einen brauchst, heißt es: ‚Laß das, du schaffst das alleine!' Ein spanischer Arbeiter, der zehn Jahre in Deutschland ist, kann nur vier bis fünf Worte deutsch. So ist das bei vielen. Du kannst dich deshalb schlecht gegen die Antreiber wehren, wenn du keine Worte findest oder wenn du eine Frage z.B. zu einer Lohnabrechnung hast. Das ist nicht die Schuld der Arbeiter. Es gibt keine Sprachkurse. Wenn die ausländischen Arbeiter deutsch lernen könnten, würden sie besser gegen die Kapitalisten kämpfen können.

Der Lohn ist viel zu niedrig. Frauen kriegen 6,57 DM. Sie machen Überstunden und arbeiten Schicht. Sie arbeiten wie Maschinen: arbeiten, waschen, schlafen, essen, arbeiten ... Für zehn Stunden am Tag haben sie dann 800 DM netto. Wenn die ausländischen Arbeiter hierher kommen, denken sie zuerst, 800 DM, das ist sehr viel, das sind ja 5000 bis 6000 türkische Lira. Aber dann merken sie, ein Brot, das sind 25 türkische Lira, usw. Die Kapitalisten spalten zwischen Deutschen und Ausländern. Wieso kriegen die ausländischen Männer 7,91 DM, die deutschen 9 DM?"

Gegen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß ging die Werksleitung mit Entlassung eines türkischen Arbeiters vor. Die Empörung war groß, eine Versammlung wurde dagegen durchgeführt. Die Sozialdemokraten von der Gewerkschaft NGG mußten zur Werksleitung gehen. Die Arbeiter waren fest entschlossen, das nicht durchgehen zu lassen. Die Wiedereinstellung wurde erzwungen.

Sechsstündiger Arbeitstag für Jugendliche unter 18 Jahren!

Delmenhorst. Herr Wiesner, durch Einheirat in die Familie Riese Chef der Bekleidungswerke La mod GmbH & Co. KG geworden, redet nicht nur von Jugendarbeitslosigkeit, er handelt. Auch 17jährigen gibt er Arbeit und Brot, mit kleinen Abstrichen beim Jugendarbeitsschutzgesetz. Die noch berufsschulpflichtigen Jugendlichen arbeiten fünf Tage die Woche und gehen Samstag zur Berufsschule. Die Kundschaft für Blusen zum Preis von 70 DM und Mäntel für 500 DM will pünktlich die neue Mode. Kommt sie nicht pünktlich, kostet's Marktanteile. Wird die Belegschaft entsprechend groß gehalten, geht es an den Profit. Also Überstunden. Freitags statt bis 13 Uhr bis 16 Uhr. Samstags von 6 bis 11 Uhr. Auch für die 17jährigen. Berufsschule? Da genügt ein Anruf: „Fräulein (Herr) ... ist heute im Betrieb nicht abkömmlich." Eine 17jährige Arbeiterin wollte an dem Samstag ihrer Verlobung nicht arbeiten. „Dann kommen sie von 6 bis 8 Uhr, aus Prinzip."

Der größte Teil der Arbeiter ist zwischen 18 und 25 Jahren. Ein gutes Alter für die Auspressung hoher Arbeitsleistung. Der Akkord ist für viele so hochgeschraubt, daß es schon eine Schinderei ist, nur die 100 Prozent zu erreichen. Häufig wird in den Pausen durchgearbeitet.

Ein 17jähriger Bügler, 6,10 DM die Stunde, berichtet: Um 8 Uhr bekommt er Herzstiche. Er geht zum Vorarbeiter und teilt ihm mit, daß er zum Arzt will. Dieser: „Das geht doch nicht, es ist so viel Arbeit da, nimm doch Klosterfrau Melissengeist, dann geht es gleich besser." Der Arzt stellte dann „Störungen des vegetativen Nervensystems" fest und schrieb den Jugendlichen krank. Woher die Krankheit kommt? „Von zu viel Arbeit."

Tarifvertrag! Siebenstundentag, Verbot der Überstunden!

Hamburg. Auf der Schiffswerft Sietas werden die Arbeiter nur mit Einzelverträgen eingestellt. Es gibt keine festen Lohngruppen, jeder muß seinen Lohn mit dem alten Sietas selber aushandeln. Sietas ist nicht im Kapitalistenverband. Ein türkischer Arbeiter arbeitet seit einigen Wochen auf der Werft und wird als Schweißer angelernt, er bekommt dafür 8 DM brutto. Nach der Probezeit soll er mehr kriegen, wieviel, weiß er nicht. Weihnachtsgeld bekommt er vielleicht 100 DM, vielleicht aber auch nichts. Wer über ein Jahr da ist, erhält 184 Stundenlöhne. Das alles hängt von dem alten Sietas ab.

Ein Arbeiter berichtete: Obwohl die Werft erweitert wird, hat es im letzten Jahr viele Entlassungen gegeben, meist von Kollegen, die mal krank waren. Und das wird man schnell bei Sietas; verlangt werden Überstunden bis zum Umfallen, aber „voller Einsatz". Jeden Tag zehn Stunden und samstags fünf Stunden gilt für Sietas als normal. Ein Arbeiter wurde schon sonntags früh telegraphisch auf die Werft gerufen. Er habe dort zu erscheinen, ein Gerüst sei in die Elbe gekippt.

Fortsetzung Seite 2

250 Streiks in Mexiko

In über 250 Streiks hat sich die mexikanische Arbeiterklasse gegen den Versuch der Regierung gewehrt, alle Lohnerhöhungen auf 10% einzuschränken, bei einer jährlichen Inflationsrate von 20%. Dieses Lohnsenkungsprogramm ist Teil eines „Austeritätsprogramms", das der Internationale Währungsfonds (IWF) der mexikanischen Bourgeoisie vorgeschrieben hat. Die mexikanische Regierung wird bei ihrem Programm von der Führung des größten Gewerkschaftsverbandes unterstützt, die eng mit der Regierungspartei verfilzt ist. Die Streiks werden von im Kampf geschaffenen „unabhängigen Gewerkschaften" geführt, die im Laufe des Jahres mehr als 60 Demonstrationen in Mexiko-Stadt durchgeführt haben. Ein dreitägiger Streik bei der Luftfahrtgesellschaft Aeromexiko wurde jetzt gespalten und unterdrückt, und ein 10%-Abschluß wurde verfügt. Trotz starkem reaktionären Druck gehen die Streiks des Personals bei den Luftlinien Panam und Varing weiter.

El Salvador: Arbeitsministerium zur Durchsetzung höherer Löhne besetzt

Seit einem Monat streiken die Arbeiter von drei Textilwerken des mittelamerikanischen Staates El Salvador, um Lohnerhöhungen von umgerechnet über 4 DM von derzeit 5,60 DM auf 10 DM pro Tag durchzusetzen. Letzte Woche demonstrierten 200 von ihnen, zusammen mit 1500 Landarbeitern unter Führung der „christlichen Vereinigung der salvadorianischen Landarbeiter" und des „Revolutionären Volksblocks" zum Arbeitsministerium in San Salvador, besetzten dies und sperrten den Arbeitsminister und den Wirtschaftsminister zusammen mit 150 Regierungsbeamten ein, bis die Regierung bereit war, ihnen Prüfung der Lohnforderungen und Verhandlungen über Lohnerhöhungen zuzugestehen. Die Polizei konnte das Ministerium nicht einnehmen. Umgehend fand sich ein Regierungsausschuß zusammen, der mit den Arbeitern vereinbarte, über die Anhebung der Mindestlöhne bei den Landarbeitern und der geforderten Lohnerhöhung der Textilarbeiter in Verhandlungen zu treten. Nach drei Tagen Besetzung verließen die Arbeiter das Ministerium.

Streikwelle in Argentinien

Ausgehend vom Streik der 10000 Re-

Streikwelle in Argentinien

Ausgehend vom Streik der 10000 Renaultarbeiter in Cordoba, der Besetzung des Werkes nach sechs Tagen Streik durch das Militär und der darauffolgenden Entlassung von 130 Arbeitern, bringen die Streiks von weit über 100000 Arbeitern der Schlüsselindustrien wie des öffentlichen Dienstes in Argentinien das Wirtschaftsprogramm der Regierung ins Wanken, das u.a. die 50prozentige Senkung des Lohns im letzten Jahr und die geplante Entlassung von ca. 500000 Beschäftigten des Staatsdienstes beinhaltet. Um weiteren Stillstand der Produktion zu vermeiden, waren die Kapitalisten und die Regierung bereit, die Novemberlöhne statt um 15 um 43% zu erhöhen. Die Arbeiter z.B. der staatlichen Petroleumsgesellschaft dagegen fordern Anhebung der Löhne um 100%. Die Busfahrer, die Arbeiter der Kraftwerke, die Seeleute wie die Bankangestellten verlangen Anhebung der derzeitigen Mindestlöhne von 30000 Pesos (149 DM) auf 80000 Pesos (380 DM).

Streikbewegung der Farmer in den USA entwickelt sich kräftig

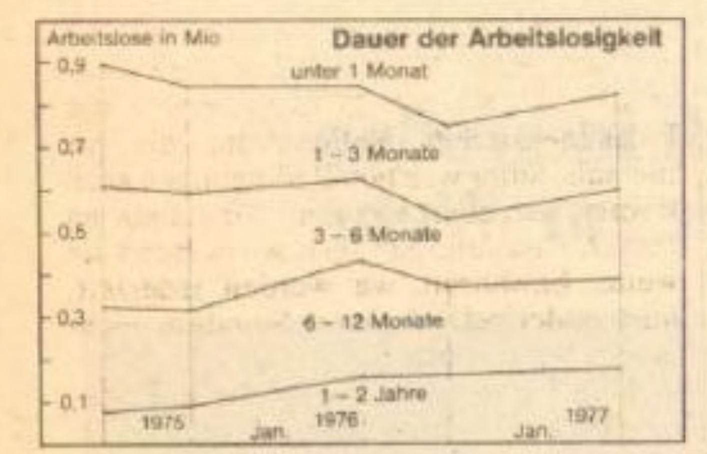
„Sohn, sagte der ältere Mann, und erinnerte sich an das Jahr der großen Depression 1932, du hast damals für ein Bushel (Scheffel) Weizen nicht unter 18 Cents abgeschlossen." „Und dabei hast du damals, erwiderte der Sohn, für einen Haarschnitt 25 Cents gezahlt, das war ein und ein Drittel Bushel Weizen. Heute kostet der Haarschnitt zwei Bushel." – Nicht weit von den beiden startet Farmer John Stulp seinen Traktor und rechnet vor: „Vor fünf Jahren hat ein John Deere 8000 Bushel gekostet, und in diesem Herbst kostet er schon 14500 Bushel."

Erlebnisse eines bürgerlichen Journalisten auf dem Lande. Die Bourgeoisie der USA ist besorgt über die sich kräftig entwickelnde Kampfbewegung der kleinen Farmer, die von den Agrarmonopolen Mindestpreise für die Produkte ihrer Arbeit fordern. Der Mann berichtet weiter: „Während tausende Farmer mit ihren Traktoren zum Protest aufmarschiert sind und nahezu allen landwirtschaftlichen Schlüsselgebiete mit Streikversammlungen überziehen, ist schwer einzuschätzen, wieviele sich dem (für den 14. Dezember geplanten) Streik noch anschließen werden und welche Folgen das hat." (International Herald Tribune, 16.11.77)

Entwicklung und Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit und das System der Fluktuation

21218 Arbeiter bekamen im Monat Juli 1977 eine Sperrzeit, das heißt kein Arbeitslosengeld, 505 Arbeitern wurde das Arbeitslosengeld ganz entzogen (von Januar 1977 bis Juli 1977: 3578 Arbeitern). Die Arbeitslosenhilfe wurde 248 Arbeitern im Juli 77 gestrichen. Die Zahlen steigen eher jeden Monat. 204296 Anträge sind im Juli 1977 auf Arbeitslosengeld gestellt.

87378 zählt die Statistik in dem einen Monat als „unerledigt". 68% des letzten Nettoeinkommens erhält der arbeitslose Proletarier Arbeitslosengeld, nach einem Jahr setzt ihn die Arbeitsverwaltung auf Arbeitslosenhilfe, das sind knapp über die Hälfte des letzten Nettoeinkommens, 58%. Hunger ist das direkte Ergebnis der kapitalistischen Profitschlachten für den Teil der Arbeiter, der aufs Pflaster geworfen wird.



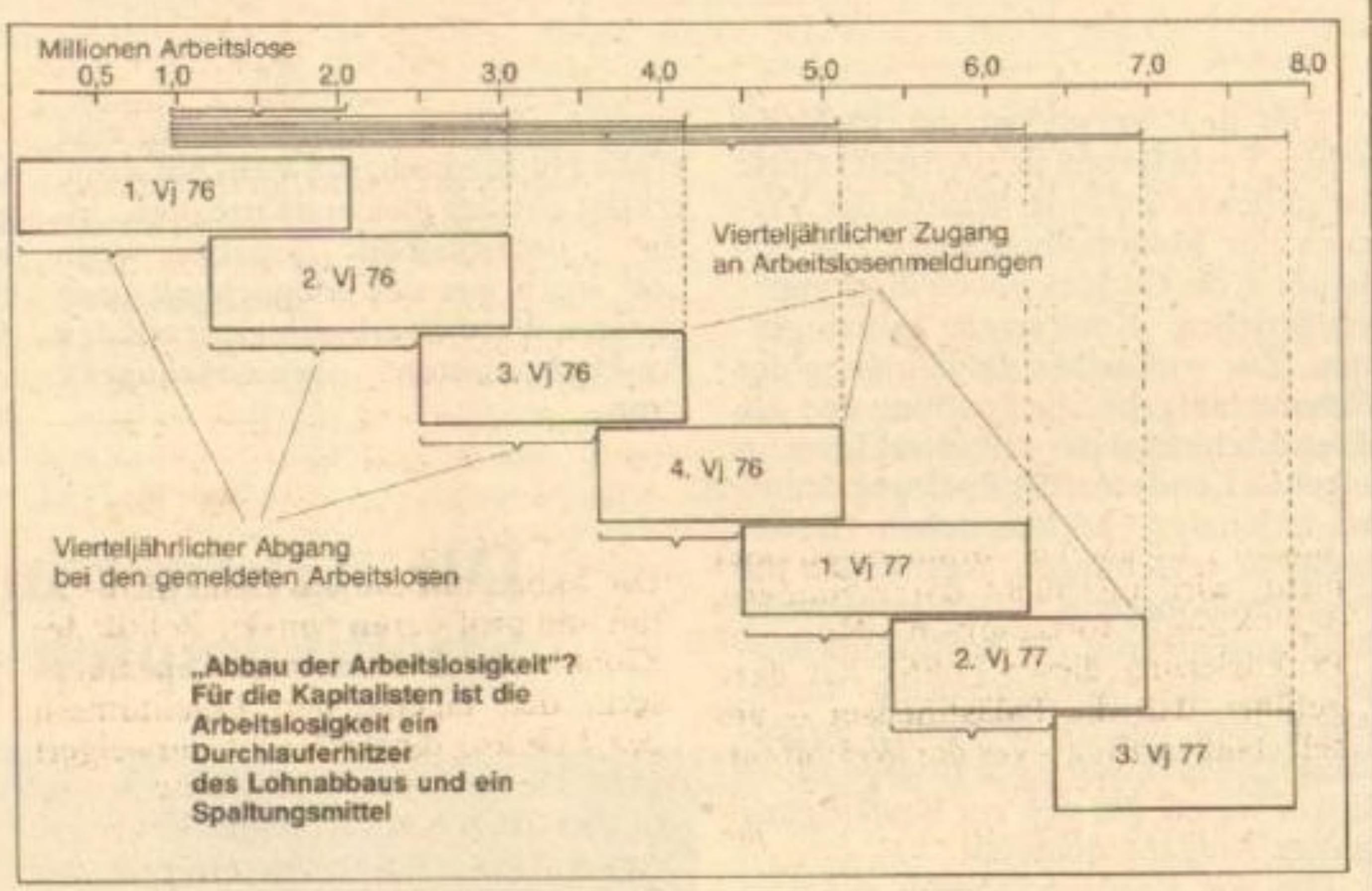
Für den Monat Oktober lautet das dürre Bulletin: „Die Zahl der Arbeitslosen nahm im Oktober um 43000 auf 954400 zu. Der entsprechende Vorjahresstand wurde um 10700 übertroffen." (Sozialpolitische Umschau vom 4.11.1977)



Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit führt unter der Überschrift: „Arbeitslose anpassungsfähiger als vermutet" aus: „Zwei Drittel der Befragten haben nach der Arbeitslosigkeit den Wirtschaftszweig gewechselt. Einen neuen Beruf ergriff knapp die Hälfte, wobei drei Viertel der Personen mit einem Berufswechsel von ihren bisherigen beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten am neuen Arbeitsplatz wenig, sehr wenig oder nichts verwenden können. Das monatliche Nettoeinkommen nach der Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Einkommen vor der Arbeitslosigkeit verringert." (Presseinformationen der Bundesanstalt vom 23.9.1977)

Die Schaubilder, die wir aufgetragen haben, zeigen: Die Entwicklung der Proletarier, die arbeitslos geworden sind, ist nicht fallend, sondern ansteigend seit 1975. Ansteigend ist auch die Kurve der Arbeiter nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit, die bis zu 2 Jahren und länger arbeitslos sind. Tausende von Arbeitern werden von der bürgerlichen Statistik schon nicht mehr als arbeitslos erfaßt.

Im Durchschnitt 400000 Proletarier registriert die Bundesanstalt für Arbeit jeden Monat als Zugang an Arbeitslosen. 8,5 Millionen, das ist bald die Hälfte aller in Arbeit stehenden Lohnabhängigen, sind in 1 1/2 Jahren kapitalistischer Produktion umgewälzt, in die kapitalistische Produktion eingesogen und herausgestoßen worden. – (Z-Red.)



SPD-Parteitag im Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit

Fortsetzung von Seite 1

so was habe es auf SPD-Parteitagen noch nicht gegeben. Mehrere Delegierte weinten bei mehreren Gelegenheiten.

Wir denken, die besoffene Glückseeligkeit des Parteitages wird sich in näherer Zukunft relativieren. Die programmatische Linie, auf der sich die führenden Parteibeamten vor der Kulisse der Parteitagsdelegierten einigten, steht so offensichtlich gegen Interessen und erhobene Forderungen der Arbeiterklasse, daß sich sogar auf seiten der Reaktion Kümmernis über die längerfristige Verwendbarkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Arbeiterleim breit macht. „Mit den Beschlüssen dieser Tage werden es die Delegierten, das merkten sie selbst, schwer haben, zu Hause Begeisterung und neuen Mut zu wecken." Und: „Wenn eine Partei Profil vermissen läßt, signalisiert dies auch meist die Misere ihres Nachwuchses. Nicht anders in Hamburg bei der SPD." Sorge klingt also aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Seine aktuelle Funktion hat der Parteitag der SPD hingegen erfüllt. Die SPD hat eine politische Blockadebewegung gegen die Interessen der Arbeiterbewegung ins Werk gesetzt, die hinreichen soll, um die Errungenschaften, welche die Monopolbourgeois der Regierung Schmidt-Genscher zu danken haben, vor gefährlichem Zugriff der Arbeiterbewegung sicherzustellen. Die Partei hat jetzt die Politik des Betruges an den Rentnern, des Betruges an den Pflichtmitgliedern der Krankenkassen, der Unterdrückung der Arbeiter mittels der Arbeitslosenversicherung, der Erhöhung der indirekten Steuern, die Politik der politischen Entrechtung abgesegnet. Die Partei hat ihre Zustimmung zum Energieprogramm erteilt und damit den Kurs gebilligt, eine rasante Rationalisierungswelle in die Wege zu leiten, für die allerdings die Reaktorenenergie gebraucht wird. Die Partei war von der Notwendigkeit der Rohstoffsicherung so ergriffen, daß über die von der Regierung Schmidt-Genscher eingeleitete Flottenrüstung noch nicht mal ein Wort verloren wurde.

Alle diese Punkte, denen gleichermaßen die Absicht der Lohndrückerei wie der politischen Unterdrückung wie der Kriegsvorbereitung auf der Stirn geschrieben steht, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geschluckt wie Honigpillen. Was sind das für Ansichten, die nicht nur die Delegierten des Parteitages, sondern auch wie jedermann weiß, viele Sozialdemokraten der unteren Parteiebenen bewegen, der Bande von Bourgeoisbeamten, die die SPD führen, die Stange zu halten?

Man muß nicht denken, diese alle wären Betrogene und Getäuschte. Allzu offensichtlich ist, was beschlossen wurde. Nein, die Gründe liegen tiefer. Es ist der Chauvinismus, der sich in der SPD unter der Maske von Freundschaft und Partnerschaft der Völker eingefressen hat.

Viele Mitglieder der SPD spekulieren folgendermaßen: Wenn die Waren, die von den Arbeitern hier für die Kapitalisten produziert werden, auf den Weltmärkten besseren Absatz fänden, so würden die Kapitalisten wohl mehr produzieren lassen, dann legte sich zuerst die Arbeitslosigkeit, und das würde die Kassen von Renten und Arbeitslosenversicherung und auch der Krankenversicherung füllen, wie auch Steuergeld „für Reformen" da wäre. Sodann könnte man, bei beseitigter Arbeitslosigkeit versteht sich, auch wieder eine Lohnerhöhung oder die andere von den Kapitalisten herausholen, und die Kantine im Betrieb würde auch frisch gestrichen. Überhaupt wäre das also das Beste. Und am deutschen Arbeiter soll es nicht liegen und an seinem Fleiß! Und wenn dann die Rohstoffe gesperrt werden, knapp bevor das Schlaraffenland erreicht ist, ja da muß man doch was gegen solche Ungerechtigkeit unternehmen? Da wird man also Schiffe brauchen. Und ein starkes Bündnis!

Mag ja sein, daß der eine oder andere diesen Schmus nicht bis zu Ende denkt. Aber man muß mit den Sozialdemokraten schon über diese Richtung reden. Denn die Fiktion ist nicht nur gefährlich, sondern vor allem auch noch völlig falsch. Der Weg ins Schlaraffenland der Klassenversöhnung führt bloß über die Station, auf der die westdeutsche Arbeiterklasse sich den weltweit niedrigsten Lohnstandard aufzwingen läßt, wovon sie nicht nur selber nichts hat, sondern auch noch als Stoßkeil in die internationale Front des Proletariats sich bewegt. Wir denken, daß nach diesem Hamburger Parteitag die theoretische Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung, insbesondere aber der Gewerkschaftsbewegung, auf neuer Stufenleiter als aktuelle, praktische, unausweichliche Aufgabe begonnen werden muß.

Die führenden Sozialdemokraten wittern bereits die Gefahr. Über diesen Punkt hat sich Herbert Wehner derart lautstark ausgelassen, daß die Mikrophonanlage ausfiel und das Fernsehen nicht alles übertragen konnte.

Wir wissen nicht, ob der Verschleiß der Sozialdemokratie Absplitterungen, Neugründungen usw. hervortreiben wird. Das interessiert uns auch nicht, weil das nützt nichts. Wir wissen aber, daß der unvermeidliche Verschleiß der Sozialdemokratie dann nichts nützt, und bloß in neue, genauso bürgerliche Fahrwasser führen wird, wenn er nicht revolutionär aufgeklärt wird. Die praktischen Aufgaben der kommenden Monate verbinden sich also eng mit theoretischen, ja, der theoretische Kampf ist selber eine praktische Aufgabe hohen Ranges in diesen Kämpfen.

Drei Schinderanstalten

Fortsetzung von Seite 1

Bei dieser Arbeitshetze passieren viele Unfälle. Häufiger fallen Arbeiter von den Gerüsten und brechen sich alle Knochen. Einer starb, einer mußte nach drei Monaten Krankenhaus unter großen Schmerzen wieder arbeiten.

Einer hatte einen schweren Leberschaden von der Schweißtätigkeit mit Schutzgas. Einen Monat nach der Operation wurde er entlassen und liegt jetzt in einer der Wohnbaracken, die der Sietas an ausländische Arbeiter vermietet, für 8 qm 136 DM Miete kalt. Nicht nur, daß Sietas die Arbeiter bis auf's Mark auf seiner Werft ausbeutet, so tritt er noch als Plünderer auf und zieht Teile des Lohns gleich wieder ein. Sietas hat ehrgeizige Pläne, es ist die einzige Hamburger Werft, die rund um die Uhr arbeitet. Erst jetzt hat er Teile des alten Werksgeländes von HDW-Finkenwerder aufgekauft für ein Reparaturdock für größere Schiffe.

Die Arbeiter sind aber gegen die Ausbeutung, gegen die Spaltung und für den Zusammenschluß. Zwei Arbeiter vertreten, daß dies mit einer Lohnforderung von 220 DM möglich ist und daß man dafür auch streiken müßte.

„Schock in Genf": Mit ihren Spaltungsversuchen beißen die Imperialisten bei der Rohstoffkonferenz in Genf auf Granit

Zur zweiten Verhandlungsrunde der UNCTAD für den gemeinsamen Rohstoffonds sind seit dem 7.11. Delegationen von 98 Ländern in Genf zusammengetreten. Seit Jahren fordern die Länder der Dritten Welt ein integriertes Rohstoffprogramm. Vielen Ländern haben die Imperialisten mit Gewalt die einseitige Produktion nur eines oder zweier Rohstoffe aufgezwungen. Ihre Macht auf den Weltwarenmärkten nutzen sie zur Drükkung der Rohstoffpreise und zur ständigen Verschlechterung der relativen Austauschverhältnisse zwischen den Rohstoffexporten der Länder der Dritten Welt und ihren eigenen Exporten von Produktions- und Lebensmitteln. Mit dem integrierten Rohstoffprogramm soll den heftigen Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten und den Folgen der „Weltarbeitsteilung" der Imperialisten eine Schranke gesetzt werden.

Dazu fordern die Länder der Dritten Welt einen gemeinsamen Fonds, der Ausgleichslager zur Stabilisierung der Preise der einzelnen Rohstoffe finanziert und den Abschluß von Rohstoffabkommen darüber fördert. Daneben soll der Fonds Sofortmaßnahmen zur Preisstützung auch für solche Rohstoffe ergreifen können, für die noch keine Rohstoffabkommen existieren, und „andere Maßnahmen" zur Förderung der Produktivität, des Absatzes und Transports der Rohstoffe durchführen. Finanzieren sollen den Fonds im wesentlichen die Imperialisten, die bisher aus dem ungleichen Tausch auf dem Weltmarkt riesige Extraprofite geschlagen haben. Das Stimmrecht soll nach dem Grundsatz gleicher Rechte aller beteiligten Länder geregelt werden.

All diese Forderungen sind seit 1975 formuliert und immer wieder auf internationalen Konferenzen vorgetragen worden. Im Frühjahr haben die Imperialisten auf der Pariser „Nord-Süd-Konferenz" ihre grundsätzliche Zustimmung zum gemeinsamen Fonds geben müssen. Jetzt schreibt das „Handelsblatt", die „neuen Forderungen" der Entwicklungsländer seien „der große Schock von Genf". (11.11.77)

Schockiert sind die Imperialisten nicht über „neue Forderungen", sondern darüber, daß die Länder der Dritten Welt unverrückbar an ihren „alten Forderungen" festhalten. Diese will die Gruppe der imperialistischen „Neun" in ihr Gegenteil verkehren. Keinen Finger soll nach ihren Vorschlägen der Fonds rühren dürfen, wenn nicht die Imperialisten dem vorher in einem „Rohstoffabkommen" zugestimmt haben. Die Bundesregierung hat bereits gleich nach der Konferenz von Nairobi erklärt, „daß hier viele Rohstoffe genannt werden, die nach unserer Auffassung nicht abkommensfähig sind". (Regierungserklärung Friderichs vom 2.6.76) Damit wollen sie spalten zwischen den Produzenten der verschiedenen Rohstoffe und nur dort Abkommen schließen, wo sie selbst an Lagerhaltung zur Sicherung ihrer Versorgung interessiert sind, so z.B. schon seit längerem bei Zinn. Den Fonds sollen die so gegründeten Rohstofforganisationen selbst bezahlen, also zum Gutteil die Produzentenländer. Zugleich wollen sich die Imperialisten mit ihrem eigenen Beitrag die Kontrolle über den Fonds sichern, nach dem Prinzip „One Dollar, one vote". Funktionieren soll der Fonds über Einlagen von und Kredite an die einzelnen Rohstofforganisationen, um ein weiteres weltumspannendes Netz der Schuldknechtschaft nach dem Vorbild des Internationalen Währungsfonds zu errichten.

Daß die Länder der Dritten Welt demgegenüber ihre Einheit auch durch „andere Maßnahmen" als Ausgleichslager festigen, mag für den Kommentator des „Handelsblatts" ein „Schock" sein. Für die Völker der Welt ist es erfreulich. – (N-Red.)

Die Straßenverkehrsordnung, für den Fall vor dem Notstand

Großfahndung nach dem Tod von Hans-Martin Schleyer: Willkürlich herausgewunken finde ich mich auf einem Parkplatz auf der Autobahn zwischen Bremen und Hannover wieder. Es ist Sonntagvormittag. Der Platz ist leer. Die Polizisten winken andere Autofahrer gleich weiter. Sie „dürfen" dann nicht anhalten. Kontaktsperre auf der Autobahn. Papiere vorzeigen, ausfragen lassen über das Woher und Wohin. – Die gehst Sie einen Scheiß an. – Die Untersuchung wird intensiver. Warndreieck letzte ADAC-Norm vorweisen. Medizinkasten. Ist auch alles nach dem Roten Kreuz sortiert? Ist das Nummernschild auch gut lesbar, der Beamte überlegt es sich. Nach dem Straßenverkehrsgesetz kann jeder, der „in rechtswidriger Absicht das an einem Kraftfahrzeug oder einem Kraftfahrzeuganhänger angebrachte Kennzeichen verändert, beseitigt, verdeckt oder sonst in seiner Erkennbarkeit beeinträchtigt", mit einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertachtzig Tagessätzen bestraft werden. Das hat man ihm beigedrillt.

Na ja, die Papiere waren in Ordnung, die anderen Sachen auch. – Was haben Sie in der Tasche da im Kofferraum? – Auch das geht Sie nichts an. – Denken Sie, ich verdächtige Sie hiermit des unerlaubten Waffenbesitzes. Die MP richtet sich auf mich in Richtung Tasche.

Eine Dreiviertelstunde geht das so. Ob sie etwa den Notstand ausgerufen haben, nein, es ist die Straßenverkehrs- und Sicherheitsordnung, die mich hier „schützt" vor Unbill im Straßenverkehr, zu meiner Sicherheit und Ordnung.

In 30 Paragraphen des Straßenverkehrsgesetzes, in 53 Paragraphen der Straßenverkehrsordnung, in weiteren Paragraphen der Straßenverkehrszulassungsordnung, im Strafgesetzbuch und nicht zuletzt in dem umfangreichen und ständig erweiterten Bußgeldkatalog finden derlei Notstandsübungen ihre gesetzliche und rechtliche Grundlage.

4,6 Millionen „Verkehrssünder" sind derzeit im Verkehrszentralregister in Flensburg eingetragen. Sie sind dort mit modernen Computeranlagen und wohl auch den umfangreichsten Registern ausgerüstet, mit denen der bürgerliche Staat derzeit die Massen erfaßt. Inzwischen sind dort auch 15000 Fußgänger und 30000 Radfahrer einschlägig einsortiert und registriert.

Heutzutage muß jeder – das fordert der TÜV – die „Intaktheit aller sozialkulturellen Bezugskriterien" nachweisen, der zum „verkehrsaufälligen Autofahrer" geworden ist.

Disziplin muß sein, damit sich die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie gegen die Massen bewegen können. Stockt der Verkehr, sagt die Vorschrift, so müssen Kreuzungen und Einfahrten freigehalten werden. Stockt der Verkehr auf der Autobahn, so muß eine Spur zur Durchfahrt von „hoheitsrechtlichen Fahrzeugen und Hilfsfahrzeugen" gewährleistet sein. Allen Anordnungen der Polizei ist grundsätzlich Folge zu leisten. Sind diese nicht vorhanden, so gelten die Regeln der Ampeln und Verkehrszeichen. Wer sich nicht daran hält, ist ein Rechtsbrecher und wird auch so behandelt, auch auf Verdacht, und alle sind verdächtig. Die Durchsetzung der Ordnung im Straßenverkehr ist ein andauerndes, gut getarntes Militärmanöver der Bourgeoisie gegen die Volksmassen. Das haben Hunderttausende in den letzten Wochen erfahren. Im „Notfalle" ist Enteignung vorgesehen. Auch das leisten die Bestimmungen zur Ordnung im Straßenverkehr: Das Verwaltungsgericht Schleswig entschied jüngst, daß nach der Straßenverkehrszulassungsordnung das Fahrzeug an dem Ort angemeldet werden *muß*, wo es auch „greifbar" sei, um „nach Bedarf in den Verkehr gebracht zu werden". Für wen greifbar??

Das Auto macht uns mobil. Macht große Massen von Arbeitern mobil. Nicht lediglich, um zum Arbeitsplatz und wieder zurück nach Hause zu kommen. Stingl z.B. fordert ständig größere Mobilität von den Arbeitern. Das Auto macht uns auf ganz andere Weise mobil. Das hat sich bei Brokdorf gezeigt.

Einen Bahnhof zu kontrollieren ist dagegen ein Kinderspiel. Wie leicht können die Massen sich verabreden und eine verstopfte Straße zum Beispiel in eine Wagenburg verwandeln, die sich auf die Bourgeoisie zubewegt. Das ist nicht so leicht aufzuhalten, und sehr mobil sind die Arbeiter so.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 47/77: 32000

Durch den langandauernden revolutionären Volkskrieg wird das Zionistenregime zerschlagen

Interview mit Abdul-Rahman Alawi, Vertreter der „Informationsstelle Palästina"

Es war immer eine Behauptung des zionistischen Regimes, daß die Palästinenser zu schwach sind und zu geschwächt worden sind, um das Zionistenregime anzugreifen und zu besiegen. Dayan hat 1967 in einem Interview erklärt, „die palästinensische Widerstandsbewegung ist wie ein Ei, ich brauche nur zu drücken, und dann geht das Ganze zu Bruch". Die Antwort der palästinensischen Revolution damals, als Dayan versuchte, dies durch den Angriff auf Al Karami am 21. März 1968 in die Wirklichkeit umzusetzen: Er stieß auf Widerstand und wurde besiegt. Das war die erste Konfrontation zwischen den revolutionären Einheiten der palästinensischen Widerstandsbewegung und den feindlichen Truppen des zionistischen Regimes, die siegreich für die palästinensische Revolution ausging. Das hat gezeigt, daß das Zionistenregime angreifbar ist und besiegt werden kann. Heute, nach 12jährigem Kampf – das 13. Jahr ist fast zu Ende – haben wir trotz dieser Behauptung viele Siege errungen. Einer der wichtigsten ist die Wiederherstellung der palästinensischen politischen Einheit, die Wiederherstellung der palästinensischen Identität. Das ist eine der Haupterrungenschaften der palästinensischen Revolution und der PLO. Heute sind wir militärisch stärker als zuvor, auch nach dem zweijährigen Kampf im Libanon. Sicherlich sind wir nicht in der Lage, einen klassischen Angriff auf Israel auszuüben und Palästina zu befreien, aber durch den lang andauernden Volkskrieg werden wir dieses Ziel erreichen. Unser Kampf basiert auf der Mobilisierung der Massen und der Bewaffnung der Massen und daher wird ein Volk, das eine revolutionäre Führung hat, niemals besiegt werden können. Ein Regime, das aufgebaut wurde auf Rassismus, Expansion und Ausbeutung – nicht nur der Vertreibung und Ausbeutung der Palästinenser, sondern auch der Ausbeutung der jüdischen Massen – solch ein Regime kann sich nicht lange halten gegenüber einem Volk, das mit revolutionären Parolen bewaffnet ist und den bewaffneten Widerstand und den bewaffneten Volkskrieg führt.

Die Besiedlung der besetzten Gebiete ist die Fortsetzung der Aggressionen Israels gegen das arabische und palästinensische Volk.

Die Zionisten haben es von Anfang an immer so gemacht, daß sie vor „vollendete Tatsachen" stellten. In diesem Zusammenhang betrachten wir die Maßnahme der zionistischen Regierung, daß sie durch die Besiedlungspolitik vollendete Tatsachen schaffen will und damit nicht nur die Palästinenser, sondern alle Araber und die Welt konfrontiert. „Man kann das nicht mehr rückgängig machen", wie immer wieder behauptet wird, „das sind Menschen, die da leben" und so weiter, „das war Wüste, die fruchtbar gemacht worden ist". Und dabei vergißt man das grundsätzliche Problem.

Es geht darum, daß ein Volk vertrieben worden ist, einem Volk alle Rechte negiert wurden, Rechte auf Selbstbestimmung, Rechte auf Freiheit, Arbeit und Leben, in der Heimat, wo sie geboren sind. Wenn wir heute diese Maßnahmen bekämpfen, dann ist das Teil unseres gesamten Kampfes. Wir bekämpfen das zionistische Regime und die zionistische Ideologie in Palästina und diese Siedlungen – die neuen Siedlungen – ob sie das vorantreiben oder nicht, wird uns nicht daran hindern, den Kampf fortzusetzen. Nur, die Praktizierung dieser Politik hat dazu geführt, daß die Palästinenser – uns selbst inbegriffen – vor der Weltöffentlichkeit klarstellen konnten, welche Interessen dieses zionistische Regime hat und was für eine Politik es betreibt.

Mit Hilfe der britischen Militärgesetze enteignen die Zionisten den Boden und vertreiben das palästinensische Volk, um das Land an sich zu reißen

In Palästina haben die Engländer Militärgesetze geschaffen, die die Zionisten nach 1948 übernommen haben, nur kleine Änderungen, die Juden betreffend, haben sie durchgeführt. Diese Militärgesetze erlauben dem zionistischen Regime, Maßnahmen zu ergreifen bezüglich Evakuierung, Bodenenteignungen und bestimmte Gebiete als Militärgebiete zu betrachten. Das Interesse der Zionisten bestand darin, den Boden an sich zu reißen, denn bis 1948 hatten die Juden einschließlich palästinensischer Juden über etwa 6 Prozent der Gesamtfläche Palästinas in Besitz. Sie mußten entsprechende Gesetze haben, und das sind die Militärgesetze, die seit 1948 angewandt werden und die auch heute in den besetzten Gebieten in Gaza und in der Westbank und auf den Golanhöhen angewandt werden. Dieses Land wird zum Teil als Militärgebiet, Sperrgebiet deklariert, manchmal wird es einfach „besiedelt" ohne Rücksicht auf die Bewohner oder die Besitzer des Landes. Es kam oft zu blutigen Auseinandersetzungen, und wenn die Palästinenser selber die Siedler vertrieben haben, löste die israelische Armee die Auseinandersetzungen immer zugunsten der neuen Siedler. Diesen Boden betrachten die Zionisten dann als ihr Eigentum, um mit diesem Standpunkt dann mit den arabischen Ländern über die besetzten Gebiete zu verhandeln. Dies zeigt, daß die Zionisten nicht gewillt sind, sich von den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Wenn die Zionisten behaupten, daß sie das Land grüner und anbaufähiger machen und Arbeit für die Menschen, die da leben schaffen, dann stimmt das nicht. Nicht die Menschen, die immer da gewohnt und gearbeitet haben, nehmen an den Projekten teil, sondern neue Siedler, die von außen kommen. Die haben mit diesem Land nichts zu tun und profitieren von der Politik der Zionisten, während den Palästinensern, den eigentlichen Eigentümern des Landes, dieses Recht verweigert wird. Dies ruft den Widerstand hervor in den besetzten Gebieten. Er ist ein Ausdruck der Ablehnung nicht nur der Siedlungspolitik, sondern überhaupt der Besatzungspolitik.

Bei konkreten Projekten, wie der Errichtung neuer Siedlungen, kommt es zu Widerstandsaktionen – der Angriff auf einen Militärjeep der Zionisten vor einigen Tagen ist ein Ausdruck dieses Widerstandes. Schlachten, die mit Steinen, Stöcken und anderem jeden Tag geliefert werden, das ist der Alltag der besetzten Gebiete, besonders in der Westbank. Dazu kommen dann militärische Aktionen gegen den Widerstand in den besetzten Gebieten. Mindestens täglich findet eine Aktion statt. Die Besiedlungspolitik wurde vor einigen Tagen von den Vereinten Nationen einmütig verurteilt. Sogar die EG-Staaten haben dieser Verurteilung der Besiedlungspolitik zugestimmt. Das ist an sich ein politischer Erfolg für die PLO. Aber der tatsächliche Erfolg liegt darin, daß wir die zionistische Besatzung beseitigen, nicht nur in der Westbank und im Gazastreifen, sondern auch in Palästina.

„Und der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein, und der Gerechtigkeit Nutzen wird ewige Stille und Sicherheit sein."
(Jesaja 5)



Um „ewige Stille" der arabischen Staaten, wie die „Sicherheit" des Imperialisten-Stützpunktes Israel zu garantieren, wie Carter sich anläßlich Begins Amtsantritt in den USA per „Jesaja" ausdrückte, hat der US-Imperialismus offiziell für 1977 2,3 Milliarden Dollar Kriegshilfe bereitgestellt. 0,5 Milliarden davon sind geschenkt. 1 Milliarde Dollar sind ausdrücklich für Waffenkäufe zu verwenden. Herausragende Großprojekte in der militärischen Ausrüstung der Zionistenarmee sind derzeit: 25 F-15 Kampfflugzeuge (z.T. 60 Millionen DM pro Stück) mit einer Reichweite von 5000 Kilometern, ca. 75 F-16 Kampfflugzeuge (200 Stück bestellt), über deren Nachbau durch die Zionisten verhandelt wird, 35 Phantom-Jagdbomber; 4 der modernsten US-Aufklärer, verschiedene Sorten Angriffshubschrauber, 110 Werferfahrzeuge für „Lance" Boden-Boden-Raketen usw. Seit 1973 wurden u.a. 1000 M-60 A 1-Panzer geliefert, 500 weitere sind gefordert. Großbritannien baut u.a. 3 U-Boote und modernisiert die „Centurion"-Panzer, die auch als israelische „Eigenentwicklung" laufen. Der westdeutsche Imperialismus trägt fortan einen gewichtigen Teil dazu bei, die Feuerkraft der Aggression gegen die arabischen Staaten zu erhöhen, indem er die 120 mm-Kanone des Leopard 2 zur Ausrüstung eines neuen US-israelischen Panzerwagens liefert. 130 Millionen DM werden 1977 als Entwicklungshilfe von der westdeutschen Bourgeoisie den zionistischen Aggressoren zugeschoben. Eine westdeutsche Bank hat jüngst einen 100 Millionen-Kredit mit Israel vereinbart. Der Ausbau der Aggressionsarmee hat bis Mitte 1977 bereits zu einer Auslandsverschuldung der Zionisten von 10,7 Milliarden Dollar geführt.

Begins Regierung der „Nationalen Einheit" – beschleunigte Kriegsvorbereitung gegen das arabische und palästinensische Volk und verschärfte Unterdrückung im Innern

Vom ersten Tag der Gründung des Zionistenregimes an gab es Widersprüche, und sie sind heute nicht geringer geworden, eher größer. Der Zusammenschluß von mehreren Parteien in der Regierung ist für uns ein Zeichen dafür, daß sich die Zionisten auf eine neue Aggression vorbereiten. Das haben sie 1956 praktiziert, die Regierung der „Nationaleinheit", das haben sie 1967 so praktiziert, und sie konnten es auch 1973 zum Teil dazu bringen, weil sie im Oktober überrascht wurden, war das noch nicht so weit. Die Bemühungen Begins zeigen seine Absichten. Schon vom ersten Tag seiner Wahl sprach er von einer Regierung der „Nationalen Einheit" oder „Nationalen Versöhnung". Für uns ist es ein Hinweis, daß die Zionisten ihre Aggression, ihre Expansion fortsetzen wollen, denn alle Bemühungen Begins laufen in diese Richtung. Aber man muß in diesem Zusammenhang sagen, daß antizionistische Kräfte sich im Laufe der Zeit gebildet haben. Kräfte, die sich heute mit der palästinensischen Revolution verbinden und die die palästinensische Revolution unterstützen, auch wenn es unterschiedliche Meinungen gibt oder wenn sie mit anderen Vorstellungen an die Strategie der palästinensischen Revolution herangehen. Sie greifen die Politik des zionistischen Regimes auf wirtschaftlicher und politischer Ebene an, und es gibt eine Basis, eine Art Bündnis zwischen demokratischen und fortschrittlichen Kräften, das zwischen den Juden im besetzten Palästina und der palästinensischen Revolution zustandekommt. Wir haben im letzten Nationalrat einen Beschluß gefaßt, der sich auf diesen Punkt bezieht, in dem gefordert wird, daß die Kontakte und Beziehungen zu solchen Organisationen in Zukunft verstärkt werden. Einmal um die Widersprüche im Lager der Siedler aufzudecken, auf der anderen Seite um Verbündete im nationalen Befreiungskampf zu gewinnen, die in einer späteren Phase aktiv teilnehmen können. Heute, wo die Zionisten politisch nach außen isoliert sind, verstärken sich diese Widersprüche. Die Unzufriedenheit der Arbeitenden in Palästina wächst von Tag zu Tag. Daher kommt es dazu, daß das zionistische Regime Maßnahmen ergreift, um das alles nicht zu lösen, sondern wieder einmal zu verschleiern, indem sie eine Regierung der „Nationalen Einheit" bilden. Wir sind der Meinung, daß dies keine Lösung für die Juden in Palästina und erst recht keine Lösung für die Palästinafrage ist. Unsere Kampfparole bleibt zu kämpfen, bis wir den demokratischen Staat errichtet haben, in dem alle gleichberechtigt zusammenleben werden.

Die Initiativen der US-Imperialisten zur Lösung der „Palästinafrage" haben das Ziel, die palästinensische Revolution zu liquidieren und die arabische Solidarität zu zerschlagen

Die gegenwärtigen politischen Aktivitäten stützen sich hauptsächlich auf die Resolution 242, die von der palästinensischen Revolution abgelehnt wird. Diese amerikanische Initiative wird von vielen arabischen Regierungen unterstützt. Sie wird als „bare Münze" betrachtet. Wir sind anderer Auffassung. Denn eine amerikanische Initiative kann niemals im Interesse unseres Volkes oder im Interesse der arabischen Völker sein. Außerdem sind die Zionisten militärisch gesehen in einer starken Position, wo sie kein Interesse an einem echten Frieden im Nahen Osten haben. Ein echter Frieden würde bedeuten, daß sich die Zionisten mindestens von den besetzten Gebieten zurückziehen. Dies haben sie nicht vor. Diese ganze Initiative hat zum Ziel, die arabische Solidarität zu sprengen, die Interessen der Zionisten und der Vereinigten Staaten endgültig abzusichern – denn die Vereinigten Staaten betrachten das Zionistenregime bis heute als ihren Stützpunkt im Nahen Osten, der ihre wirtschaftlichen Interessen sichert – sie wollen Zeit gewinnen, um die palästinensische Revolution zu liquidieren, weil sie die Hauptgefahr im Nahen Osten darstellt. Die Initiative zielt auf Isolierung der palästinensischen Revolution und Spaltung der arabischen Solidarität, um dann die palästinensische Revolution isoliert anzugreifen. Wir versuchen die arabische Solidarität zusammenzubringen, eine antiimperialistische – antizionistische Front mit diesen Staaten zu bilden trotz einiger Differenzen und Meinungsverschiedenheiten. Die PLO hat die ganze Zeit über eine klare Haltung gegenüber der Genfer Konferenz vertreten. Die Hauptsache ist nämlich der Kampf selbst. Die Imperialisten versuchen sich zu einigen, wie man diesen Kampf liquidiert. Die Genfer Konferenz bleibt eine Nebensache dabei. Grundsätzlich sind wir bereit, an jeder Konferenz, die die Palästinafrage behandelt, teilzunehmen, denn das ist unsere Aufgabe, und daher bestehen wir auf einer Teilnahme. Das bedeutet nicht, daß wir nach Genf gehen. Warum? Weil diese Konferenz auf der Grundlage der Resolution 242 einberufen wird. Solange man das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung nicht anerkennt und auf dieser Grundlage die Palästinafrage behandelt, werden wir ablehnen, daran teilzunehmen. Ich meine, und das wissen auch die Amerikaner, wenn sie irgendwelche bestimmte Gruppen zu sich holen und unterschreiben lassen, so wird das zu keinem konkreten Ergebnis für das palästinensische Volk führen. Das palästinensische Volk hat sich zum bewaffneten Kampf entschlossen zur Befreiung seines Landes und das unter Führung der PLO. Die Errichtung eines nationalen Staates, das ist im 10 Punkte Programm (der PLO) verankert und das ist auch in den Beschlüssen des letzten Nationalrates verankert. Wir sind grundsätzlich dafür, daß wir auf jedem Gebiet, das wir befreien, nationale Autorität errichten und einen nationalen unabhängigen Staat gründen als Ausgangsbasis für die Befreiung ganz Palästinas und die Errichtung eines demokratischen Staates.

Erklärung von Fatah (17.11.77)

Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees (ZK) von Fatah, die unter dem Vorsitz von Yassir Arafat stattfand, wurde folgende *Erklärung* verabschiedet:

Das ZK von Fatah traf sich in den letzten drei Tagen mehrfach. Dabei wurden die letzten Entwicklungen und Ereignisse diskutiert, insbesondere der Besuch von Sadat in Israel und seine Rede vor der Knesset.

1. Fatah, ihrer Verantwortung bewußt, erklärt folgendes: aufgrund der kämpferischen Position von Fatah auf palästinensischer und arabischer Ebene lehnt sie diesen Besuch ab, der als eine Wende anzusehen ist und einen Vorteil für die internationale zionistische Bewegung und ihre imperialistischen Alliierten bedeutet, an der Spitze die USA.

2. Fatah sieht, daß diese Reise das palästinensische Volk und seine bewaffnete Revolution, vertreten durch die PLO, in eine gefährliche Lage bringt, gegenüber einem Feind, der von Tag zu Tag an Brutalität und Arroganz gewinnt, der in aller Deutlichkeit und zu jeder Zeit erklärt: keine Rechte für das palästinensische Volk, keinen palästinensischen Staat, keinen vollständigen Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten. Stattdessen bereitet er sich auf einen neuen Vernichtungskrieg gegen unser Volk und die arabische Nation vor.

3. Fatah bekräftigt noch einmal ihre unerschütterliche Verpflichtung gegenüber den Resolutionen und Programmen der Palästinensischen Nationalräte, die wir niemals, unter welchen Bedingungen auch immer, aufgeben werden. Wir halten an diesen Resolutionen fest, wir werden sie weiter bewahren, wir werden jederzeit, auch in der gefährlichsten Situation, nicht darauf verzichten.

4. Da Fatah an die historische Rolle des ägyptischen Volkes und seiner glorreichen Armee, an seine Opferbereitschaft für Palästina, seine gerechte Sache und sein Volk, und seine Opferbereitschaft für die gerechte Sache der arabischen Nation glaubt, an die Wichtigkeit der ägyptischen Rolle auf der arabischen Ebene und hinsichtlich der arabischen Haltung, die die Zukunft und das Schicksal unserer arabischen Nation weiterhin beeinflussen wird, deshalb appelliert Fatah an Präsident Sadat, von diesem Schritt abzusehen, der den Interessen und dem Kampf der arabischen Sache schadet.

5. Aus Sorge um die arabische Haltung im Kampf gegen den zionistischen Feind, wofür wir gekämpft haben und auch weiterhin kämpfen werden, auf arabischer und internationaler Ebene, um die arabische Haltung zu festigen, wird Fatah massive Aktivitäten auf arabischer und internationaler Ebene durchführen, die sich auf folgende feste, klare und bekannte Grundlagen stützten:

a) Festhalten an den Positionen der Gipfelkonferenzen in Algier und Rabat, die eine gemeinsame Basis für die derzeitigen arabischen und internationalen Aktivitäten im Kampf gegen den zionistischen Feind bedeuten, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und den Rückzug des zionistischen Feindes aus allen besetzten arabischen Gebieten gewährleisten.

b) Die PLO ist die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, sie hält in ihren politischen Aktivitäten an den Resolutionen der Palästinensischen Nationalräte und den Resolutionen von Algier, Rabat und Kairo fest.

c) Jegliche Lösung, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Rückkehr und die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates auf seinem Boden ignoriert, wird von unserem Volk und unserer Nation abgelehnt.

d) Da wir uns der Gefährlichkeit dieser Phase bewußt sind und in Überzeugung der Wichtigkeit der arabischen Einheit, wollen wir unsere Sorge um die arabische einheitliche Haltung zum Ausdruck bringen, daß die Verantwortung für die derzeitige Etappe nicht das palästinensische Volk alleine trägt, sondern bei allen Teilen der arabischen Massen und allen arabischen Regierungen liegt. Diese Haltung muß dem palästinensischen Volk und seiner bewaffneten Revolution gegen die zionistische, imperialistische Verschwörung dienen.

e) Das ZK von Fatah richtet sich in diesem historisch entscheidenden Moment an unser Volk innerhalb und außerhalb Palästinas – mit Stolz auf seine Standhaftigkeit, Opferbereitschaft und seinen heldenhaften Kampf ruft es die Massen unseres Volkes auf, in einer Front hinter der PLO und ihrer Führung zu stehen, um den kommenden Ereignissen zu begegnen. Wir sind überzeugt, daß der Wille unseres Volkes und der arabischen Nation durch seine Standhaftigkeit und durch den ständigen Kampf siegen wird. Wir sind nicht allein – mit uns stehen die arabische Nation und die Völker der unabhängigen, blockfreien, islamischen und sozialistischen Staaten. Fatah erklärt, daß sie diese verantwortungsbewußte Haltung fern von jedem Gedanken an Spaltung oder Opportunitätsgründen einnimmt, vielmehr aus der Position der Sorge um die Interessen der vertriebenen palästinensischen Volkes, das seines Landes beraubt ist und im Kampf gegen den zionistischen Feind steht, der ständig unser Volk und unsere Nation bedroht.

Es lebe Palästina!
Es lebe der arabische Kampf für die Befreiung Palästinas!
Revolution bis zum Sieg!

Das Interesse der Arbeiter und Bauern gebietet Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm

Steigende Kurse bei den „Kernkraftwerksaktien": BBC, Badenwerk, RWE u.a., vor allem bei Siemens, stellte das „Handelsblatt" befriedigt fest. Die Kapitalisten fühlen sich stark und nehmen einen erneuten Anlauf, um ihr imperialistisches Energieprogramm durchzusetzen. In Presse und Fernsehen trumpfen sie damit auf, wie eng sie ihre Politikerschar an der Leine führen: Beschlüsse des CDU-Bundesvorstandes und des FDP-Parteitages vor zwei Wochen bildeten den Auftakt. Der SPD-Vorstand holte als nächstes seine Fraktionsvorsitzenden in den DGB-Gewerkschaften zusammen – den sogenannten SPD-Gewerkschaftsrat, bestehend aus den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und des DGB: als Aufgabe wurde festgelegt: Verstärkung der chauvinistischen Mobilisierung unter den Arbeitern in der BRD, Verstärkung der Erpressung der Arbeiter mit der Drohung zunehmender Arbeitslosigkeit, Verstärkung der Versuche, die Arbeiter mit „drohender Massenarbeitslosigkeit" zu erpressen und zu spalten. Entsprechend trat die Gewerkschaftssozialdemokratie zwei Tage später in der Dortmunder Westfalenhalle auf. In der letzten Woche schließlich besorgten der SPD-Parteitag und der „kleine Parteitag" der CDU den Abschluß dieses sauber eingefädelten Programms der herrschenden Klasse.

Als Begleitmusik startet der Geschäftsführer der Brennelemente-Lieferanten, Alkem GmbH in Hanau, einen Appell an die Professoren und bürgerlichen Wissenschaftler, jetzt den Kampf gegen die „Angst vor der Kernenergie" verstärkt zu führen. Als die „zwei wesentlichen Ursachen" für diese „Angst" stellt der Kapitalistenvertreter vor:

„Erstens die Strahlung als eine mit den Sinnen des Menschen nicht wahrnehmbare Bedrohung ... Zweitens das zwar allgegenwärtige, in der Kernenergie aber erstmalig deutlich gemachte Restrisiko allen kollektiven menschlichen Lebens der Massenauslöschung." (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Die Arbeiter und Bauern, die den ganzen Reichtum dieser Gesellschaft produzieren, als Feinde des Fortschritts und unwissende Maschinenstürmer – die Kapitalisten, die sich diesen Reichtum durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse bloß aneignen und eine schmarotzende und parasitäre Klasse bilden, als die Repräsentanten der Wissenschaft und des Fortschritts der Produktivkräfte: selbst der Polizeistiefel, entscheidendes Mittel der Imperialisten, ihrem Energieprogramm den Weg zu bahnen, verwandelt sich mit Hilfe dieser Theorie von der „Angst vor den Massen vor Strahlen" somit aus einem Werkzeug der Reaktion in ein Mittel, um dem Fortschritt Bahn zu brechen.

Die Rationalisierung in den Fabriken mit Hilfe der Verbilligung des Stroms für die Kapitalisten, die Vernichtung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen z.B. durch Senkung des Grundwasserspiegels, Abgase und Abwässerung, Vernutzung der Wasserläufe für Kühlung und das Abenteurertum, das diese Atomenergiepolitik der Kapitalisten mit dem Ziel der Profitmacherei darstellt, als „Restrisiko allen kollektiven menschlichen Lebens der Massenauslöschung"?

Was die Kapitalisten als Naturbedingung allen menschlichen Daseins vorzustellen versuchen, sind ihre Ausbeuterinteressen, ihr privates Eigentum an den Produktionsmitteln und die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise, die „nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses (entwickelt), indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter". (Karl Marx)

Weil diese sozialen Tatsachen in dem Versuch der Kapitalisten, das Kernenergieprogramm durchzusetzen, nur einen zugespitzten Ausdruck finden, begnügen sich die Kapitalisten auch keineswegs mit der Rechtfertigung mit Hilfe der Theorie von dem „Restrisiko allen kollektiven menschlichen Lebens". Sie versuchen, die Arbeiterbewegung zu spalten, indem sie die bürgerlichen Politiker in der Arbeiterbewegung, die Fraktionsvorsitzenden der Gewerkschaftssozialdemokratie, direkt gegen alle Erfahrungen der Arbeiter und gegen die Interessen der Bewegung behaupten lassen:

„Den Fleiß, mit dem man sich in Jahrzehnten Wohlstand, soziale Sicherheit und Freiheit geschaffen habe, lasse man sich von niemandem gefährden oder gar zerstören." (A. Schmidt, IG Bergbau und Energie in Dortmund)

Was sollen die Arbeiter in dieser Gesellschaft anderes zu verlieren haben als ihre Ketten? Täglich häuft die Gesellschaft neue Beweise auf für die Aktualität dieser alten Feststellung der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftssozialdemokraten treten dagegen auf für die Interessen einer schmalen Schicht von bestochenen Arbeitern.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz schließlich werden aufgeboten, um die Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm als in diesem Punkte oppositionellen Flügel der bürgerlichen Parteien im Parlament zu binden. Alle diese Verdrehungen und Spaltungsversuche der herrschenden Klasse und ihrer Vertreter stoßen auf die Erfahrungen und Interessen von Massen, die den Kampf gegen dieses reaktionäre Energieprogramm der Monopolkapitalisten führen. In der Vielzahl und Offenheit der Spaltungsansätze und -manöver tritt bloß die politische Schwäche der Bourgeoisie gegenüber dem möglichen und notwendigen Zusammenschluß der Bewegung der Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten und der Soldaten hervor, denn das Interesse dieser Bewegung gebietet Kampf. – (Z-Red.)

Billige Kohle für die Kapitalisten

„Warum sollen nur die 11 Millionen Haushalte, die mit diesem Produkt (gemeint ist Heizöl, die Red.) ihre Wohnungen heizen, zur Finanzierung des Energieprogramms ... herangezogen werden, und nicht auch diejenigen, die mit Kohle und Gas oder Strom heizen?", fragt am 18.11. das „Handelsblatt", einen Tag nach dem Parteitag der SPD, der beschlossen hat, „den Schwerpunkt Kohle" beim Energieprogramm zu setzen.

Ab 1.1.78 zahlen 11 Millionen Haushalte das Doppelte an Heizölsteuer und eine Verdoppelung der Steuer auf Gas, Strom, Kohle („nur" [illegible] der Kohlepfennig von z. Z. 3,24 auf 4,5 Prozent ist noch nicht beschlossen). Das geht nicht an.

Das, was von der Bourgeoisie als neuester Schlager des Energieprogramms verkauft werden soll, ist längst beschlossener Bestandteil des Energieprogramms der Bundesregierung. Zum Schwerpunkt Kohle hat die Bundesregierung am 17.10. dem Bundestag ein Gesetz vorgeschlagen, das aller Wahrscheinlichkeit nach auch angenommen werden wird.

Es besteht im folgenden:

„Verlängerung des Mehrkostenausgleichs gegenüber Heizöl bis Ende 1987. Verbilligung von etwa einem Drittel der jährlichen Kohlelieferungen auf den halben Kohlepreis frei Kraftwerk. Zusätzliche Hilfen für niederflüchtige Steinkohle, sowie Wärmekraftkoppelungsanlagen." (Aus: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung energierechtlicher Vorschriften / Bundestagsdrucksache Nr. 8/1030)

Frank und frei heißt das, daß die 33 Millionen Tonnen Steinkohle, die nach den Verträgen zwischen Kraftwerkskapitalisten und Kohlekapitalisten jährlich vereinbart sind, zu einem Drittel zur Hälfte offen subventioniert werden sollen. Darüberhinaus, daß die Differenz zwischen Heizöl und Steinkohle ebenfalls subentioniert wird, und die Abnahme von niederflüchtiger Steinkohle subventioniert werden soll. [illegible]

Wie das bezahlt werden soll?

Ganz einfach: „Die Zuschüsse sollen aus dem Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes gezahlt werden." ... „Da sich die Ausgleichsabgabe der Elektrizitätsversorgungsunternehmen gegenwärtig nach einem einheitlichen Prozentsatz der Stromerlöse bemißt, werden die Energieversorgungsgebiete mit höherem Strompreisniveau mehr belastet. Um diese Ungleichbehandlung abzubauen, sieht der Entwurf eine Differenzierung der Ausgleichsabgabe entsprechend dem umgekehrten Verhältnis der durchschnittlichen Strompreise des einzelnen Landes zum Bundesdurchschnitt vor, die Bundesländer mit höheren durchschnittlichen Strompreisen werden also künftig mit einem geringerem Prozentsatz der Ausgleichsabgabe belastet, während sich für die Länder mit niedrigeren Strompreisen eine etwas höhere Belastung ergibt."

Das heißt, je höher die Strompreise in einem Bundesland, desto niedriger die Abgabe in den Fonds. Wird das einen Wettstreit der Landesregierungen geben, im Preiserhöhen für Strom für die Massen.

Das ist die eine Seite des Schwerpunkts Kohle. Die andere Seite drückt die Dresdner Bank in einem „Branchenbericht Energiewirtschaft und Bergbau / zur internen Verwendung vom September 1977" folgendermaßen aus:

„Der Bau von neuen Kohlekraftwerken wird auch deshalb erforderlich weil die heutigen ungünstigen Größen (83 Prozent unter 300 MW) und die unvorteilhafte Altersstruktur (67 Prozent über 10 Jahre) die Steinkohleverstromung verteuern und so ihre Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Die Stromerzeugungskosten alter abgeschriebener Steinkohlekraftwerke liegen rund um 2,0 Pfennig/kWh über den Stromerzeugungskosten neuer moderner Steinkohlekraftwerke."

Eppler nannte auf dem SPD-Parteitag den „Schwerpunkt Kohle" eine enorme „Investitionslenkung".

Diese „enorme Investitionslenkung" wird zu einer enormen Ausbeutung der Arbeiter in den Steinkohlekraftwerken führen und die Subventionen, die der Kohlebergbau erhalten wird, werden zu weiteren Zechenstillegungen und zum Bau neuer Schachtanlagen, die für die Arbeiter längere Anfahrtwege und stärkere Ausbeutung mittels neuerer Maschinerie bedeuten. – (Mi-Red.)

„Energiesparprogramm": Fischzug aus den Taschen der Volksmassen

Carter hat in den Vereinigten Staaten zur großen „Einsparung" angesetzt. „Die anderen imperialistischen Konkurrenten der BRD stehen energiemäßig auch besser da", die BRD sei das nach Japan an Primärenergie ärmste Land, klagt der Graf, der nach Friderichs' Abgang zur Dresdner Bank im Bundeswirtschaftsministerium residiert. Lambsdorff weiter: „Deshalb können wir uns einen Verzicht auf Kernenergie nicht leisten." Und deshalb muß auch Energie eingespart werden. Aber natürlich nur im Bereich der Privathaushalte und des Individualverkehrs. Denn das Kapital braucht für die weitere Expansion, für weitere Siege im Handelskrieg immer mehr und noch billigere Energie, und für die Fortsetzung mit Waffen ist es gut, Reserven zu haben. Für dieses hehre Ziel lohnt es doch, ein bißchen zu frieren und seltener warm zu essen. Zu kochen soll es für die Volksmassen sowieso in Zukunft noch weniger geben, denn sie sollen dieses Programm auch finanzieren.

Am 14.12.77 will die Bundesregierung die „Fortschreibung des Energieprogramms" beschließen. Die Steuer auf leichtes Heizöl soll im Rahmen dieser Fortschreibung von 10 DM auf 20 DM je Tonne erhöht werden. Eine Verdoppelung der Einnahmen des bürgerlichen Staates auf 1 Milliarde 1978, im Vergleich zu 500 Millionen 1976, erwarten die Steuerexperten allein aus diesem Coup.

Die Steinkohle-Kapitalisten haben zum 1. Januar Preiserhöhungen angekündigt. Das Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke (RWE), der größte Stromerzeuger in der BRD, will die Strompreise um 9% erhöhen. Der Zeitpunkt für den Raubzug ist gut gewählt. Die für den 1.1.78 beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer schmälert die Reproduktionsbasis der Volksmassen noch zusätzlich und hier sogar doppelt und dreifach:

Sie errechnet sich als erhöhter Prozentsatz der Summe aus dem erhöhten Preis des Energieträgers, z.B. Kohle oder Strom, und dem erhöhten Steuersatz, z.B. für Heizöl oder dem erhöhten „Kohlepfennig", der sich wiederum als Prozentsatz des erhöhten Grundpreises errechnet.

Die eine Milliarde aus der erhöhten Heizölsteuer und dem „Kohlepfennig" ist nur ein Bruchteil dessen, was die Bourgeoisie zur Finanzierung ihres imperialistischen Energieprogramms aus den Massen herauspressen will. 4,35 Milliarden soll das „Energiesparprogramm" der Regierung nach ihren eigenen Angaben kosten. Man kann davon ausgehen, daß sie es ganz durch ihren geplanten Raubzug finanzieren will.

Ihr Hebel dabei sind die indirekten Steuern. Deshalb muß im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm auch die Forderung erhoben werden:

Weg mit allen indirekten Steuern! – (S-Red.)

Interview mit einem Bauern aus der Wesermarsch

KVZ: „Warum kämpfst Du gegen den Bau und die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Esensham?"

„Also die Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima waren der auslösende Punkt. Damals hatten wir erste Befürchtungen wegen radioaktiv verseuchtem Regenwasser. Ich sehe das Herauslassen von künstlicher Radioaktivität als das Schlechteste an, was sich überhaupt die Energiewirtschaft einfallen lassen konnte. Am 17. März 1971, als dann in der Zeitung stand, daß das Ding in Esensham gebaut werden soll, gab es für mich keine Zweifel, daß ich dagegen bin."

KVZ: „Welche Bedenken hattest Du zuerst, und wie hat sich das seitdem weiterentwickelt?"

Unsere Bedenken waren von Anfang an, und das haben wir auch in unseren ersten Einsprüchen klar zum Ausdruck gebracht, daß dann radioaktive Abwässer ins Budjadinger Bewässerungssystem gelangen, und daß dadurch die Milch, das Fleisch, also die gesamten landwirtschaftlichen Produkte, mit Radioaktivität angereichert werden und man größere Schäden zu erwarten hat. An dieser Stelle, also das heißt praktisch an den Einlaßsielen für die vier Bewässerungssysteme, von denen aus zusammen ca. 50000 ha Land bewässert werden, und wobei allein das Budjadinger Bewässerungssystem Gräben mit einer Länge von ca. 4000 km hat, so ca. 20500 ha landwirtschaftliches Land. Was uns danach etwas beruhigte, war die erste Teilgenehmigung, wo festgelegt ist, daß keine landwirtschaftlichen Flächen mit radioaktiven Abwässern überspült werden dürfen, und daß kein Abwasser ins Bewässerungssystem gelangt. Bedenken hatten wir damals aber auch schon von wegen der Abluft und ebenso auch wegen der Beseitigung des radioaktiven Mülls.

Ich glaube heute daran, daß ich hier an meinem Platz, wo ich wohne, geschädigt werde, daß, wenn kleinere oder größere Störfälle auftreten, daß wir dann eine Sperrzone für landwirtschaftliche Erzeugnisse hier kriegen, daß sie nicht mehr ausgeliefert werden dürfen, wie es in Nordenham bei der Preussag ist, wo es Bleizonen 1, 2 und 3 gibt, und wo in 1,5 km Umkreis alle landwirtschaftlichen Betriebe abgepachtet sind und keine Milch mehr geliefert werden darf."



1500 Arbeiter, Schüler und Studenten versammelten sich am Samstag in Hameln, um gegen die Prozesse, die den Demonstranten gegen das geplante Kernkraftwerk Grohnde gemacht werden sollen, zu protestieren. Unter anderem wurde eine Resolution von 43 Schülern und fünf Lehrern des 3. und des Schillergymnasiums aus Hameln verlesen; sie fordern den Richter auf, alle diese Verfahren sofort einzustellen.

Gegen die geplanten Geldforderungen des bürgerlichen Staates für den Polizeieinsatz in Grohnde und Brokdorf wenden sich 15 Arbeiter der Vulkanwerft/Bremen. In einer Erklärung an den Ministerpräsidenten von Niedersachsen Albrecht und an die Bundesregierung nehmen sie gegen das Atomenergieprogramm der Bundesregierung Stellung, da es lediglich der verbilligten Stromproduktion für die Kapitalisten diene, für die Massen aber verschärfte Ausplünderung über die Strompreise mit sich bringt. Sie forderten die Zurücknahme der Leistungsbescheide (Geldforderungen) an die Demonstranten in Grohnde und Brokdorf und die sofortige Einstellung der Prozesse.

KVZ: „Wie haben Landesregierung und NWK auf die Einwände reagiert?"

„Die NWK hat immer versucht, es so hinzustellen, als kämen keine Abwässer heraus. Dies ist durch die Änderung der ersten Teilgenehmigung praktisch zugelassen. (Zitat: Zu den Zusagen in der ersten Teilgenehmigung stellt die Landesregierung heute fest, diese sind ‚physikalisch undurchführbar, also rechtswidrig, und damit ersatzlos zu streichen'.)"

KVZ: „Welche Erfahrungen haben die Arbeiter und Bauern in der Wesermarsch noch mit der Umweltzerstörung?"

„Die Preussag ist durch das Pachten der Höfe billig davongekommen. Wenn bei langjährigen Verträgen 600 DM Pacht pro ha gezahlt werden, so mag das früher viel gewesen sein, jetzt ist es aber schon so, daß zum Teil auch sonst soviel für Pacht bezahlt wird, und die Höfe sind ruiniert worden. Es gibt eine Karte über Bleiuntersuchungen bei Kindern in Nordenham, die zeigt, daß in Hüttennähe ernste gesundheitliche Schäden bei den Kindern auftreten."

KVZ: „Gibt es eine Grenze der Umweltzerstörung, wo man sagen könnte, hier macht die Bourgeoisie Halt?"

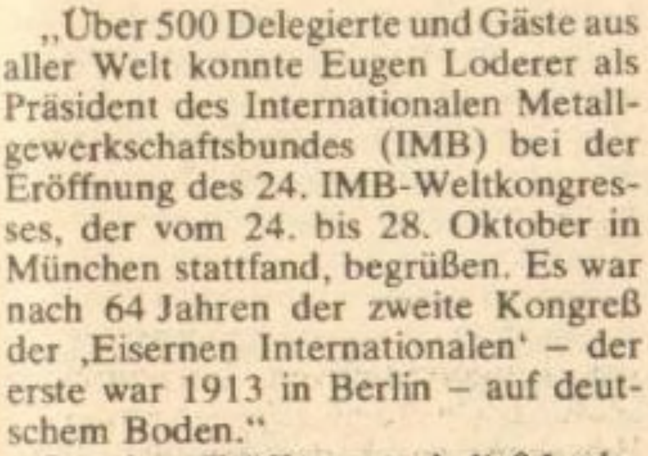
„Ich glaube überhaupt nicht daran, daß die sich eine Schranke setzen. Wenn die Natur rundum kaputt ist, daß kein Blatt mehr an den Bäumen ist und kein Gras mehr wächst, dann hören die immer noch nicht auf, sondern haben erst recht Grund weiterzumachen. Das ist ihre Profitgier."

KVZ: „Welche Bedeutung mißt Du dem Parteitagsbeschluß der SPD und der Kundgebung des DGB in Dortmund bei?"

„In der SPD sind die Leute wieder umgekippt, die unter dem Druck der Bewegung von Brokdorf und Grohnde sich gegen Kernkraftwerke ausgesprochen hatten. Nach Dortmund sind 40 Leute vom KKW Esensham gefahren, die haben 40 DM Tagegeld gekriegt, vollen Lohn, Fahrt, Essen und Trinken frei." – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Unterstützung für den Kampf der Stahlarbeiter in den USA!

In der Gewerkschaftspresse: eine Mauer des Schweigens



„Über 500 Delegierte und Gäste aus aller Welt konnte Eugen Loderer als Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) bei der Eröffnung des 24. IMB-Weltkongresses, der vom 24. bis 28. Oktober in München stattfand, begrüßen. Es war nach 64 Jahren der zweite Kongreß der ‚Eisernen Internationalen' – der erste war 1913 in Berlin – auf deutschem Boden."

In seiner Eröffnungsrede ließ Loderer Schwulst wie diesen vom Stapel: „Als Monarchen und Industriebarone und später die Faschisten noch in nationalistischer Verblendung und politischem Größenwahn die Menschen in den Krieg trieben, seien die Gewerkschafter bereits in ihren internationalen Bünden brüderlich miteinander verbunden gewesen." (Der Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, November 1977)

Zur selben Zeit, als diese „Eiserne Internationale" tagte, standen Teile der US-amerikanischen Arbeiterklasse, darunter die Arbeiter der Stahlbetriebe und Erzgruben der USA, in schweren, möglicherweise entscheidenden Kämpfen.

Seit dem 1. August – also über drei Monate – streiken 18000 Arbeiter in den Erzgruben von Nord-Michigan und Minnesota, die sich im Besitz der großen US-Stahlmonopole befinden. Gleichzeitig führen die Arbeiter in zahlreichen Stahlbetrieben der USA einen hartnäckigen Kampf gegen geplante oder bereits vollzogene Massenentlassungen. 20000 Arbeiter sind allein in diesem Sommer auf die Straße geflogen. Bei den Stahltarifverhandlungen im April war der niedrige Lohnabschluß von 3% pro Jahr (auf drei Jahre abgeschlossen, wie stets bei den US-Tarifverträgen) mit der demagogischen Parole durchgedrückt worden, es seien Schritte zu einer „Arbeitsplatzgarantie auf Lebenszeit" erreicht worden.

Jetzt haben die Arbeiter der Stahl- und Erzbergbaubetriebe nicht nur Lohnabbau zu verzeichnen. Sondern die „Arbeitsplatzgarantie"regelung – wohinter sich sowieso nur der grobe Betrug einer Abfindungsregelung für Betrug einer Abfindungsregelung für Arbeiter, die 20 Jahre in einem Betrieb der Branche geschafft und vorzeitig verrentet werden können, verbirgt – wirkte sogar als ein schwungvoller Motor beschleunigter Massenentlassungen. Sie tritt nämlich erst am 1. Januar 1978 in Kraft.

Um den Stahlmarkt der USA tobt eine heftige Konkurrenzschlacht. Zuerst die japanischen, in den letzten Jahren vor allem die westeuropäischen Stahlkonzerne, haben sich mit Dumping und allem, was erlaubt oder auch verboten ist, inzwischen einen Marktanteil von 20% erkämpft und dringen weiter vor.

Dieser Konkurrenzkampf steht jetzt kurz davor, in einen erneuten Handelskrieg zu münden. Carter erklärte nach einem Gespräch mit Stahlindustriellen: „Ich wußte ja gar nicht, mit was für unfairen Mitteln gearbeitet wird. Bisher sind die geltenden Anti-Dumping-Gesetze nicht strikt angewendet worden. Das werden wir ändern." Allerdings scheut Carter vor regelrechten Importsperren zurück, für welchen Fall ihm die EG-Komissare nämlich kürzlich „Vergeltungsmaßnahmen" angekündigt haben. Die anderen Kapitalisten (wozu der Erdnußfabrikant ja selber zählt) fürchten um den Export ihrer Produkte und sehen im übrigen den billigen Importstahl nicht so ungern. Carter hielt daher den Stahlindustriellen vor, sie müßten eben „rationeller" arbeiten, und vor allem seien die Lohnerhöhungen „zu großzügig" gewesen, es müßten die Arbeitskosten gesenkt werden.

Auf diesen Kurs versucht auch die reformistische Führung der Stahlarbeitergewerkschaft USW (United Steel Workers) die Kämpfe der Arbeiter auszurichten. Statt „überhöhter Lohnforderungen" sollen die Arbeiter die Produktivität steigern, um „die Arbeitsplätze zu sichern", sprich: die Konkurrenz zu schlagen. Und die Gewerkschaften sollen die Vorkämpfer der Forderungen der Stahlkapitalisten nach „Importschutz" werden.

Die Erzgrubenarbeiter von Nord-Michigan und Minnesota haben einen dicken Strich durch diese Rechnung gemacht. Sie fordern die Angleichung ihrer Löhne an die der ganzen Branche. Um 2 bis 4 Dollar liegen sie jetzt im Durchschnitt darunter. Für diese Forderung haben sie in 18 lokalen Gewerkschaftsbezirken Urabstimmungen



durchgeführt, in denen eine überwältigende Mehrheit für Streik gestimmt hat. Dadurch zwangen sie die zentrale Führung der Gewerkschaft, den Streik „anzuerkennen".

„Dies ist ein Kampf bis zum Ende", erklärte John Perko, der Vorsitzende einer der 18 Sektionen der Gewerkschaft, die im Streik stehen. „Wir werden nicht an die Arbeit zurückgehen ohne diese Lohnzulagen."

Die Stahlkapitalisten, denen auch die Erzgruben gehören, sind sehr hochgestimmt in diesen Streik hineingegangen. Sie hofften ernsthaft darauf, eine Abteilung der Arbeiterklasse, die für eine besondere Forderung kämpft, isoliert niederschlagen zu können, um so der ganzen Klassenbewegung das Rückgrat zu brechen. Ihre Lager waren gefüllt. Als Eigentümer von Erzgruben in Liberia und anderen Ländern haben sie verschiedene Ausweichmöglichkeiten.

Zunächst deckten sie den Mantel des Schweigens der bürgerlichen Presseorgane, die das Nachrichtenmonopol haben, über den Kampf. Außer in den Spalten der Wirtschaftszeitungen, die normalerweise nur Industrielle und Manager lesen, findet man auch in der US-Presse fast nichts über diesen Streik. Sodann ließen sie von einem bürgerlichen Gericht den Streik, unter Berufung auf das vor Jahren mit der Gewerkschaftsführung ausgehandelte Gewerkschaftsführung ausgehandelte Zwangsschlichtungsabkommen ENA für illegal erklären. Der dritte Streich war die Einstellung der Zahlungen an die Krankenversicherung, so daß die Arbeiter ohne Anspruch auf medizinische Versorgung dastehen sollten. (Zwar konnte die Gewerkschaft mit der Versicherung Zahlungsaufschub aushandeln. Aber die Arbeiter sollen die Beiträge nach dem Ende des Streiks ratenweise selbst zurückzahlen – wenn sie die Kapitalisten nicht dazu zwingen können!) Das letzte ist eine Schadensersatzklage an die Gewerkschaft in Höhe von hunderten Millionen Dollar.

Stark fühlen konnten sich die Kapitalisten schließlich auch noch dadurch, daß der Gewerkschaftsvorsitzende MacBride von vorneherein erklärte, er habe nicht vor, „den Gesellschaften einen Kampf bis aufs Messer zu liefern." Die Streikunterstützung durch die Gewerkschaft besteht in durchschnittlich 35 Dollar pro Woche, etwa 90 DM. Dies kommt der Aushungerungsstrategie der Kapitalisten direkt entgegen.

Die Arbeiter mit Frauen und Kindern können von der Sozialfürsorge ganze 170 Dollar an Unterstützung und Lebensmittelmarken bekommen. „Das ist nicht genug, um zu leben", sagte einer der Streikenden bei Inland Steel in Virginia, Minnesota. „Ich habe 10 oder 11 Freunde in meiner unmittelbaren Umgebung, die ihre Familien verlassen und sich in Iowa oder Nord- oder Süd-Dakota Arbeit suchen mußten, bis der Streik vorbei ist, damit sie Geld nach Hause an ihre Familien schicken können." Er selbst werde auch gehen müssen, wenn seine Ersparnisse aufgebraucht seien. Aber, und darauf beharrt er: „Ich werde nicht an die Arbeit hier zurückgehen, bis wir die Lohnerhöhung haben." (Guardian, 9.11.77)

Die unerschütterliche Geschlossenheit der streikenden Arbeiter hat bei den Grubenherren inzwischen zu einer deutlichen Ernüchterung geführt. Die Stahlmonopole mußten für das dritte Quartal 1977 Rekordverluste anmelden, Bethlehem Steel in Höhe von Hunderten von Millionen Dollars – gut fürs „Guiness-Buch der Rekorde", wie das Wall Street Journal, die Zeitung der Finanzbourgeoisie, melancholisch anmerkte. In der Analyse stellt sich heraus, daß die Profitverluste trotz flottem Verkauf von Erzen und Stahlen eintraten infolge großer Preisnachlässe, die die Stahlkonzerne der werten Kundschaft machen mußten, um sie während des Streiks nicht an die in- und ausländische Konkurrenz zu verlieren. Überdies drängen auch andere Kapitalisten auf eine Beilegung, um zu verhindern, daß die großen Streikaktionen dieses Sommers (noch immer stehen auch Tausende von Kohlearbeitern im Streik) in die anstehenden Tarifauseinandersetzungen hineinreichen.

Jetzt wurde bekannt, daß die Stahlkapitalisten schon seit Anfang November Geheimverhandlungen mit der Gewerkschaftsführung angebahnt und den Gewerkschaftsvorsitzenden MacBride vorgeschickt haben, um den Arbeitern ihr Angebot schmackhaft zu machen. MacBride behauptete, das Angebot bestehe in der Zahlung von zwei Dritteln der geforderten Lohnzulagen. Die Arbeiter der streikenden Gruben wählten jedoch eine eigene Verhandlungskommission, die das Angebot genauer prüfte. „Es wurde einmütig verworfen", teilte Joe Samargia, Vorsitzender des größten der streikenden Bezirke, mit. „Was MacBride uns nicht sagte, war, erstens, daß die Erhöhung erst in zwei Jahren eintreten soll, und zweitens, daß nur 75% der Mitglieder die Lohnerhöhungen bekommen soll, während 25% sogar noch Lohnkürzungen hinnehmen sollen." Stattdessen erneuerte die Verhandlungskomission ihre Forderung nach voller Lohnangleichung, zahlbar sofort.

„Wenn wir zu ihren Bedingungen an die Arbeit zurückgehen, werden sie uns gebrochen haben, und wir werden 20 Jahre lang dafür bezahlen müssen", sagte einer der Streikpostenführer einem Korrespondenten. (Guardian, 16.11.77)

Nach unseren Informationen harren die Arbeiter der Erzgruben in Nord-Michigan und Minnesota bis jetzt, d.h. im vierten Monat im Kampf aus.

Die Gewerkschafter seien bereits seit Jahrzehnten „in ihren internationalen Bünden brüderlich miteinander verbunden gewesen", hat Loderer in München herausposaunt. In Wirklichkeit schicken diese Gewerkschaftssozialdemokraten die Arbeiter in die Konkurrenzschlachten ihrer Ausbeuter. Mit Rücksicht auf die „Wettbewerbsfähigkeit" der westdeutschen Stahlindustrie, gerade auch in der Eroberung des US-Marktes, sollen die Stahlarbeiter der BRD in den kommenden Tarifauseinandersetzungen eine neue Lohnsenkung einstecken. Deshalb auch findet man in den Organen der Gewerkschaftspresse, in der „Metall" und den anderen, eine Mauer des Schweigens um den schweren Kampf, den die Mitglieder der Stahlarbeitergewerkschaft der USA gegenwärtig ausfechten, gelegt.

Dieser Kampf beweist jetzt schon, daß auch in der kapitalistischen Krise die Arbeiter sich durchsetzen können, wenn sie sich zusammenschließen und die angespannte Konkurrenzlage ihrer Ausbeuter bewußt nutzen. Dieser Kampf braucht unsere Unterstützung, damit er siegreich abgeschlossen werden kann. Er bedeutet eine Unterstützung für uns selbst in den Lohnkämpfen, die jetzt in der Stahlindustrie begonnen haben. – (Z-Red)

Mindestens 200 DM
Rücknahme der 7%-Forderung

52 Stahlarbeiter von Klöckner an die Stahltarifkommission

„An die
Große Tarifkommission der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen und Bremen
z.H.
Heinz Röpke
Hans Opitz
Bremen, den 11.11.1977
Betr.: Forderung zur Lohntarifrunde 1977

Wir lehnen die am Donnerstag, 10.11.1977, in der Großen Tarifkommission aufgestellte Forderung von 7 Prozent ab. Wir fordern die Große Tarifkommission auf, diese Forderung zurückzunehmen und stattdessen die Forderung mindestens 200 Mark Festgeld für alle gleich aufzustellen.

Begründung:

7 Prozent bedeutet für die Mehrheit der Kollegen direkte Senkung des Lebensstandards. Schon der 6%-Abschluß vom letzten Jahr lag weit unter unseren gestiegenen Ausgaben. Das zeigt sich jetzt durch vermehrten Zwang zu Überstunden und Nebenarbeit. Schon jetzt haben die Energiekonzerne zum Jahreswechsel Strompreiserhöhungen von mindestens 7 Prozent angekündigt. Ab Januar soll die Straßenbahn teurer werden, die Kanalbenutzungsgebühr ebenfalls. Jeder kann sich ausrechnen, daß eine siebenprozentige Lohnerhöhung allerspätestens im Frühjahr aufgefressen sein wird. Mietererhöhungen und höhere Lebensmittelpreise noch nicht mitgerechnet. Das läßt sich auch durch Ausweitung der Schichtarbeit, Überstunden und Nebenarbeit nicht mehr auffangen. Die 7-Prozent-Forderung ist ein scharfer Angriff auf unsere Lebensbedingungen, deshalb muß diese Forderung weg. Daran ändert auch nichts ein etwaiger ‚Konjunkturbonus'.

Die 7-Prozent-Forderung stellt den Zusammenschluß der Stahlarbeiter nicht her. Sie ist zu niedrig und bedeutet für jeden etwas anderes. Die Spaltung unter den Stahlarbeitern wird von den Werksvorständen aber sofort zu weiteren Angriffen auf die Arbeiter genutzt. Wir haben hier in Bremen grade die konkrete Erfahrung gemacht. Am Dienstag, den 8.11.1977, wurden in den Bremer Nachrichten 200 weitere Entlassungen auf der Klöcknerhütte angekündigt. Das konnte sich der Werksvorstand überhaupt nur erlauben, weil die Belegschaft sich bisher noch nicht geeinigt hat über die richtige Lohnforderung. Die Spaltung der Belegschaft in dieser grundlegenden Frage hat die Werksleitung sofort ausgenutzt und nachgesetzt. Es ist also höchste Zeit, daß sofort in der Großen Tarifkommission die richtige Forderung aufgestellt wird, und zwar mindestens 200 Mark Festgeld für jeden.

Mindestens 200 DM Festgeld für jeden ermöglichen es, die Verluste durch den 6%-Abschluß wieder wett zu machen. Sowohl für die niedrigen als auch für die höheren Lohngruppen lohnt sich der Kampf für mindestens 200 Mark Festgeld, und die Spaltung in verschiedene Lohngruppen wird nicht mehr vertieft, weil für jeden gleich viel herauskommt. Für mindestens 200 DM haben sich bereits 52 Kollegen aus dem Kaltwalzwerk der Hütte Bremen in einem Brief an die „Metall" ausgesprochen. Am Freitag, den 4.11.77, hat sich eine Unterabteilung bei den Angestellten der Bremer Hütte darauf geeinigt, daß 220 Mark Festgeld unterstützt werden müssen. Schon vor einiger Zeit haben Vertrauensleute und Betriebsräte in Nordrhein-Westfalen bei Mannesmann-Hilden eine Forderung von 200 DM befürwortet. Das alles zeigt, daß mit dieser Forderung der Zusammenschluß für den Lohnkampf hergestellt werden kann.

Haben sich die Stahlarbeiter zusammengeschlossen, dann können sie auch harte Kämpfe durchführen und siegen."

Kampf um den Lohn

Westberlin. Am Montag, dem 14.11., gab es die Lohnabrechnungen für Oktober bei DIAG Fritz Werner. Dabei wurde die sogenannte innerbetriebliche Lohnangleichung zum ersten Mal bekanntgegeben. Sie gelten nur für Zeitlöhner und liegen zwischen 28 und 68 Pfennig. Sie sind Ergebnis der Forderungen in der Belegschaft nach mehr Lohn. Die große Differenz der Erhöhungen bewirkt jedoch eine weitere Aufspaltung der Löhne bei Fritz Werner. In der Abteilung Betriebselektrik waren die Löhne vor zwei Jahren noch annähernd gleich. Nach der jetzigen Erhöhung liegt die größte Differenz in der Abteilung bei 1,20 DM.

Mit der Lohnabrechnung wurde auch das Weihnachtsgeld ausbezahlt. Wer drei Jahre im Betrieb gearbeitet hat, bekommt 90 % vom Bruttolohn plus 120 DM. Bei kürzerer Betriebszugehörigkeit bekommt man entsprechend weniger (zwei Jahre sind gleich 80 % plus 100 DM, 1 Jahr ist gleich 75 % plus 50 DM). Der Weihnachtsfreibetrag von 400 DM tauchte in den Lohnabrechnungen nicht auf. Dies wurde auf den Lohnzettelversammlungen im Betrieb debattiert. Arbeiter aus mehreren Abteilungen gingen zum Lohnbüro, um genaueres herauszubringen. Dabei kam folgendes heraus: Der Weihnachtsfreibetrag von 400 DM wird auf den Lohn des gesamten Jahres angerechnet. Das bedeutet, daß durchschnittlich 200 DM dieses Freibetrages nicht wirksam werden. Sie werden erst beim Lohnsteuerausgleich im nächsten Jahr wirksam. Kürzlich hatte Kanzler Schmidt erklärt, es würde jetzt mehr Weinachtsgeld geben, man solle es nicht sparen, sondern ausgeben, um die Wirtschaft in Gang zu bringen. Der Herr hat gut reden. Das Geld, das dringend benötigt wird, behält sich der bürgerliche Staat von vorneherein ein. Er nimmt sich sozusagen einen zinslosen Kredit bis etwa Mitte 1978. Diesen Tatbestand haben die Arbeiter mit den führenden Sozialdemokraten im Betrieb verhandelt. In den Debatten in den Abteilungen wurde über die Entwicklung des Lohns im letzten Jahr gesprochen. Ein Arbeiter aus der Schleiferei berichtete, daß er im letzten Jahr im Akkord durchschnittlich auf 12,50 DM kam, jetzt nur noch auf 11,8o DM. Damit wird klar, der Kampf um den Lohn muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die staatliche Steuerausplünderung.

Mittelhessen, Herborn. Laut Lahn/Dill-Nachrichten vom 17.11. hat es bei Buderus vor einigen Tagen im Produktionsbereich Flugzeugküchen einen mehrstündigen Streik gegeben. Rund 150 Beschäftigte haben gegen Lohnabzüge, die Schinderei der Arbeiter im Betrieb, gegen falsche Akkordbemessung und für einen besseren Arbeitsablauf gestreikt.

Wuppertal. Arbeiter im Zentrallager

Wuppertal. Arbeiter im Zentrallager bei Happich haben bei der Lohnzetteldebatte am Montag erreicht, daß eine Stunde bezahlt wird, um auf die Bank zu gehen. Am Donnerstag wurde dies von der Geschäftsleitung zurückgenommen. Darauf haben sich die Arbeiter zusammengeschlossen und sind zum Betriebsrat gegangen. Sie haben durchgesetzt, daß diese Stunde bezahlt wird.

Wiesbaden, Bochum. IGM-Betriebsjugendgruppe von Opel hat mit 9 Teilnehmern beschlossen: Mindestens 200 Mark im Tarifkampf und Existenzlohn für Lehrlinge. Als Empfehlung an die VL-Vollversammlung.

Bereichsversammlung Opel Lackiererei hat beschlossen 120 Mark plus 6 % mindestens. Ein Vertrauensmann war für Festgeld ohne Höhe.

Weg mit dem Kontaktsperregesetz!

Hannover. „Es ist noch nicht lange her, daß die Haftbedingungen der politischen Gefangenen der RAF von der Bourgeoisie und ihrer Presse als paradiesische Zustände beschrieben wurden. Jeder galt als geistiger Sympathisant der RAF, der die Haftbedingungen als Isolationshaft bezeichnete. Heute, mit Inkrafttreten des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (Kontaktsperregesetz), in dem die Isolationshaft zugleich offen erklärt wie auch drastisch verschärft und erweitert wird, muß als kaum zu überbietender Zynismus und gezielte Heuchelei die Behauptung gelten, die Haftbedingungen seien ‚zum Wohle des ganzen Volkes' vervollkommnet worden.

Das Gegenteil ist der Fall. Nicht zum Wohle des ganzen Volkes hat sich die Bourgeoisie dieses Gesetz geschaffen und auch nicht allein deshalb, um die politischen Gefangenen der RAF sowohl untereinander als auch von der Außenwelt zu isolieren, sondern um insbesondere diejenigen total zu isolieren, die sich in den demokratischen Kämpfen, z.B. gegen den Paragrafen 218, gegen Atomkraftwerke und in den Streikkämpfen der Arbeiterklasse als Führer herausgebildet haben, denn jeder Kampf, zu dem sich die Arbeiterklasse und das Volk gegen die Kapitalisten zusammenschließen, gilt oder steht im Verdacht, eine ‚kriminelle Vereinigung' zu sein.

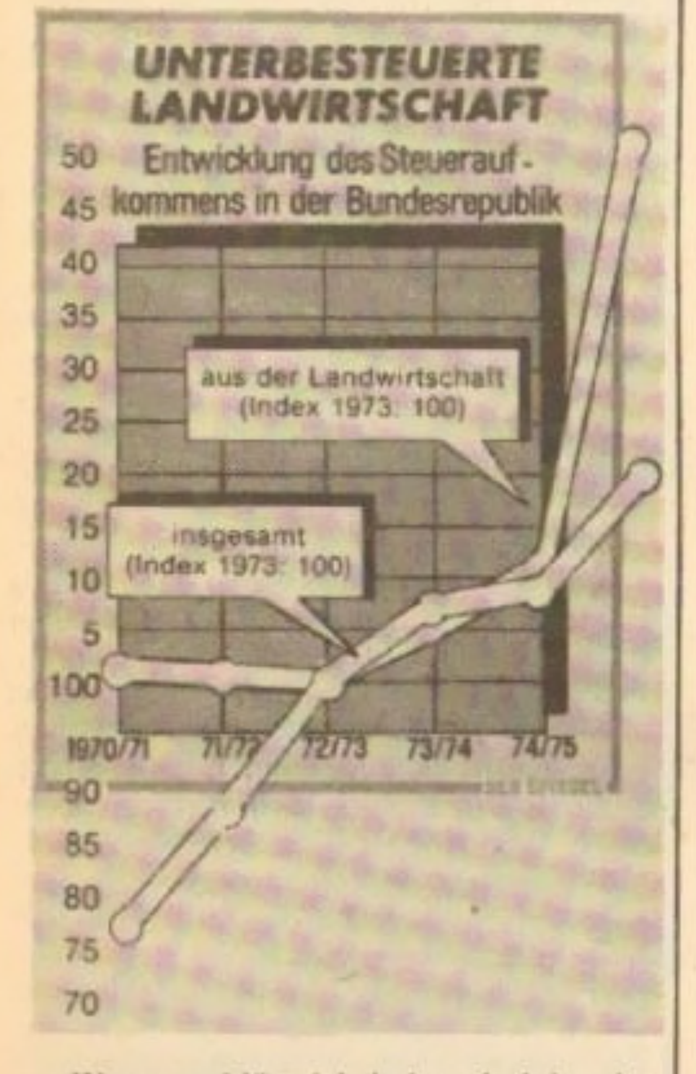
In Erkenntnis dieser Sachlage macht es sich der Schülerrat, Sekundarbereich II der IGS-Roderbruch zur Aufgabe, eine breite Front gegen das Kontaktsperregesetz zu organisieren und insbesondere die Schülerschaft im Kampf gegen dieses Gesetz zusammenzuschließen. Der Schülerrat fordert nachdrücklich die sofortige ersatzlose Streichung des Kontaktsperregesetzes." (einstimmig bei 2 Enthaltungen)

Eine gepfefferte Schaubild-Lüge

Was Augstein mit dem Schaubild, das dem „Spiegel" 47/77 entnommen ist, beweist: „die Landwirtschaft" wird „unterbesteuert". Eindrucksvoll, nicht wahr?

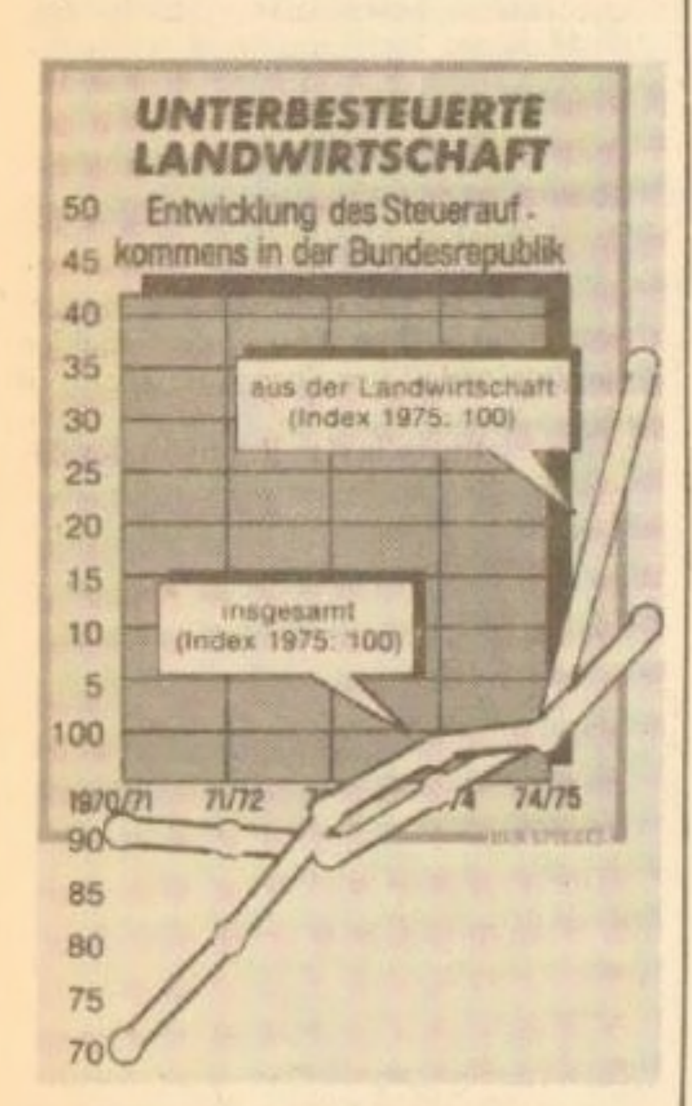


Wer kann noch leugnen, daß, während das Verhältnis zwischen dem Gesamtsteueraufkommen und dem Steueraufkommen aus der Landwirtschaft 1970/71 *augenscheinlich* noch in Ordnung war, die Ausgangslage *gleich*, die Bauern in den folgenden Jahren gegenüber allen anderen gut weggekommen sind? Leider erlaubte der Platz im „Spiegel" nicht, die Darstellung zu entfalten und die Entwicklung der Steuern näher zu untersuchen, um weitere „Ungerechtigkeiten" ebenso eindruckvoll nachzuweisen. Das sei hier, ergänzt um die Angaben von 1975/76, geschehen.



Woraus erklärt sich, bei rasch sinkender Zahl der Bauernhöfe und gleichzeitiger Zunahme der großen unter ihnen, das rasche Ansteigen des Steueraufkommens aus der Landwirtschaft in den Jahren 72/73/74 usw? Ganz klar: Der Großgrundbesitz wird „überbesteuert".

grundbesitz wird „überbesteuert".



Klarer kann nicht nachgewiesen werden, daß es höchste Zeit und 1975 schon fast zu spät war für die Einkommenssteuerreform, die die Lohnsteuern, Hauptposten des Gesamtsteueraufkommens, in progressiver Beschleunigung erhöht. Ob es noch reicht, die „Unterbesteuerung" – geht man von 1975 aus, wurde in den Jahren davor entschieden „zu wenig" Steuern gezahlt – zu korrigieren?

Erstaunlich, was durch Index-Kurven, in denen die realen Größen und ihr Verhältnis zueinander völlig verschwinden, alles „wissenschaftlich" und „unanfechtbar" bewiesen werden kann. Alles, was beliebt. Man braucht nur die für den Beweiszweck günstigste Ausgangslage – 19xx gleich 100 – herauszufinden. Und dabei hat Augstein, dem es diesmal um die von der Bundesregierung vorbereitete „Aufhebung der Unterbesteuerung der Landwirtschaft" ging, den notwendigen *politischen* Spürsinn bewiesen.

Abrüstungsgeheule um Europa – die Vorbereitung auf Krieg läuft

Aufrüstung bis an die Zähne ...

„Die sowjetische Armee hat ihren Truppenaustausch im Gebiet der DDR, der in den letzten Wochen im Gange war, abgeschlossen. Nach Erkenntnissen der Nato in Brüssel wurden dabei rund 100000 Mann neue Kräfte herangeführt ... Mit Austauschoperationen ist nach Ansicht von Beobachtern in Brüssel auch ein anderer Vorgang verbunden. Bei dem Auswechseln von Waffen werden immer häufiger neue Geräte hereingebracht, aber alte Systeme nicht abgezogen.

Bei der NATO schätzt man, daß auf diese Weise der Waffenbestand in den letzten Jahren erheblich verstärkt worden ist ... Der Ausbau des sowjetischen Luftverteidigungssystems mit Bodenluftraketen macht weitere Fortschritte ... Von dem im Nato-Code als Backfire eingeordneten neuen strategischen Bomber wird es bis 1980 in der sowjetischen Luftwaffe einhundert Maschinen geben und weitere einhundert bei den Seestreitkräften ... In drei bis vier Jahren sollen einhundert strategische U-Boote einsatzbereit sein." (FAZ, 13.11.)

... und Kriegsgeheul der Supermächte

„In einer kurzen Ansprache hatte zuvor Verteidigungsminister Ustinow von ‚kriegslustigen imperialistischen Kräften' gesprochen, die den Versuch unternähmen, auf dem Wege zur Sicherheit Barrieren zu errichten. Sie forcierten das Wettrüsten und trieben eine Propaganda im Geiste des kalten Krieges." (Weserkurier, 8.11.)

„Die massenhafte kommunistische Rüstung kann nach Meinung an der Bündnisspitze nicht allein mit konventionellen Streitkräften des Westens beantwortet werden ... Gut informierte Kreise des atlantischen Verteidigungsbündnisses halten die Bereitstellung von Neutronenbomben in Europa im kommenden Jahre ‚aus Vernunftsgründen' für vorstellbar." (Kieler Nachrichten, 12.11.)

„Der amerikanische Senator Nunn warnt vor einem ‚Blitzkrieg der Sowjetunion' in Europa. Er hatte Anfang des Jahres auf erhebliche Nachschubprobleme für die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik hingewiesen. Seither ist die Lufttransportkapazität der amerikanischen Streitkräfte wesentlich erhöht worden. Die modernsten Jagdbomber der amerikanischen taktischen Luftflotte werden in fortwährendem Umschlag zwischen ihrem Heimatstützpunkt in Virginia und Bitburg in der Eifel auf ihre Aufgaben vorbereitet." (FAZ, 13.11.)

„Einheiten der Bundesmarine beteiligen sich nach Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums an einer Routineübung in ... der Ostsee. Das Einlaufen der US-Schiffe wird als erneute Bekundung des Interesses Washingtons an der Nordflanke der Nato angesehen." (Kieler Nachrichten, 2.11.)

Mobilmachung ...

„Mehr als 100 Militärexperten der Marinestreitkräfte aus 13 Nato-Staaten beschäftigten sich in Glücksburg zwölf Tage lang mit der Überarbeitung und Neufassung von 20 seetaktischen Vorschriften. Captain F.G. Hamrich vom Stab des Oberbefehlshabers des Nato-Kommandobereichs Atlantik betonte, daß die Marinen des westlichen Bündnisses im Spannungsfall in der Lage sind, reibungslos gemeinsam zu operieren." (Kieler Nachrichten, 18.11.)

„Alles war sorgfältig vorbereitet, als am Freitag um 12.37 Uhr die bisher größte zivile Rettungsübung in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem Auslösen der Alarmsirenen in Lüneburg und Umgebung begann. Im Mittelpunkt stand dabei das bombensichere Hilfskrankenhaus ...

... und die Sorgen der BRD-Imperialisten

„... Den 150 Soldaten ... war nicht zum Lachen zumute. Verbittert lagen sie auf den Tragen ... Ein Panzerfahrer ... meinte kurz: ‚Normalerweise liege ich um diese Zeit viel lieber auf der Autobahn und freue mich aufs Wochenende.'" (HAZ, 5.11.)

„Der Bereichsbeauftragte für den Zivil- und Katastrophenschutz Köster gab zu, daß Selbstschutz, früher Luftschutz genannt, immer noch mit der großen Hypothek eines verlorenen Krieges belastet sei und es zu den schwierigsten Unternehmen gehöre, Themen wie Waffenwirkung, Krieg und Zivilschutz auf rationaler Basis in der Bevölkerung zu verankern." (Neue Osnabrücker Zeitung, 3.11.) – (N-Red)

Von „deutlicher Steuerentlastung" beim Weihnachtsgeld keine Spur

„Mehr Steuergerechtigkeit", „deutliche Steuerentlastung für die kleinen und die mittleren Steuerzahler", die „private Nachfrage der Konsumenten (würde) angeregt" werden, das sind die Stimmen der Bourgeoispolitiker von CDU, SPD und FDP zu ihrem Steuerpaket von Ende Oktober. Die Volksmassen hingegen sind hellhörig geworden, wenn die Bourgeois sich „sozial" geben, dann steckt zumindest ein Betrug, meistens aber ein abgekartetes Manöver dahinter, die Volksmassen stärker auszupressen und sie politisch von den dringlichsten Aufgaben abzuhalten. Wie sollte es da anders mit dem Versprechen auf Steuererleichterungen durch die Erhöhung der Weihnachtsfreibeträge sein!

Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels hat gerechnet: Rund 30 Milliarden DM werden dieses Jahr an Weihnachtsgeld gezahlt, 16 Milliarden in den Industriebetrieben, 14 Milliarden im öffentlichen Dienst. Steuerersparnis von 2,2 Milliarden DM, Steuerbelastungen von rund 6 Milliarden DM, ergibt 24 Milliarden DM zum „Ausgeben". Steuerersparnis von 2,2 Milliarden – das stinkt. Wir haben es nachgerechnet: Nimmt man sämtliche Beschäftigten in der Industrie und im öffentlichen Dienst zusammen, teilt 2,2 Milliarden durch 15,8 Millionen, dann ergibt das eine Steuerersparnis alleine nur wegen des Weihnachtsfreibetrages von 140 DM durchschnittlich. Es ist nicht so!

Bei VW wird das Weihnachtsgeld aufs Jahr verteilt auf den steuerpflichtigen Monatslohn gerechnet und so das ganze Jahr über versteuert. Nach der Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages auf 400 DM können die VW-Arbeiter zwar von diesen 140 DM der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels träumen, sie kriegen sie jedenfalls nicht: Ein VW-Arbeiter in der Lohngruppe 4 B mit durchschnittlich 2055 DM Bruttomonatslohn muß gerade 60,50 DM weniger Lohnsteuern zahlen, bei Steuerklasse 3, ein Kind, und 1037 DM Weihnachtsgeld, als er im vorigen Jahr gezahlt hat. Monatlich also eine „Erleichterung" von 5,04 DM. Diese „Erleichterung" ist jedoch überhaupt keine Minderung der Lohnsteuern: Dem VW-Arbeiter sind nach dem Lohnraub im Februar 1977 monatlich 25,40 DM mehr weggesteuert worden.

Und überhaupt: Verrechnen die Kapitalisten das Weihnachtsgeld übers Jahr, was sie allgemein machen, und bekommt der Arbeiter im November mit der Oktoberabrechnung das Weihnachtsgeld, dann kann er überhaupt noch nicht mal über diese 60,50 bar auf der Hand verfügen. Er hat 5,04 DM mehr – mehr aber auch nicht.

Einen enormen Vorteil von dieser Regelung, den Weihnachtsfreibetrag noch schnell vor der Weihnachtsgeldauszahlung durchzuziehen, haben die Kapitalisten und ihr Staat – die Kapitalisten, indem sie für dieses Jahr weniger Lohnsummensteuer zahlen müssen, und der bürgerliche Staat, indem er bis zum Lohnsteuerjahresausgleich Mitte 78 einen gehörigen Kredit von den Arbeiter- und Volksmassen bekommt und noch darauf spekulieren kann, daß viele Arbeiter und Angestellte keinen Lohnsteuerjahresausgleich machen werden wegen der vielen Rennerei nach den Bescheinigungen usw. Das wird in die Millionen gehen, was sie sich so zusätzlich an geraubten Lohngeldern aneignen werden.

„Sozial" soll die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages sein – einem wird schlecht dabei: Gerade bei einem steuerpflichtigen Monatslohn von 1500 DM und darunter, bei einem Weihnachtsgeld in Höhe des Monatslohns ist die Steuererleichterung monatlich 5 DM und etwas darunter. Bei 1550 DM steuerpflichtig sind es schon 7 DM. Was damit erreicht wird ist, daß beim nächsten Lohnkampf noch mehr Arbeiter in der Steuerfalle an der 1500/1600 DM-Grenze hängenbleiben sollen, mit dem Progressionsfaktor von 2,1% als Lediger oder 2,2 als Verheirateter.

„Ankurbelung der Wirtschaft" hat Schmidt das Steuerpaket genannt. Ob die Wirtschaft tatsächlich angekurbelt wird, ist eine andere Frage, jedenfalls können die Kapitalisten mit größeren Subventionen rechnen, die direktes Ergebnis dieses Manövers sind. Von „Anregung der Konsumentennachfrage" hatte der neue Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff geredet – die Bedürfnisse sind da, sie können jedoch nicht befriedigt werden, vor allem nicht mit 5 DM mehr und dem Versprechen der Kapitalisten, daß „Qualität ihren Preis" hat.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik DIAG in Westberlin haben über diesen Betrug diskutiert. Keine der Forderungen der Arbeiter ist erledigt. Der Kampf um den Lohn, um 220 DM mehr, muß mit dem Kampf gegen die staatliche Ausplünderung, für einen Steuerfreibetrag von 1500 DM, verbunden werden. – (N-Red.)

Nur die Streichung der unteren Lohngruppen im Kampf gegen Abgruppierungen setzt den Kapitalisten Schranken nach unten

Bremen. Seit dem Sommer 1977 wird bei Hanomag in Bremen ein neuer Kleintransporter gefertigt. 44000 Kleintransporter im Jahr und ab 1978 einen PKW-Kombi wollen die Daimler-Benz-Kapitalisten in Bremen produzieren lassen. Deshalb werden jetzt ständig neue, hauptsächlich sehr junge Arbeiter eingestellt. Viele von ihnen sind Facharbeiter, Kfz-Mechaniker, Schlosser, Klempner, Maler usw. Obwohl Facharbeitereckiohn Lohngruppe 8 ist, werden diese Arbeiter fast ausschließlich mit Lohngruppe 7 ans Band gestellt. Noch vor drei Jahren wurden Facharbeiter nach der Probezeit von Lohngruppe 7 in 8 gestuft oder gleich mit Lohngruppe 8 eingestellt. Das ist jetzt anders, sie bleiben in Lohngruppe 7.

Das Band läuft 1,85 m in der Minute. Das macht 120 Wagen pro Schicht. Trotz häufiger Produktionsstörungen werden mindestens 100 Wagen pro Schicht gefahren. Das Arbeitstempo halten nur junge Arbeiter durch.

Immer häufiger wird in Lohngruppe 6 eingestuft. So wurde ein türkischer Arbeiter, der Lohngruppe 7 hatte, gezwungen zu unterschreiben, daß er mit Lohngruppe 6 zufrieden sei, oder er fliegt auf die Straße. Viele Werkzeugmacher wurden eingestellt, um die neue Produktion vorzubereiten. Nachdem die Vorrichtungen und Werkzeuge für die neue Produktion gefertigt waren, wurden die Arbeiter vor die Wahl gestellt, entweder ans Fließband zu gehen oder den Betrieb zu verlassen. Diejenigen, die geblieben sind, wurden von Lohngruppe 9 auf Lohngruppe 8 oder 7 zurückgestuft.

Der Achsbau wurde von Bremen nach Kassel verlegt. Im Achsbau erhielten die Arbeiter durchgehend, bis auf ein paar Ausnahmen, Lohngruppe 8. Diese Arbeiter, soweit Ausländer, sind an die Fertigungsbänder des Transporters versetzt worden. Dort bekommen sie jetzt Lohngruppe 7. Ältere Maschinenarbeiter mit langer Betriebszugehörigkeit haben gegen die Versetzung an die Montagebänder gekämpft. Sie sind fast ausschließlich bei gleichgebliebenem Lohn in Abteilungen wie Kontrolle, Reparatur und Wartung versetzt worden. Für diese Arbeiter hatte der Kampf sozusagen als Ergebnis die Streichung der unteren Lohngruppen, in die sie eingruppiert werden sollten.

Bei Daimler-Benz gibt es seit 1972 und bei Hanomag-Henschel seit 1974 eine Betriebsvereinbarung, die einen befristeten Lohnausgleich bei Umsetzungen vorsieht. Mit dieser Frist zum Abgewöhnen des erkämpften Lohnniveaus wurde lediglich die Lohnsenkung hinausgezögert.

Die Forderung Steinkühlers vom IGM-Bezirksvorstand Baden-Württemberg nach tariflichem Abgruppierungsschutz ist schön und gut. Sie ist nicht ausreichend. Erstens kennt man die sozialdemokratische Verhandlungstaktik, herauskommen werden viele Möglichkeiten, doch in die unteren Lohngruppen zu drücken. Zweitens bleibt den Kapitalisten weiter die Möglichkeit, Umbesetzungen zu umgehen durch Kündigung und Neueinstellung (oft genug der gerade entlassenen Arbeiter).

Ein wirksamer Schutz gegen Abgruppierung und Drücken ins absolute Elend ist nur zu erreichen, wenn die unteren Lohngruppen abgeschafft werden. Dann fehlt die Möglichkeit dazu. – (Zelle Hanomag, Bremen-Unterweser/N-Red.)

Lohnsteuersenkung – das „Geschenk" ist gestohlen

Der „Steuerkompromiß" ist unter Dach und Fach. Rechtzeitig – und das heißt: vor den Tarifkämpfen – ist die Progression geschärft worden, verbunden mit einer „Senkung", die die Arbeiter verleiten soll, niedriger zu fordern als 220 DM, also als notwendig. Daß derlei Senkung nur Auftakt zu neuen Fischzügen auf die Löhne der Massen ist, haben wir in dieser Zeitung mehrfach nachgewiesen, selbst abgesehen davon, daß sie zugleich mit einem unverhüllten Raubzug, der Erhöhung der Mehrwertsteuer, in Kraft tritt.

Vor einem Jahr sind Tabak- und Branntweinsteuer erhöht worden. Das allein hat der Staatskasse fast so viel gebracht, wie jetzt unter allerhöchsten Gnadenbekundungen für einen Moment an der Lohnsteuer nachgelassen wird. Wir haben das an einem Beispiel nachgerechnet:

Ein unverheiratetes Paar, sie Arzthelferin mit 869,13 DM netto, er Erziehungshelfer, bezahlt nach BAT VI b, das sind 1291,37 DM netto. Beim jetzigen Lohn ergibt das „Steuerpaket" eine Senkung der Lohnsteuer von 29,30 DM für ihn, von 19,20 DM für sie monatlich.

Beide rauchen, er zwei, sie eine Packung Zigaretten am Tag. Sie ist auf eine billigere Sorte umgestiegen nach der Steuererhöhung und raucht jetzt auch etwas weniger. Trotzdem, im Monat macht die Erhöhung von 1,25 Pfennig pro Zigarette stolze 22,50 DM für beide aus. Zwei Flaschen Aufgesetzten trinken sie vielleicht jeden Monat. Mehr als die Hälfte vom Preis ist Branntweinsteuer: 10,37 DM, das sind 1,59 DM mehr als vor der Erhöhung. Auf diese 24,09 DM monatlich kommt noch mal Mehrwertsteuer drauf, macht 2,65 DM, zusammen also 26,74 DM. Für ihn geht damit die berühmte Senkung der Lohnsteuer nicht erst in Zukunft drauf, sie ist schon weg.

Wir haben zusätzlich ausgerechnet, was beide an Verbrauchssteuern allein für Tabak, Branntwein, Benzin und Kaffee monatlich wegzahlen. Er hat oft geteilten Dienst, entsprechend hoch sind die Benzinkosten, 140 bis 160 DM im Monat. Bei einer Steuerbelastung von 0,44 DM pro Liter kommt man damit auf durchschnittlich 83,60 DM Mineralölsteuer. Kaffee trinken sie vielleicht anderthalb Pfund in der Woche, macht bei 4,50 DM Steuer pro Kilo im Monat 13,50 DM. Plus Tabaksteuer von insgesamt 145,44 DM monatlich und Branntweinsteuer kommt man auf 252,91 DM vor und 280,73 DM nach der zusätzlichen Belastung auch der Verbrauchssteuern mit Mehrwertsteuer.

Derweil spottet der Kanzler, was man durch die Regierung jetzt geschenkt kriegt, soll man nicht sparen, sondern gleich ausgeben, daß es der „Wirtschaft" auch nutzt. Der Tabakwarenverbrauch ist nach der Steuererhöhung um 10% gesunken, klagt „die Branche". Der Entzug von „Genußmitteln" aus dem gewöhnlichen Konsum der Arbeiterklasse ist nur Begleiterscheinung des Entzugs der nötigsten Lebensmittel. Die „Wirtschaft" will jetzt die Lohnsteuer„senkung" im Lohnkampf „honoriert" haben. „Honorar" für ihre Verbrechen können sie haben, auch im Lohnkampf und im Kampf für 1500 DM Steuerfreibetrag und Beseitigung der indirekten Steuern. –(N-Red)

Sieben Nächte die Woche arbeiten für einen Hungerlohn

Große Umwälzung der Maschinerie in der Textilindustrie abgeschlossen / Ein Arbeitsplatz „kostet“ 2 Millionen DM

Delmenhorst. „Vor allem durch die Termine unserer Kunden ... stehen wir unter starkem Zeitdruck. Von einer befriedigenden Lösung der Terminfrage hängen weitgehend spätere Aufträge und damit Sicherung der Arbeitsplätze ab. Im Einvernehmen mit dem Betriebsrat rufen wir deshalb alle Mitarbeiter (innen) des Spinnereibereiches auf zu Wochenendschichten vom 22.10. bis 3.12.77.“ (Bekanntmachung des Vorstandes der Vereinigten Kammgarnspinnerei) „Freiwillig“ sind diese Wochenendschichten. Der Betrieb ist zwischen Weihnachten und Neujahr dicht. Freiwillig? „Freiwillig“ vier Tage unbezahlten Urlaub?

Der Tariflohn bewegt sich in sieben Lohngruppen und 21 Zwischenlohngruppen zwischen 6,62 DM (LG I) und 8,25 DM (LG VIIc). Die meisten sind in den Lohngruppen II bis IV (6,75 bis 7,08 DM). Ein Beispiel für den Effektivlohn in Lohngruppe II (Steuerklasse I): 6,75 DM plus tarifliche Zulage von 21 Pfennig plus betriebliche Zulage von 20 Pfennig plus Belastungsprämie von 4 Pfennig plus Prämie für den Nutzgrad der Maschinerie 48 Pfennig gleich 7,68 DM mal 1,03 (Nutzgrad der Maschinerie) gleich 7,91 DM Effektivlohn. Netto im Monat 970,75 DM. So „freiwillig“ machen vor allem ausländische Arbeiter, wo Mann und Frau beide in die untersten Lohngruppen gedrückt sind, Dauernachtschicht, sechs Nächte die Woche. Die Wochenendschichten zwingen sieben Nächte in der Woche in die Fabrik. Reine Wollstoffe stellen sie her, die sie sich selber von dem Lohn, den der Kapitalist zahlt, nicht leisten können.

30% des Aktienkapitals der Vereinigten Kammgarnspinnereien hält die Dresdner Bank direkt und über Tochtergesellschaften, 15,5% die Deutsche Bank. Die Kredite für die Rationalisierungsinvestitionen ließen sich die Couponschneider, übrigens auch die Träger teurer Wollkreationen, von ihrem Staat über Landesbürgschaften absichern. Ihr neuester Griff in die Steuerkasse: Die Kläranlage, deren Bau die im Umkreis wohnenden Lohnabhängigen erzwungen haben, weil der Gestank unerträglich ist, soll aus Steuermitteln bezahlt werden, weil die Konkurrenz mit der Bremer Wollkämmerei so groß ist.

Mit der Einführung modernster Maschinerie Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre konnte die Sortierung der Auslese der Wolle nach Feinheit und Länge per Hand aufgegeben werden. Von 120 Arbeitern blieben 20. Da die Frauenarbeit „Sortieren“ weitgehend überflüssig wurde, konnte Dreischichtbetrieb eingeführt werden. Schnell soll der Wert der Maschinerie auf die Waren übertragen werden, um schnell wieder Kapital zur Einführung von neuer Maschinerie flüssig zu haben.

In der Ringspinnerei wurde die Vorgabezeit für das Absetzen von 234 Spulen von 22 Minuten auf 17,6 Minuten gekürzt. Durch den Kampf der Absetzer mußte die Vorgabezeit wieder auf 19 Minuten heraufgesetzt werden. Drei Minuten pro Arbeiter haben die Kapitalisten in dieser Schlacht gut gemacht. Für die Garnfahrer wurden die Akkorde neu festgelegt. In der Vorbereitung läuft eine neue Maschine, die zweite wird aufgebaut. Im Betrieb geht herum, daß für die Kämmerei 90 neue Kammstühle angeschafft werden sollen.

1974 haben die Kapitalisten das Werk Mönchengladbach geschlossen, 350 Arbeiter auf die Straße gesetzt, die moderne Maschinerie in Delmenhorst konzentriert. Ein günstiger Standort, „um die Kosten für Energie, Löhne und Gehälter, Transport niedrig zu halten“. (Keil, Vorstandsmitglied) Die hohe Arbeitslosenzahl drückt auf den Lohn, kurze Transportwege für die Rohstoffe und kurze Transportwege für die Produkte, mit denen sie den Weltmarkt erobern wollen. Von 11 auf 27% ist die Exportquote der Textilindustrie von 1966 bis 1976 gestiegen. Dafür mußte die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgebootet werden – die Arbeiter in Westdeutschland über den Ausbeutungsgrad der kapitalistischen Konkurrenz hinausgetrieben werden. 1976 weist der Geschäftsbericht der Vereinigten Kammgarnspinnerei eine Garnumsatzsteigerung von 19% und eine Zunahme der Wollkammproduktion um 34% aus, die Zahl der Arbeiter wurde von 1142 auf 1063 gesenkt. Innerhalb von fünf Monaten sind 40 Arbeiter durch die Abteilung gegangen. Sie haben die mörderischen Arbeitsbedingungen nicht durchgehalten. Herr Dürr im Personalbüro zu neuen Arbeitern: „Wenn Sie in ein bis zwei Monaten wieder abspringen, dann bekommen Sie, solange ich hier sitze, so schnell keine Arbeit wieder.“

Der Lohn ist die entscheidende Frage. Bis zum nächsten Juni wird der Tarif nicht halten. Auf der letzten Betriebsversammlung hat die Forderung nach 60 Pfennig mehr für alle sofort große Zustimmung gefunden. – (Zelle Textil Delmenhorst, Weser-Ems/N-Red.)

Rationalisierung in der Textilindustrie für eine „vielversprechende Ausgangslage“ auf dem Weltmarkt

„Schneller als erwartet sind die Brüsseler Textilverhandlungen ins Schlingern gekommen. (...) Die Verhandlungen mit mehr als 30 Exportländern haben zum Ziel, freiwillige Lieferbeschränkungen für die wichtigsten Erzeugnisse zu vereinbaren. (...) Die EG-Kommission ihrerseits hat so gut wie keinen Spielraum für großzügige Gesten. (...) Will sie wenigstens den ärmsten Lieferländern einen Exportzuwachs in Aussicht stellen, muß sie bei Hongkong kürzen.

Trotzdem: Die EG-Politik, die auf eine Diskriminierung der leistungsstarken Anbieter hinausläuft, stimmt bedenklich. Sie kann, wenn sie Schule machen sollte, leicht auf die Gemeinschaft zurückschlagen.“ (Die Welt, 14.11.)

Für Gemeinschaft kann man getrost Westdeutschland setzen. Es sind die Sorgen des westdeutschen Finanzkapitals, das seit Jahren die Konzentration und Zentralisation der Textilindustrie betreibt, um auf dem Weltmarkt auftrumpfen zu können:

„Die Textilindustrie von 1977 ist mit der Textilindustrie von 1957 nicht mehr zu vergleichen. (...) Die Produktivität in der Textilindustrie erhöhte sich allein in der Zeit von 1970 bis 1975 um 39%, das sind 23% mehr als der deutsche Industriedurchschnitt. (...) Technischer Fortschritt kostet Geld! Die Textilindustrie ist heute die kapitalintensivste Verbrauchsgüterindustrie Westdeutschlands. So kostet zum Beispiel ein Arbeitsplatz in der

Spinnerei
1950 : 30000 DM 1976 : 460000 DM
Spulerei
1952 : 6800 DM 1976 : 980000 DM
Weberei
1965 : 150000 DM 1976 : 600000 DM

Es gibt inzwischen Arbeitsplätze, deren Anlagewert bereits die 2-Millionen-DM-Grenze überschreitet.

(...) Die Konzentrationsbewegung begann 1957. Er führte zu wachsenden Betriebsgrößen. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich die Zahl der Textilbetriebe verringert. 1956 gab es in der Bundesrepublik rund 4600. 1976 nur noch 2800. Diese 2800 sind größer, stärker und leistungsfähiger als die 4600 von 1956. Der Umsatz der Textilindustrie wuchs von 1956 14 Milliarden DM auf 1976 29 Milliarden DM. Die Textilindustrie hat also mit 1800 Betrieben weniger 15 Milliarden mehr Umsatz gemacht!

Aus der rückläufigen Betriebszahl ist in der Öffentlichkeit immer wieder geschlossen worden, die Textilindustrie sei sterbende Industrie. Dieser Schluß ist absolut falsch.“

„Der Umstrukturierungsprozeß ist inzwischen nahezu abgeschlossen. Die Textilindustrie hat hinter sich, was verschiedene andere Branchen noch vor sich haben. Sie steht heute in einer vielversprechenden Ausgangsposition.“

Zu viel Personal bei Bahn und Post?

Nur gegen die Vorschriften ist der Fahrplan einzuhalten

Der Bundesrechnungshof stellt fest: „Bei der Deutschen Bundesbahn sind derzeit weit mehr als 20000 Dienstkräfte überzählig“, und bei 30000 Betriebs- und Werkstättenarbeitern sind die Bemessungswerte unzutreffend. Bei der Deutschen Bundespost „entsprechen die Personalzahlen noch nicht einer wirtschaftlichen Haushaltsführung“. (Bulletin der Bundesregierung Nr. 115)

Der Lohnkampf wird wirklich breit eröffnet. Ist es im Sommer nicht gelungen, eine entrechtete Arbeiterarmee von 25000 Mann als Leiharbeiter für die Industrie zu mobilisieren, soll es jetzt anders gehen. Weit über 20000 sollen entlassen und so gezwungen werden, ihre Arbeitskraft für die Kapitalisten mobil zu machen. Das Arbeitslosenheer soll den Lohn noch mehr drücken und die Unsicherheit der Existenz der Beschäftigten bei Post und Bahn soll weiteren Lohnraub und Entrechtung durchsetzen helfen.



Derweil hat der Dienstherr die Ausbeutung der Beschäftigten drastisch verschärft, den Arbeitstag so verdichtet, daß man froh ist, wenn man bei Feierabend mit heilen Knochen raus kommt.

Im Seelzer Rangierbahnhof sind die Zeitbemessungspläne so knapp bemessen, daß nicht ein Arbeiter fehlen und nichts dazwischenkommen darf, soll die Arbeit geschafft werden. Urlaub, Krankheit oder nur ein Tag frei heißt für die anderen Arbeiter: Überschichten machen. Das ist schon der Normalfall.

Zwanzig Minuten Zeit hat eine Rangierkolonne von vier Mann, um einen Zug zusammenzustellen und in die Gleise zu bringen, in denen der Zug ausfährt. Nach der Vorschrift haben alle vier Arbeiter an diesem Zug entlangzugehen und die Kupplungsketten kurzzudrehen und die Luftschläuche der Luftdruckbremsen zu verbinden. Das dauert ungefähr acht bis neun Minuten. Nun geht einer der Arbeiter an die Spitze des Zuges und fährt mit einer Diesellok, den fertigen Zug am Kupplungshaken, in das ausfahrende Gleis. Bis die leere Diesellok zurückkommt, sind wieder vier Minuten vergangen. Das alles zusammen sind höchstens 15 Minuten und der Zug ist geschafft.

Nur, der nächste Zug soll fahrplanmäßig drei Minuten nach dem vorhergehenden abfahren. Kommt dann noch dazu, daß der Zug z.B. drei Wagen mit hochexplosiven Stoffen an der Spitze eingestellt bekommen muß, kommt man mit der Zeit überhaupt nicht aus. Das Stellen von drei Wagen mit hochexplosiven Stoffen alleine dauert mindestens zehn Minuten. Gibt es noch Pannen, z.B. daß ein Waggon technisch nicht in Ordnung ist und aus dem Zug genommen werden muß, oder die Bezettelung der Wagen, damit man sehen kann, wohin sie befördert werden müssen, fehlt usw., dann ist es aus mit der Fahrplanmäßigkeit. Die Züge bekommen ihre Anschlüsse nicht. Das aber darf nicht sein, weil der Fahrplan eingehalten werden muß. Das ist Vorschrift. Deshalb müssen die Arbeiter gegen andere Vorschriften, solche zu ihrer Sicherheit, verstoßen. Die Vier-Mann-Kolonne teilt sich auf. Jeder Arbeiter macht einen Zug fertig und überspringt die nächsten drei. Nur so kann man es schaffen. Die Rangierer haben nicht die Wahl, nach Sicherheitsvorschrift zu arbeiten, das kann den Abzug der Rangierprämie kosten. Die Rangierprämie für „sicheres und schnelles Rangieren“ beträgt 1 DM im Winter (Oktober bis März), im Sommer 70 Pfennig.

Jeder Unfall ist so Selbstverschulden. Folgen kann gleich hinterher die Kündigung, und die Berufsgenossenschaft braucht nicht zu zahlen für einen abgerissenen Arm oder Schlimmeres.

Bei den Rangierern herrscht heute noch die Meinung vor, daß die Bahndirektion es nicht schlimmer treiben kann, weil offensichtlich ist, daß hinten und vorne Leute fehlen.

Laut „Handelsblatt“ vom 11./12. November hat die Bundesbahn in den letzten zwei Jahren mehr als 30 000 Dienstkräfte und über 8 000 Nachwuchskräfte rausrationalisiert. 27 000 seien jetzt noch überflüssig.

Das Finanzkapital verfolgt seine Ziele solange, bis sie am Widerstand der Arbeiter scheitern. Das zeigen die bisherigen Maßnahmen. Die Profitproduktion bezahlen die Arbeiter mit ihrem Leben. Gestört hat die Bourgeoisie das noch nie, im Gegenteil. Alle Errungenschaften hat sich die Arbeiterklasse erkämpft und mit jeder Errungenschaft die hemmungslose Profitmacherei eingeschränkt. (Bezirk Hannover/N-Red.)

Am Bundesrechnungshof: Millionen für die ministerialen Antreiber

Seit 1971 ist der Präsident des Bundesrechnungshofes von der Bourgeoisklasse zum „Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung“ bestellt. Er vereinigt in seiner Amtstätigkeit damit zugleich die Buchführung über die Verschuldung, die die herrschende Klasse im „Vorgriff“ auf beabsichtigte Steigerung der Steuerausplünderung hochtreibt.

Dafür wird er geschmiert wie ein Minister. Nach Gehaltsgruppe B 11 allein schon 9562,50 DM Grundgehalt, mit Zuschlägen und Zuwendungen leicht 150000 Mark im Jahr. Dafür kann er dann „richterlich unabhängig“, „nur dem Gesetz unterworfen“ und „selbständig“ wirken als oberster Antreiber und Kontrolleur der Rationalisiererschar in den öffentlichen Diensten wie als Antreiber der Lohnsteuerplünderer.

Der Aufwand, den die Bourgeoisie dafür treibt, ist im Steigen begriffen: Von 1973 22,9 Millionen auf 1976 30,6 Millionen DM wurde der Haushalt des Rechnungshofes um knapp die Hälfte in drei Jahren aufgestockt. Wohin dies Geld geht, kann man an dem Haushaltstitel „Planmäßige Beamte“ sehen:

	planmäßige Beamte	Dienstbezüge, Zulagen u. Zuwendungen
1973	391	15901600 DM
1976	404	21166000 DM

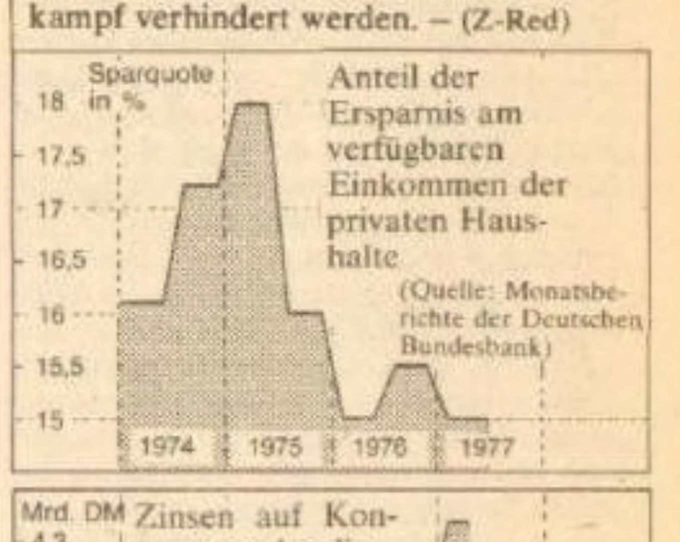
Das sind mehr als zwei Drittel des Haushalts. Inzwischen 32 Regierungsdirektoren, 53 Ministerialräte, 7 Direktoren beim Bundesrechnungshof sowie dessen Vizepräsident und Präsident sind es, die mit ihrer Einstufung von A 15 bis B 11 den entscheidenden Teil von diesem Anstieg zur Förderung ihrer „Selbständigkeit“ einstreichen. – (Z-Red.)

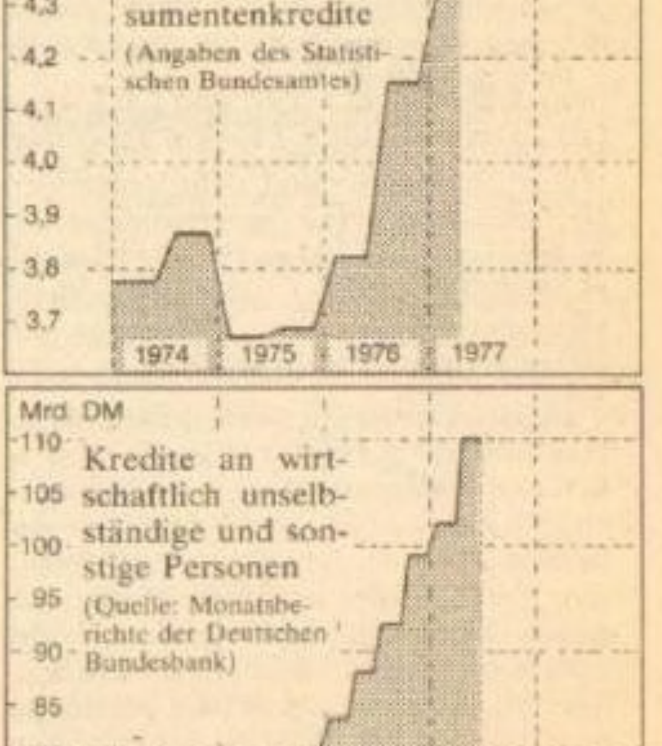
Nachfragestoß, wachsende Verschuldung, sinkende Sparquote

Seit Mitte 1975 steigen die Schulden der Massen bei den Banken und die zu zahlenden Zinsen steil an. Fast gleichzeitig fällt die Sparquote („Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen privater Haushalte“) steil ab. Gleichzeitig kommt es seit Juli diesen Jahres zu einer deutlichen Erhöhung der Einzelhandelsumsätze, insbesondere für Hausrat und Wohnbedarf, für Schuhe und Textilien, für Kraftfahrzeuge und Elektrogeräte. Die Bourgeoisie spricht von einem „Konsumstoß“ und stellt dies als Beweis dar, wie gut es den Volksmassen geht. Tatsächlich aber sind die lohnabhängigen Massen gezwungen, trotz eingetretener Reallohnsenkung zur Aufrechterhaltung ihrer Reproduktion sich Dinge anzuschaffen, ohne die überhaupt nichts mehr geht. Ein Arbeiter mit „gestiegener Mobilität“ hat Mehrausgaben für Wohnungseinrichtung und Kfz, die Verlängerung des Arbeitstages zwingt zur Anschaffung von allerlei Elektrogerät wie Wasch-, Spül- und Küchenmaschinen, die eine Zeitersparnis bringen. Die von der Bourgeoisie zielstrebig betriebene Verschlechterung der Produkte erhöht die Notwendigkeit von Ersatzanschaffungen.

Die Sparquote kann auf Null absinken, die Zinszahlungen auf Kredite können nicht unendlich steigen. Die oberste Grenze ist durch den Hungertod gegeben, wenn die Zinszahlungen sämtliche Reproduktionsmittel des Arbeiters aufgefressen haben. Der Anstieg der Schulden und der Abfall der Sparquote kündigen trotz derzeit steigenden Konsums einen tiefen Einbruch in der Reproduktionsfähigkeit der Arbeiterklasse an. Dieser kann nur durch entschiedenen Lohnkampf verhindert werden. – (Z-Red)

Sparquote in %
18
17,5
17
16,5
16
15,5
15
1974 1975 1976 1977
Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)





Bremen. Brief an Senatspräsident Koschnik betreffend Anwärterbezüge, beschlossen auf der Personalversammlung der Lehrerreferendare am 14.11.77 in Bremen:

„An den Senatspräsidenten
Herrn Hans Koschnik
Haus der Bürgerschaft
28 Bremen

Sehr geehrter Herr Koschnik!

Sie sind verantwortlicher Befürworter der rigorosesten Gehaltskürzungen für Lehrer seit dem 2. Weltkrieg. Das beweist Ihr Schreiben vom 16.2.77 an die Ministerpräsidenten der Länder und den Arbeitsminister Ehrenberg. Ihre Rede am 15. Juli 1977 vor dem Bundesrat sowie der Beschluß Ihres Senates, die Anwärterbezüge für uns Lehrerreferendare ab 1.8.78 um Beträge in Höhe von 270 bis 550 DM zu kürzen.

1. Damit würden viele Referendare nicht mehr in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da Sie offensichtlich anderer Meinung sind, fordern wir Sie hiermit auf, uns vorzurechnen, wie Ihrer Meinung nach ein Referendar ab 1.8.78 mit 800 DM monatlichem Nettobetrag leben soll.

2. Sie schreiben in der Bremer Lehrerzeitung 8 (.218): Für die Kürzung des Ausbildungsgeldes ‚ein solidarischer Ausgleich also, sicher einer, der schmerzt, gleichwohl aber gerecht ist‘. In diesem Zusammenhang haben wir drei Fragen:

a) Wie hoch sind Ihre monatlichen Nettoeinkünfte und auf welche Höhe werden sich Ihre ‚gerechten Schmerzen‘ beziffern?

b) Wo haben in der Geschichte dieses Landes Arbeiter oder Beschäftigte im Öffentlichen Dienst jemals ein solches Opfer freiwillig erbracht und wo hat ein solch erzwungenes Opfer jemals materielle Not und Arbeitslosigkeit aufgehoben oder nur gemildert – denken Sie bitte auch an die Zeit nach den Brüningschen Notverordnungen, die für uns Lehrer damals Lohnkürzungen um durchschnittlich 30 % eingebracht hatten. (...)

In Erwartung einer baldigen Antwort bis Weihnachten

PV der Lehrerreferendare“

Bremen. „Der geschäftsführende Hauptvorstand fordert alle Mitglieder der See-Hafenbetriebe auf, über die zu stellende Lohnforderung für 1978 zu diskutieren mit dem Ziel, die Lohngruppen jeweils um 8,5 % zu erhöhen. Die Beschäftigungs- und Ertragslage der Seehafenbetriebe und die gesamtwirtschaftliche Beurteilung rechtfertigen eine solche Erhöhung.“

München. Mitgliederversammlung des Ortsvereins München am 24. November. Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in der IG Druck und Papier einen 7,5 % Vorschlag „empfohlen“ haben, steht auf der Tagesordnung „Bericht vom Gewerkschaftstag“, sonst nichts. Unsere Aufgabe wird es sein, die 220 DM dort zu vertreten.

Programmvorschau ZDF, Donnerstag, 24. November, 17.10 Uhr

Immer Ärger mit den Hausaufgaben

Wie wird man Mensch? Wie wird aus einem hölzernen Hampelmann ein richtiger Junge aus Fleisch und Blut? Ein Hindernislauf für Pinocchio und alle anderen Kinder auch!

„Wie froh bin ich, daß ich jetzt ein richtiger Knabe sein darf. Und allen Kindern, die mich kennenlernten, möchte ich raten: Laßt euch die bösen Abenteuer des hölzernen Hampelmannes Pinocchio, der nicht folgen wollte, zur Lehre sein!" So der Schlußsatz des Buches „Pinocchio" von Collodi. Jeden Donnerstag, 17.10 Uhr, sollen Tausende von Kindern „Lehren" ziehen. Ein schlimmes Abenteuer für Pinocchio ist es, als die gute Fee Felicitas entdeckt, daß Pinocchio seine Hausaufgaben mit fremder Hilfe macht. Sie droht, ihn in die Stadt der Dummköpfe zu schicken, wenn er nicht fleißiger lernen will. – Wer nicht hören will, muß eben fühlen, und Strafe muß auch sein.





„Die Fee hat ihre Drohung wahr gemacht. Pinocchio staunt . . ." (Hör Zu-Ankündigung) Er staunt, denn der Dummkopf ist ein Affe, kein Mensch. Wer sich der Erziehung durch den bürgerlichen Staat nicht unterwirft, bleibt Affe. Eltern, die sich dagegen wehren, bleiben auf ihren Affenkindern sitzen, sie werden es zu nichts bringen, das sieht man doch gleich. Also. In den „Ausführungsvorschriften über das Erteilen von Hausaufgaben" für Westberliner Schulen heißt es, daß die Hausaufgaben „die Erziehung zu geregelter, genauer und vollständiger Ausführung von Aufträgen, zu selbständiger Einteilung der Arbeitszeit sowie sachgerechtem Gebrauch von Hilfsmitteln" unterstützen. Laut Vorschrift soll dies geübt werden in der Klasse Eins bis zu 15 Minuten am Tage, in der Klasse Drei und Vier bis zu 45 Minuten am Tage und dann in der Klasse Zehn z.B. bis zu 120

dann in der Klasse Zehn z.B. bis zu 120
Minuten am Tage.

Aber nicht mit fremder Hilfe, Eltern sind Fremde. Die Durchführung der Sorte Aufträge, wozu erzogen werden soll, möchte darunter leiden. Z.B. ein Arbeiter *kostet* 11,96 DM die Stunde, wieviel *kosten* 50 Arbeiter in einem Monat?

Wer die Aufträge nicht ausführt, wird bestraft, muß Nachsitzen, Strafarbeiten machen und erhält in dem Fach „häuslicher Fleiß" eine schlechte Note.

Wer sich von Eltern und Mitschülern helfen läßt, ist nicht nur faul, sondern sicherlich auch zu dumm, Entsprechendes wird im Zeugnis bescheinigt.

Wer kennt nicht die Lehrerkommentare unter Hausaufsätzen: „Deine Mutter hat sich viel einfallen lassen. Ich wollte aber einen Aufsatz von *dir* haben. Du hast Gelegenheit, dies morgen nach dem Unterricht in der Schule nachzuholen." Legion sind die bürgerlichen Witze, wo der „Affen"-Vater über den Rechenaufgaben schwitzt und der Sohn dann mit einer Sechs nach Hause kommt. Ha, ha.

Zusammenarbeit der Schüler während Klassenarbeiten ist Abschreiben, ist ein „Täuschungsmanöver", ist unehrlich und muß auch bestraft werden mit Fünf oder Sechs. Weil so lernt der Schüler ja nichts für *sein* Leben. Grundlage *seines* Lebens aber soll die Konkurrenz sein als Anhängsel eines Kapitalisten, als sein Lohnarbeiter, während der Kapitalist für die Wirtschaft sorgt und für die Konjunktur. Kooperation, ohne die es keine industrielle Produktion gibt und die die Arbeiter machen, ist nicht das Lernziel. Zusammenarbeit unter Kindern gibt's höchstens bei bösen Streichen, die immer schlecht ausgehen und obendrein mit Strafe enden, die man ja vermeiden soll, man hat sie auch nicht gerne.

Weil die Kinder der arbeitenden Massen und damit auch die Masse der Kinder jedoch „zu dumm" sind, sich zu unterwerfen und stattdessen untereinander zusammenarbeiten, haben sich die bürgerlichen Pädagogen die „Differenzierung" ausgedacht. Bürgerliche Pädagogen vertreten so was als fortschrittlich.

In den Ausführungsvorschriften für die Hausarbeiten heißt es: „Häufig wird es sich empfehlen, die Aufgabenstellung in einer Klasse nach Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der Schüler zu differenzieren." Wenn jeder unterschiedliche Aufgaben bekommt, kann man vor der Stunde nicht mehr voneinander abschreiben. Die „Dummen" kommen dann in die Sonderschule – in die Stadt der Dummen. Das Dumme ist nur: Der Erfolg dieser Methoden ist ständig gefährdet, denn es handelt sich nicht um hölzerne Marionetten.

Hauptsache, Fabriken und Waren bleiben trocken

„Küstenschutz" der Bourgeoisie / Wohnviertel und Ackerland planmäßig unter Wasser gesetzt

Hamburg. Der angekündigte Wasserstand bei der Sturmflutwarnung am 12.11. entsprach annähernd dem der Sturmflut im Januar 76, als bei Haseldorf und Drochtersen die Deiche brachen, große landwirtschaftliche Flächen sowie der Hamburger Hafen und außendeichs gelegene Fabriken und Warenlager überschwemmt wurden.

Seit der Sturmflut 76 haben die Kapitalisten vorgesorgt. „Die Standortsicherung des Hafens durch bauliche Maßnahmen rückte in der Prioritätenskala der Investitionen ganz nach oben. Um Waren und Anlagen vor künftiger Gefährdung zu bewahren und um die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens zu gewährleisten, wurden alle Bemühungen darauf konzentriert, ein hohes Maß an Sicherheit gegen extrem hohe Sturmfluten zu erreichen." (aus: Berichte der Handelskammer der Hansestadt Hamburg) 511 Millionen DM aus Steuern wurden für diese „Bemühungen" aufgebracht durch direkte Investitionen des bürgerlichen Staates in Flutsicherungsbauten bzw. durch Übernahme von 75% der entsprechenden Investitionen der Kapitalisten durch den Staat. Der Großteil der geplanten Flutsicherungsmaßnahmen ist bereits gebaut, MBB und die Raffinerien z.B. sind eingedeicht, 75% der Spundwände, die die großen Kaiflächen eindeichen, sind hochgezogen. Geschützt haben die Bourgeois ihre Hafenanlagen, Fabriken und Warenlager vor einer Sturmflut wie 1976, indem sie Spundwände rings um die Kaiflächen gebaut haben. Konnte sich das Wasser bisher auf den Kaiflächen ausbreiten, womit der Wasserspiegel insgesamt nicht stieg, bewirken die Spundwände ein rasches Ansteigen des Wassers. Die Schuppen, Waren etc. bleiben trocken, die Wohngebiete um den Hafen herum überfluten noch stärker.

Gleichzeitig wird die Elbe vertieft. Zuletzt von 12,0 auf 13,5 m, damit größere Schiffe mit mehr Ladung die Häfen anlaufen können. So konnte am 24.9. die bisher größte Entladung von 90000 t im Hamburger Hafen gelöscht werden. Der vertiefte Fluß faßt mehr Wasser, was bei Sturmflut größere Überflutungen hervorruft.

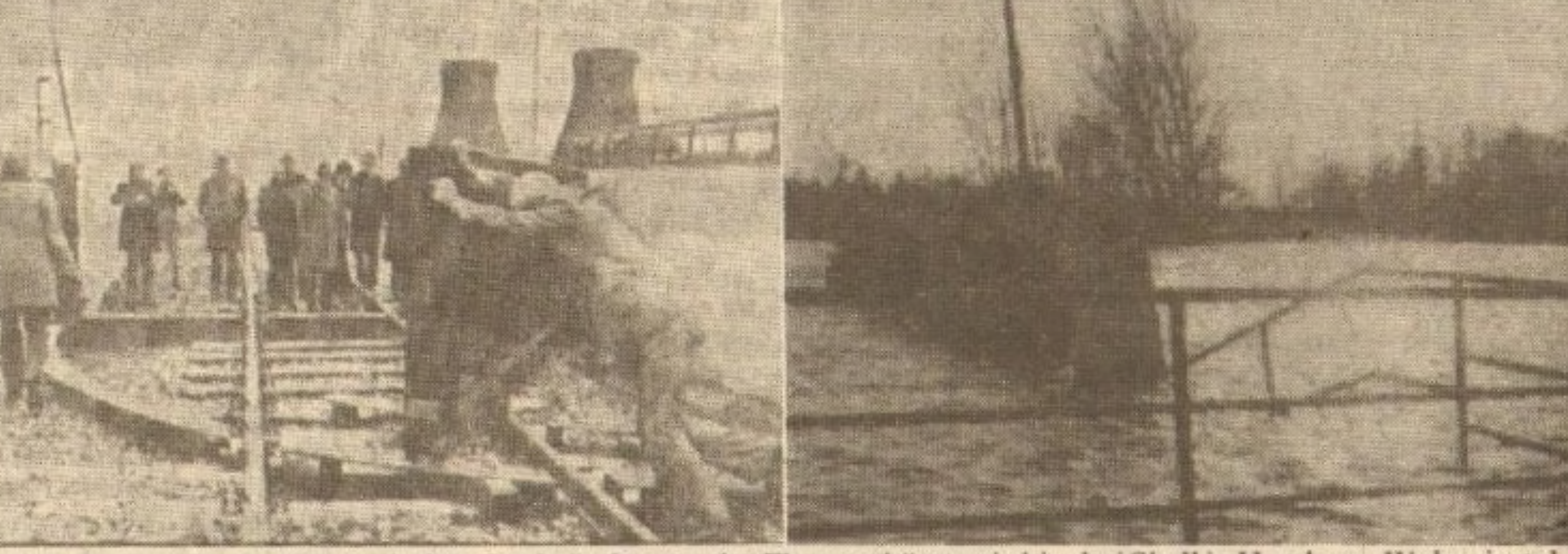
Angeblich ist am Samstag vergangener Woche niemand durch die Flut zu Schaden gekommen. Tatsache ist, daß, obwohl die Sturmflut die angekündigte Höhe gar nicht einmal erreichte, die tiefliegenden Wohngebiete zwischen St. Pauli Fischmarkt und Blankenese überschwemmt wurden. Keller und Straßen standen unter Wasser, Autos mußten geborgen werden. Da die Kapitalisten in diesen Gebieten keine Produktionsanlagen und Lager mehr haben (Fischmarkt ist Abbruchgebiet, die Lager – z.B. die alte Fischmarkthalle – stehen seit Jahren leer), werden diese Gebiete auch nicht sturmflutsicher gemacht, so daß sie jedesmal bei Sturmflut landunter sind, in diesem Herbst allein schon viermal. Diesen schreienden Widerspruch versucht der bürgerliche Staat zuzukleistern. 75% der Kosten für Flutsicherung bei Wohnhäusern sollen vom Staat getragen werden. Die meisten können sich das aber nicht leisten, so daß sie jetzt angewiesen worden sind, ihre Häuser bei Sturmflut bis zum ersten Stock mit Sand zu füllen. Zumauern der Keller ist verboten worden, weil die Grundmauern dem Druck des Wassers nicht aushalten.

Am 18.11. wurde in den Zeitungen gemeldet, daß der Senat jetzt die Flutsicherung von St. Pauli/Fischmarkt plant. Durch die Empörung der Menschen in diesem Gebiet über die ständigen Überschwemmungen ist er dazu gezwungen. Aber der bürgerliche Staat plant damit gleichzeitig „Sanierung" dieses Gebiets: Abriß alter billiger Wohnhäuser, Vertreibung der Bevölkerung, die jetzt dort wohnt, und Bau neuer Wohnhäuser bei kräftigen Mieterhöhungen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Husum. „Nordfriesland atmet auf – Katastrophe fand nicht statt", schreiben die „Husumer Nachrichten" vom 14.11. Für Samstag, den 12.11., war eine sehr schwere Sturmflut vorhergesagt worden, mit Wasserständen von 3,5 bis 4 Meter über Mittletidehochwasser (MThw). „Damit stand zu befürchten, daß es Sturmflutmarken ähnlichen Ausmaßes wie am 3. Januar 1976 geben würde, als der höchste Wasserstand an der Husumer Schleuse, 4,12 m über MThw, gemessen wurde. Für alle neuralgischen Punkte im weiten Bereich von Nordfrieslands Küste war aufgrund dieser Vorhersagen höchste Gefahr gegeben!"

„Neuralgisch" ist fast die gesamte Küste Nordfrieslands, insbesondere die Deiche vor der Hattstedtermarsch, dem Cecilienkoog und dem Elisabeth-Sophien-Koog auf Nordstrand. Nach der Sturmflut von 1976 waren an diesen erhebliche Schäden festgestellt worden. Es handelt sich ausnahmslos um alte Deiche, die nach der Sturmflut 1962 nicht verstärkt wurden. Damals hatte die Landesregierung unter dem Druck der Massen eine Verbesserung des Küstenschutzes versprochen und den „Generalplan Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz" ausgeheckt. Eine Maßnahme sollte die Neueindeichung der Nordstrander Bucht sein. Seitdem sind die alten Deiche nicht verstärkt und erhöht worden. Begründung: Das sei überflüssig, es gebe ja bald einen neuen Deich.

Der Deich vor der Hattstedtermarsch ist bei der letzten Sturmflut überflutet worden und beinahe gebrochen. Bei einem Deichbruch wäre das ganze Land der Bauern (hauptsächlich Klein- und Mittelbauern) bis Bredstedt überflutet. Verstärkt, verbessert und erhöht wurden die Deiche auch danach nicht. Andresen, Bergbaurat des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft, sagt, warum: „Es besteht kein Grund, die im Generalplan festgelegte Deichhöhe zu ändern. Einmal in 100 Jahren wird die Bemessungsgrundlage für die Wasserstände überschritten. Das nehmen wir in Kauf." Man muß wissen, daß die alten Deiche noch unter dieser „Bemessungsgrundlage des Generalplans" liegen. In der Tat, was kümmert es die Bourgeoisie, wenn das Land der Bauern überflutet, die Bauern vertrieben, das Vieh ersäuft und das Land versalzen wird. Im Gegenteil, beschleunigt das doch das Bauernlegen. – (Bezirk Flensburg-Westküste)

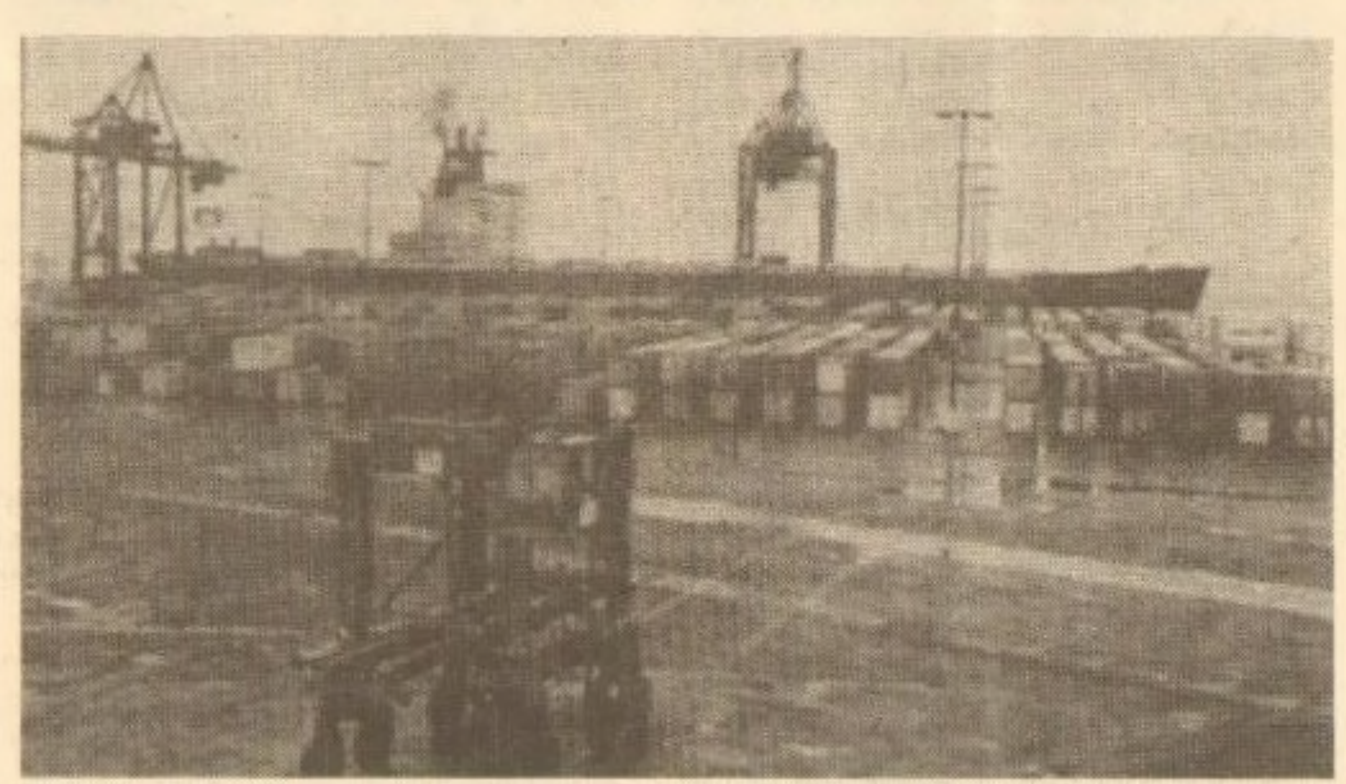



Die Fabriken werden mit meterhohen Spulwänden vor der Flut geschützt, wie hier bei Shell in Hamburg, Wohnviertel, Akkerland und Erholungsgebiete werden rücksichtslos unter Wasser gesetzt. Unser Bild zeigt das Weseufer in Bremen bei der letzten Sturmflut.

Sozialdemokratische Verhandlungskünste oder es war der Schlichter? 40-Stundenwoche „plus" einjährigen Heuerstopp

Hamburg. Seit dem 12.11.77 ist die Friedenspflicht zu Ende. Bereits über Wochen haben die Reeder einen Abschluß der 40-Stundenwoche und von mehr Urlaub hinausgezögert. Die Kampfkraft der Seeleute wurde auf der ÖTV-Versammlung am 31.10.77 in Hamburg bewiesen, wo über 600 Seeleute in einer kämpferischen Versammlung klargemacht haben, daß sie mit Streik ihre Forderungen durchsetzen wollen. Als Rake, Geschäftsführer der ÖTV-Abteilung Seeschiffahrt und Fischerei sagte: „Viele Wege führen nach Rom, irgendwie wird man sich schon treffen können", da wurde ihm entgegengerufen: „Aber manche Wege sind zu lang." Als der Name des Schlichters fiel – der ehemalige Finanzsenator Schulz aus Bremen –, da kam der Zwischenruf: „Der hat uns schon mal angeschissen." Und darauf gab es riesigen Beifall.

Wie recht sie doch hatten, daß sie solchen Agenten der Bourgeoisie nicht über den Weg trauen. Folgender Vorschlag wurde vom Schlichter ausgebrütet: Einführung der 40-Stundenwoche. Ab Januar 78 gibt es einen halben Tag mehr Urlaub und ab Januar 79 nochmal einen halben Tag. Dafür werden verschiedene Zulagen gestrichen, wie die Backzulage, die Funkdienstzulage. Es wird der Überstundenzuschlag um 5% gekürzt. Die größte Unverschämtheit jedoch ist die Verlängerung des Heuertarifs um ein Jahr. Die geringfügigen Verbesserungen hinsichtlich der Beschränkung der Zeit, wo der Reederkapitalist den Seemann zur Ausbeutung zwingen kann, auf 40 Stunden wird so mit einer Lohnsenkung verbunden, die den Seemann zur Überarbeit zwingt. Die Seeleute können diesen Schlichtungsvorschlag nicht hinnehmen. Deshalb haben die Tarifkommissionen von ÖTV und auch DAG am letzten Donnerstag auch nicht zugestimmt und sich auf Montag vertagt. Sämtliche Manöver der Sozialdemokraten in der ÖTV, doch noch zu einem Kompromiß zu kommen, können nur durch Streik verhindert werden.

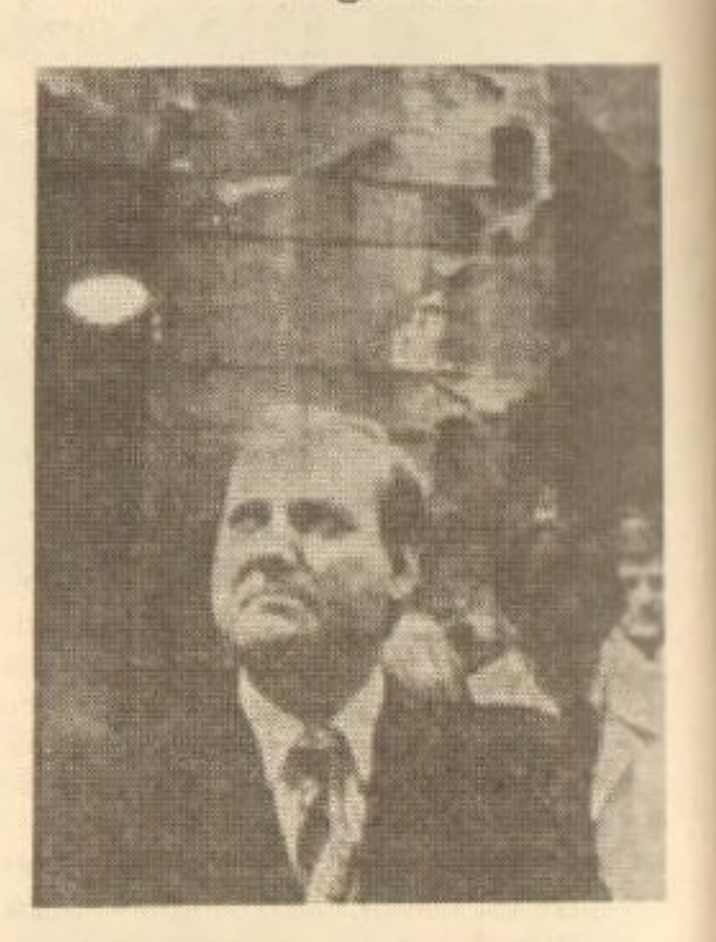


Das „Schiff der Zukunft" – ein Containerfrachtschiff, nicht von Geisterhand gesteuert, beladen, verstaut, wie dieses Bild aus dem Hamburger Abendblatt es weismachen will. „Schiff der Zukunft", weil eine enorme Rationalisierung unter den Seeleuten stattfinden soll. Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Reeder La Trobe auf der Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft in Hamburg: „Mit zwölf Mann Besatzung können Frachtschiffe mit über 10000 BRT betrieben werden."
Mit der Lohndrückerei – wie jetzt der beabsichtigte Heuerstopp bei den Seeleuten – soll die Masse und Rate des Profits erhöht werden. Mit der Lohndrückerei wird gleichzeitig die Voraussetzung geschaffen, umfangreiche Veränderungen in der Kapitalzusammensetzung vorzunehmen: die Erhöhung des Anteils des konstanten Kapitals. Gezwungen durch die starke Konkurrenz in der Seeschiffahrt haben sich die Reeder dazu entschlossen und fordern auf der Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft von ihrem Staat, daß die „gesetzestechnischen Konsequenzen untersucht und ergänzt ‚durchgezogen' werden müssen" (Hamburger Abendblatt, 17.11.77).

SPD-Vorwärts: Stobbe –

SPD-Vorwärts: Stobbe – „Bisher hat er noch keinen Fehler gemacht"

Westberlin. „Wer investiert denn schon in Berlin Millionen oder vielleicht Milliarden, nur, weil ihm gesagt wird, Berlin sei eine nationale Aufgabe? Die Kasse muß zuerst mal stimmen." Das sagte Dietrich Stobbe, seit einem halben Jahr Regierender Bürgermeister in Westberlin, am 17.10. vor der amerikanischen Handelskammer in Westberlin. Die „nationale Aufgabe" Westberlins besteht darin, Brückenkopf für die westlichen Imperialisten zwecks Einverleibung der vom russischen Sozialimperialismus beherrschten Gebiete zu sein. „Dieses ‚Viermächte-Abkommen' hat das Berlin-Problem nicht gelöst", sagt Stobbe, folglich muß Westberlin als Ausbeutungsparadies für die Kapitalisten ausgebaut werden, um die strategische Basis des Brückenkopfes für das Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus zu festigen.



Vor Amtsantritt Stobbes hat IHK-Präsident Elfe als Sprecher des Finanzkapitals seinen Kurs festgelegt: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein verstärktes unternehmerisches Engagement in Berlin ist die Konstanz der Berlin-Förderung nach Struktur und Umfang." („Die Berliner Wirtschaft" 12/77) Stobbe, der betont, daß er „das Gespräch mit den Menschen sucht, auf die es ankommt in unserer Stadt", hat gespurt und einen Haushaltsentwurf 78 vorgelegt, der die Ausbeuterherzen höher schlagen läßt:

„Eine insgesamt erfreuliche Entwicklung sollen die Investitionsausgaben im Berliner Haushalt 78 nehmen: Ihre Steigerungsrate beträgt 13,4%, bei den Bauinvestitionen sogar 22,7%. Das gesamte Investitionsvolumen, von dem auch für die Wirtschaft Berlins kräftige Impulse ausgehen können, beträgt 2,9 Milliarden DM. Das sind 1,5 Milliarden mehr, als Hamburg im gleichen Zeitraum in die Investitionen stecken will." (DBW 23/77)

Bluten sollen dafür die Massen in Westdeutschland und Westberlin. Erstmalig soll mehr als die Hälfte des Haushalts, nämlich 7,7 Milliarden (50,3%), von den Steuern der Massen in Westdeutschland über die sogenannte „Berlinhilfe" gedeckt werden. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 9,8%. Weitere 3,9 Milliarden sollen über die Steuern den Massen in Westberlin abgepreßt werden. Die Steigerungsrate von 5,1% deutet dabei nur an, was das Finanzkapital vorhat. „Der Senat wird in zwei Etappen die Lohnsummensteuer für die Unternehmer abschaffen", betonte Stobbe in seiner Regierungserklärung.

Diese 200 Millionen sollen die Massen zusätzlich aufbringen. Die Elektrizitätsgesellschaft Bewag soll zum 1. Januar mit 6,1% Strompreiserhöhung den Anfang machen. Stobbe hat „verzichtet", dem abgehalfterten Schütz im Aufsichtsratsvorsitz dort nachzufolgen. Das macht der Sohl, Thyssen-Manager und Schleyer-Vorläufer, künftig persönlich.

„Bisher hat er noch keinen Fehler gemacht", rühmt der „Vorwärts" den Stobbe. Im Kreise der Osswalds und Faschers gilt schon als politisches Wunderkind, wem in fünf Monaten noch keine Unterschlagung nachgewiesen worden ist.

„Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen, unter denen die Wirtschaft in Berlin arbeiten kann, attraktiv bleiben", das ist die Sprache des imperialistischen Blutsaugers. Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen bedeutet es verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung zur Kriegsvorbereitung. Sie werden an der „nationalen Aufgabe" nicht mitwirken. Im Gegenteil. – (Bezirk Westberlin)

Der westdeutsche Imperialismus setzt sich gegen den französischen durch

Mit der Entscheidung der französischen Regierung vom 16.11.1977, Rechtsanwalt Croissant an die bundesdeutschen Imperialisten auszuliefern, hat der westdeutsche Imperialismus sich erneut ein Stück Hegemonie unter den westeuropäischen Ländern erkämpft. Mit der Durchsetzung der Auslieferung Rolf Pohles gegen die Athener Regierung, mit dem Unternehmen GSG 9 in Somalia und mit der Anwesenheit westdeutscher Grenzschützer auf allen internationalen Flughäfen, die von der Lufthansa benutzt werden, war ihm dies ein besonders dringendes Anliegen. Es geht um die Herstellung eines geschmierten Justizwesens, in dem auch keine Anwälte mehr fungieren dürfen, die sich nicht vollständig dem Unterdrückungszweck der Justiz unterwerfen.

Richter und Staatsanwälte treten von vorneherein unter dem Knüppel der freiheitlich demokratischen Grundordnung an. Die Öffentlichkeit kann jederzeit mit noch so dahergeholten Begründungen entfernt werden. Die Rechte des Angeklagten sind an entscheidenden Stellen beseitigt worden: Entzug des Frage- und Erklärungsrechts, Wahl des Verteidigers, Verhandlung ohne den Angeklagten. Wenn alles nichts hilft: Kontaktsperre.

Bleibt also der Verteidiger. Ist er nicht bereits wegen Verdachts der Beteiligung an der Tat oder Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung der Strafanstalt, in der der Angeklagte einsitzt, ausgeschlossen, und fügt er sich nicht willig in die Unterdrückungsmaschinerie ein, so stellt er ihr ein Hindernis dar. Das war bei Croissant der Fall. Er hat mit dem „Infosystem" und seiner „Öffentlichkeitsarbeit", die Gegenstand seiner Anklage sind, am Kampf gegen die Haftbedingungen der Gefangenen der RAF teilgenommen. Dieser Kampf hat die Bourgeoisie gezwungen, die bis dahin vollzogene absolute Isolationshaft aufzugeben. Erst mit dem Kontaktsperrgesetz hat sie sich wieder die Möglichkeit zu solchen Haftbedingungen verschafft.

Die Bourgeoisie ist fest zur Vernichtung ihrer Gegner entschlossen. „Die Gefährlichkeit der Beschwerdeführer ..., die einer zahlenmäßig verschwindend geringen Gruppe der Bevölkerung angehören, (und) die es im Gegensatz zu dieser für unerläßlich hält, den ... Zustand der Gesellschaft in der BRD ... gegen deren Willen unter Anwendung rücksichtsloser Waffengewalt zu verändern ..., ließ den für die Gestaltung der Untersuchungshaft verantwortlichen Stellen keine andere Wahl als die, dem durch eine entsprechende Verschärfung der Haftbedingungen Rechnung zu tragen." So rechtfertigt der Bundesgerichtshof die Isolationshaft, und ebenso haben die Bourgeoispolitiker die Kontaktsperre gerechtfertigt.

Filbinger hat jetzt für diesen Zweck die Einrichtung einer Stahlzelle in jedem Gefängnis, das Europaparlament die Einrichtung eines modernen St. Helena vorgeschlagen. Die Absicht ist klar. Klar ist auch, daß sie dieselben Mittel auf diejenigen anwenden wollen, die gegen solche Haftbedingungen kämpfen. Daher mußte Croissant unbedingt ausgeliefert werden. Demgegenüber spielt es nur eine geringe Rolle, daß er jetzt nicht wegen aller Vorwürfe, derentwegen er angeklagt war, verfolgt werden darf. Denn die Auslieferungsentscheidung der französischen Regierung läßt nur eine Verfolgung von Croissant wegen des „Infosystems" zu, nicht aber wegen seiner Förderung des Hungerstreiks und seiner Öffentlichkeitsarbeit, auch nicht wegen der ihm vorgeworfenen Beteiligung an den Taten gegen Ponto, Schleyer und dergleichen. Entscheidend ist für die westdeutsche Bourgeoisie zunächst, daß sie ihn im Gefängnis hat, daß sie ihn verfolgen kann. Wie weit ihr das gelingt, da setzt sie auf Zeit, „um sich dann möglicherweise bei den französischen Behörden um eine Ausweitung der Auslieferungsgründe ... zu bemühen." (Süddeutsche Zeitung, 19.11.1977) Ob sie diese Zeit hat, entscheiden die Massen und der Klassenkampf, den sie gegen die Bourgeoisie führen. – (Z-Red.)

Gürtel enger in Christo – Reaktionäres über Solidarität

„Keiner soll einsam sein", unter dieser Losung entdeckt die bürgerliche Klasse alljährlich vor Weihnachten „die Not des Einzelnen" und ruft auf zur Hilfe. Sie muß reagieren auf die wachsende Verelendung der Massen, versuchen, die Widersprüche zuzukleistern und den Kampf zu ersticken. Not und Einsamkeit ist individuelles Schicksal, will sie dem Volk einreden und *alle* sind daran ein bißchen schuldig. Geschickt wird an die Solidarität der Massen appelliert. Ernst Albrecht, Ministerpräsident und Folterliebhaber, weist den Weg im „Göttinger Tageblatt": „Einsamkeit ist bitter. Mehr Menschen als wir glauben leiden unter diesem Schicksal ... Materielle Unterstützung ist wichtig. Aber ebenso notwendig ist das persönliche Gespräch ... daß die möglichen persönlichen Kontakte vielen alten und kranken Mitbürgern die Gewißheit geben, daß sie in der Geborgenheit der Gemeinschaft stehen."

Materielle Unterstützung? Na gut, solange die Bourgeoisie nicht zahlt, mögen die Arbeiter sich um ihre Klassenbrüder kümmern. Sowieso wird das langsam mal Zeit. Roh und herzlos seid ihr, wo wir uns so bemühen, den Rentnern und Kranken mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz die ewige Geborgenheit zu verschaffen.

Der Bischof Petersen aus Schleswig assistiert dem Keksmanager. Die Massen selbst haben das Elend verschuldet. „Vor einem selbstzerstörerischen und eigensüchtigen Umgang mit der Schöpfung hat Bischof Petersen bei der Eröffnung der 19. Aktion Brot für die Welt gewarnt. Kehren wir um zu einem einfacheren Leben, damit wir gemeinsam überleben", und: „Es gibt erfülltes Leben trotz unerfüllter Wünsche." (Kieler Nachrichten, 18.11.)

Gürtel enger in Christo, darauf läuft das salbungsvolle Geschwätz heraus. Die Massen können und werden sich darauf nicht einlassen. Einsamkeit und Verelendung können überwunden werden im Zusammenschluß der Klasse und im Kampf gegen die Bourgeoisie. Ihre Herrschaft wird gestürzt werden. Der Pfaffe sieht das: „Wir müssen wieder neu lernen, daß das Typische am Christsein nicht die Nächstenliebe ist, das Typische am Christsein ist die Feindesliebe."

Das hättet ihr euch eher überlegen müssen.

„Kriegsgräberfürsorge" in verschiedenen Varianten läßt die Bourgeoisie gegenwärtig von den Soldaten betreiben. Ob das Friedhofspflege wie auf dem Bild oder Geldsammlungen sind.

Alles freiwillig, wird behauptet. Wie das aussieht, berichtet ein Soldat aus der Ausbildungskompanie 2/1.FmBtl.1 Hannover: „Der Zugführer ruft: ‚4. Zug, Türen auf, der Feldwebel wird gleich durch die Stuben gehen und für die Kriegsgräberfürsorge sammeln. Das ist kein Zwang, aber ich will nicht sehen, daß wir weniger sammeln als der andere Zug.' Eine Stube hat geschlossen nichts gegeben. Begründung: Die Soldaten des zweiten Weltkrieges haben nicht freiwillig und nicht für ihre Interessen gekämpft. Sie



sind zwangsverpflichtet worden. Dem ein Monument zu errichten, geben wir nichts."

Krebsende Medizinmänner mit ernsten Absichten

Vier Wochen lang hat die „Bildzeitung" der Mildred Scheel Gelegenheit gegeben, zu „helfen". In Sachen „Krebshilfe" und „mit Ihrem Geld", womit das Geld des „Bild-Lesers" gemeint ist. Seit den großen Klassenkämpfen im September 1969 hat Axel Caesar Springer, Kunstsammler und Privateigentümer der Springer Aktiengesellschaft, in seiner Zeitung die Sparte „Bild hilft" einrichten lassen. Diesmal durfte die „Deutsche Krebshilfe" täglich berichten, wie sie Not gelindert hat. Damit der Beutel besser klingele, muß „Bild" Mitgefühl erwecken und schildern, wie solche Not aussieht. Über eine Familie in Nürnberg mit sechs Kindern heißt es, daß die Frau an Krebs erkrankt ist, der Mann 1400 DM verdient, wovon 600 DM für Hypothekenschulden bei der Bank weggehen. Man rechnet sofort nach, 1400 Mark netto, das müssen über 2000 brutto sein. Es ist das Schicksal der Massen, das hier als Ausnahme dastehen soll. Die „Krebshilfe" hilft mit 2000 DM und läßt schreiben: „Endlich ein kleiner Lichtblick". Eine andere Familie, zwei Kinder, Vater 47 Jahre alt, 715 Mark Rente, davon gehen ab 280 DM für Miete, 48,50 DM für Gas, 82,50 DM für Licht, 50 DM für Telefon, bleiben 254 DM im Monat für vier Personen. Die Familie hat nichts mehr anzuziehen. Krebshilfe hilft – mit einmal 2000 DM. Eine 64jährige Frau erhält 96,60 DM Rente, dazu gewährt das Sozialamt 298 Mark Sozialhilfe. Dr. Mildred Scheel läßt der Frau aus den gespendeten Geldern einen Fernsehapparat „gegen die Angst und das Grübeln" schenken.

Den einzigen, denen diese Verhöhnungsprogramme nutzen, sind die Bourgeoispolitiker und Klassenkumpanen von Mildred Scheel und Axel Springer. Ablenkung von Lohnsenkung, Steuerraub, Rentenkürzung, Vernichtung der Krankenversicherung, Erhöhung der Strompreise für das Energieprogramm etc. pp. Für diese Betrügereien wurden in vier Wochen 1,1 Millionen Mark erschlichen, nicht ohne daß die Ausgabe für die allseitige Unterdrückungstätigkeit des Staatsapparates genutzt würde. Die Krebshilfe zahlt nur, wenn das Sozialamt alle Angaben der Bittsteller amtlich beschnüffelt hat.

Wie es der Zufall will, entdeckt der Mensch, der den Zeitschriftenmarkt betrachtet, parallel zur „Bild"-Serie eine Krebs-Titelgeschichte beim „Spiegel". Schon immer gab sich der „Spiegel" gegenüber den Großbuchstaben bei „Bild" hintergründig. Diesmal gar geht er ins Unbewußte. Er will weismachen, Krebs sei in Wirklichkeit „Seelenschmerz" und „soziale Qual". Fast bei jedem vierten Todesfall sei Krebs die Todesursache, es handle sich um die „größte Seuche unserer Zeit". Da werden Geschichten erzählt von einem Wunderdoktor, der in seinem Heimatdorf aufgrund von Beobachtungen von Charaktereigenschaften die Bewohner einteilt in welche, die an Krebs erkranken werden, und solche, die nicht erkranken werden. Der Wunderdoktor versiegelt seinen Tip im Briefumschlag, öffnet ihn später und findet sich bestätigt. Wie in solchen Fällen üblich, gibt es leider nur einen einzigen Zeugen.

Was wird hier gespielt? Welchen Zweck hat das? Wahr ist, daß der Mensch, der kein Vermögen hat, sich nicht wie Mildred Scheel in die bayrischen Berge oder Axel Springer nach Sylt verziehen kann, in der kapitalistischen Gesellschaft mit 35, 40 Jahren krank und alt ist. Und krank oder alt zu werden, ist in *dieser* Gesellschaft, in der der Profit den Ton gibt, nach dem alles zu tanzen hat, ein Unglück. Wie soll, wo alle Zukunft an den Verkauf der Arbeitskraft gebunden ist, noch Zukunft sein, wenn der einzelne Arbeiter wertlos geworden ist? Mit Zusammenpressung der Arbeit zu immer höherer Intensität, mit der Steigerung der Ausbeutung, Verschlechterung der Lebensmittel andererseits, hat auch der Verschleiß der Arbeiterklasse in den letzten paar Jahren sprunghaft zugenommen. Da müssen Theorien her, die diese massenhafte Qual widerspiegeln, ihre großen Ursachen aber verdecken. „Krebskranke führen gleichsam zwei Leben", heißt es da. Die Krebskrankheit bietet sich für solche Propagandaaufgabe an, denn ihre Ursachen sind im einzelnen tatsächlich so gut wie unbekannt. Es wird nicht untersucht, sondern mystifiziert. Mit dem explosiven Wachstum entarteter Körperzellen versuche der Organismus, einen noch frischen Verlust auszugleichen, doziert da ein „Psychoanalytiker". Es ist der Wilde, der ein Gottheit erfindet, um den Blitz abzuwehren, weil er den Blitzableiter nicht kennen *kann*, den heruntergekommenen Bourgeois-Doktoren und Zeitungsmachern bei weitem voraus. Dem Schicksal ausgeliefert zu sein, ohnmächtig Natur- und somit auch Gesellschaftsgewalten ausgeliefert zu sein, hier treffen sich „Bild" und „Spiegel" wieder. „Bild" verschenkt Fernsehapparate, „Spiegel" rät zum Psychotest. Doch alles nicht ohne auch kurzfristigen Nutzen. „Es werde zu viel operiert", verkündet ein Dr. Keizer von der Deutschen Gesellschaft für medizinische Tumortherapie in „Bild am Sonntag". Seelenmassage statt medizinischer Behandlung ist der „Spiegel". Treffen sich Seelsorger und Prophet nicht herrlich auf dem Boden des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes? – (Z-Red.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt stets gegen den Lohnkampf auf und nie dafür

Lohmar, SPD-MdB: „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie müssen sich deshalb darüber klar werden, ob sie in unserer Gesellschaft eine Politik der Chancengleichheit oder aber eine auf Gleichheit gerichtete Politik treiben wollen ... Gleichheit aber ist für die Einschätzung von ökonomischen und beruflichen Leistungen kein sinnvolles Kriterium ... Sicher ist es für eine entwickelte Industriegesellschaft notwendig, die Motivation des Unternehmergewinns durch andere Beweggründe für Leistung und Produktivität zu ergänzen: Spaß, Freude, Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfes, partnerschaftliche Kooperation, offenen Markt ... Eine Politik der Nivellierung der Einkommen würde ... die Idee der Einheitsgewerkschaft, in der Arbeiter, Angestellte und Beamte mit unterschiedlichem Einkommen zusammenwirken, aushöhlen." (Spiegel, 16.2.76)

Schmidt, SPD: „Es ist nicht die Bundesregierung, die Löhne festsetzt. Es ist ein von mir eisern durchgehaltener Grundsatz, daß sie sich nicht in die Tarifauseinandersetzungen einmischt, und diese Praxis hat die Spitzenstellung des deutschen Arbeitnehmers bei Reallohn und sozialer Sicherheit überhaupt erst ermöglicht. Wenn etwa im Jahre 1977 eine deutliche Aufbesserung der Erträge der Unternehmen allgemeine Regel sein sollte, bin ich ganz sicher, daß dann auch die Gewerkschaften dafür sorgen werden, daß die deutschen Arbeitnehmer ihren fairen Anteil bekommen." (Spiegel, 5.4.76)

Brandt, SPD: „Gut 185000 Arbeitnehmer stoppten mit ihrem spontanen, von Gewerkschaften und Betriebsräten allerdings tolerierten Ausstand fast die gesamte Autoproduktion ... ließen die Arbeiter ihren Job im Stich, um gegen die Unternehmer, zum Teil gegen die eigenen Gewerkschaften zu demonstrieren ... Ganz irritiert verfolgte Willy Brandt das Schauspiel: ‚Das ist ja wie in Vietnam'." (Aus: Spiegel, 19.4.76)

„Vorwärts", Organ der SPD: „Mit der Feststellung: Arbeit ist ein wesentlicher Teil der Selbstverwirklichung des Menschen, hat Helmut Schmidt getreu den Parteitagsbeschlüssen der SPD ... eine moralisch-sittliche Dimension gegeben und es Staat und Gesellschaft als Aufgabe zugewiesen ... Wachstum und Produktivitätssteigerung können unter bestimmten Voraussetzungen gewiß Mittel und Weg sein, sie stellen jedoch eben keine eigenen Grundwerte dar ... Die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten wird nicht besser, wenn der Produktivitätsvorsprung durch astronomische Sozialkosten überholt wird." (Vorwärts, 13.1.77)

Schmidt, SPD: „Wir alle investieren gegenwärtig nicht so viel, wie es notwendig wäre ... Ich will in diesem Zusammenhang sagen: Sparen ist über die weitesten Strecken des Lebens durchaus eine private Tugend. Aber gegenwärtig ist übertriebene Sparsamkeit eine volkswirtschaftliche Untugend. Man kann die Volkswirtschaft auch totsparen. Man kann auch die Beschäftigung totsparen ..." (Vorwärts, 29.9.77)

Brandt, SPD: „Es geht der Bundesrepublik Deutschland besser als fast allen anderen Staaten der Welt. Wir werden diesen Spitzenplatz nur halten können, wenn wir den Blick nach draußen richten und bereit sind, unserer erhöhten Verantwortung, unserem gewachsenen Gewicht entsprechend auch zu handeln. Es kann der Punkt kommen, an dem wir die Zuwachsraten nicht mehr allein oder fast allein bei uns verteilen können, sondern unseren Menschen sagen müssen, die dadurch gewonnen Mittel geben wir für die Entspannung und Milderung von Unterschieden, an denen die Welt explodieren kann ..." (Information des sozialdemokratischen Bundestagsfraktion 12.9.77)

Schmidt, SPD: *Süddeutsche Zeitung: „Herr Bundeskanzler, was würden Sie sich von den Tarifpartnern für eine Einstellung wünschen?"*

Schmidt: „Die Tarifpartner müssen auf beiden Seiten ihre Verantwortung für das ganze *noch ernster* nehmen als bisher. In Zeiten der Voll-, ja der Überbeschäftigung haben wir uns daran gewöhnt, wenn in der Dividenden- und Ausschüttungspolitik, bei Privatentnahmen und Vorstandsbezügen großzügig verfahren wurde. In Zeiten der Überbeschäftigung waren deutlich oberhalb der Produktivitäts-Fortschritte liegende Lohnkosten- und Lohnnebenkostensteigerungen oft nicht zu vermeiden.

Heute aber stehen die deutschen Produkte im verschärften Wettbewerb mit den Produkten anderer Industrieländer, sogar mit Produkten der Entwicklungsländer. Daß zum Beispiel der früher zu weit mehr als der Hälfte durch Auslandsauftrag beschäftigte deutsche Seeschiffahrtsbau von Emden bis Lübeck nur noch wenig Exportaufträge erhält und deshalb seine Beschäftigungszahlen verringern mußte, hängt mit den kostengünstigeren Angeboten nicht nur aus Japan, sondern auch aus Südkorea zusammen! Dieses Beispiel steht für viele andere ... auch hier muß die Höherbewertung der Deutschen Mark mit berücksichtigt werden.

Ich sehe dem Jahr 1978 mit gestärktem Selbstvertrauen entgegen. Dies beruht nicht nur auf dem relativ großen Erfolg unserer ökonomischen Politik während der ersten vier Jahre der gegenwärtig andauernden Weltwirtschaftskrise. Es beruht darüberhinaus auf der *gelassenen Festigkeit*, mit der die weit überwiegende Mehrzahl aller Deutschen auf die ökonomischen Herausforderungen bisher reagiert haben ..." (Süddeutsche Zeitung, 26.10.77)

Wehner, SPD: „Man wird zu einer nüchternen und sachlicheren Erörterung der wirklichen Krisenfaktoren kommen müssen. Und zwar gilt das für beide Seiten .... Was also tun wir, wir müssen uns mit der Gesamtheit der Krise konkreter beschäftigen. Wir werden jenen mittleren Weg finden müssen. Das ganze ist kein Programm, was ein Schlüssel für die Lösung aller Fragen ist, aber das für absehbare Zeit Belebung nicht nur verspricht, sondern geben wird ..." (ebenda, 12.9.77)

Eppler, SPD: „... man gibt politische Anreize für die Produktion – sei es durch ein öffentliches Investitionsprogramm, sei es durch Kredite an Länder, die gerne bei uns kaufen möchten, sei es durch Förderungen neuer Technologien ... oder man schafft und finanziert Arbeitsplätze ... Natürlich kostet das alles Geld, aber Arbeitslosigkeit kostet mehr. Und das Geld steht zur Verfügung ... Ökonomisch kommt es aus dem Zuwachs der Produktivität, die entweder die Erträge der Betriebe oder die Bruttolöhne oder beides steigen läßt. Und aus diesem Produktivitätszuwachs kann und muß entweder die Arbeitslosigkeit oder ihre Beseitigung finanziert werden ... Entscheiden wir, was wachsen soll und was nicht ... D.h. nicht, daß ich gegen Wachstum oder gar für Nullwachstum wäre ..." (Süddeutsche Zeitung, 17.11.77)

SPD-Parteitag: „Wir haben angesichts unseres hohen Lohnkostenniveaus keine andere Chance, als die jeweils beste Technologie anzuwenden und den besten Service zu bieten ... Die Zeiten mit zweistelligen Zuwachsraten bei Einkommen, Löhnen und Renten sind vorbei. Und es muß alles unterbleiben, was unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten wesentlich beeinträchtigen kann." (Süddeutsche Zeitung, 17.11.77)

Bürgerlicher Nachwuchs – Dank für Liebesdienste

Dieter Stephan ist 1976 in den Bezirksvorstand Hannover der jungen Sozialdemokraten gewählt worden. Den Posten hat er für sein Wirken als bürgerlicher Studentenpolitiker in Göttingen von der Sozialdemokratie erhalten. In Göttingen hört man heute nicht mehr viel von ihm. Es heißt, er steckt tief im Examen und büffelt, um fertig zu werden und sich voll der Karriere in der SPD von dem guten Ausgangspunkt des Bezirksvorstands aus zu widmen.

Dieter Stephan ist heute 23 Jahre. Vor zweieinhalb Jahren war er Vorsitzender des Göttinger AStA. Sein Auftrag: den Aufschwung der Studentenbewegung zu fesseln und zu unterdrücken. Der selbständigen Kraft der Studentenbewegung mußte Stephan dabei Rechnung tragen. Er ließ damals in das AStA-Programm schreiben, daß gegen die Reaktion gekämpft werden müsse, und zwar nicht mit dem Grundgesetz der Ausbeuterklasse als Grundlage. Seine Idee für die Wahlen: Ein Plakat, das den Sieg der Pariser Kommune, die Diktatur des Proletariats, propagierte. Er staffierte sich aus als Revolutionär. Das Grundgesetz wolle er nur taktisch ausnutzen.

Die Revisionisten mußten bei solcher Lage als rechter Stoßtrupp dastehen. Den Ratspolitikern der SPD in Göttingen war er ein Lieblingskind. Sie hätschelten ihn, als die CDU wegen einer Zählliste der Stephan-Jusos mit revolutionären Studenten zu den Konzilswahlen der Kragen zu platzen drohte ob der Seitensprünge eines Bourgeoisnachwüchslers. Lothar Kurz, SPD-Stadtrat, damals in der „Göttinger Zeitung“: „An der Hochschule ist eben einiges anders.“

Wie auch sollte sonst der Aufschwung der Studentenbewegung gespalten, wie der Zusammenschluß mit der revolutionären Arbeiterbewegung verhindert werden als durch einen rotlackierten Bourgeois. 2418 Stimmen und 29 Mandate erhielt Stephans „rote Farbenpracht“.

Ein Jahr später. Wahlen. Ergebnis: Jungsozialisten: 1970 Stimmen. Stephan war mit dem gleichen Emblem der Pariser Kommune angetreten. Er selber ließ sich auf der abgestimmten Juso-Liste auf Platz fünf setzen. Das gleiche Betrugsmanöver wie 1975 konnte der Bourgeoisie nicht dienen. Das zeigte das Wahlergebnis. Stephan holte sich den in den AStA, an den die Jusos ihre Stimmen verloren hatten, den KB-Nord, und band diesem den Nasenring des Grundgesetzes jetzt um. Als AStA-Vorsitzender holte Stephan sich seinen Adjutanten Tabaczynski, Karl-Heinz, 26 Jahre. Warum wollte er nicht mehr selber?

Er war jetzt Hochschulgruppenvorsitzender. Sollte er angesichts der Gefahr, die die Studentenbewegung für Bremsklötze bietet, seine Karriere aufs Spiel setzen? Solche Leute sind von Wert für die Bourgeoisie als Betrüger. Sonst müssen sie abtreten. Das weiß Stephan. Er verhält sich danach. Sein Adjutant Tabaczynski hat es dann erleben müssen. Ende des Sommersemesters 76 mußten die Jusos aus dem AStA zurücktreten. Sie hatten sich in den großen Streiks an der Göttinger Hochschule zerschlissen. Viele waren ausgetreten und verschwunden. Tabaczynski durfte im Streik der Psychologie-Studenten nicht mehr erscheinen. Er war verhaßt.

Den unvermeidlichen Zusammenprall der Studentenmassen gegen den bürgerlichen Staat konnte die Sozialdemokratie an der Hochschule so nicht überleben. Sie trat aus dem AStA zurück. Stephan schlug vor, den Rücktritt mit erneuter Unterdrückung zu verbinden. Mehrere Studentenvertreter forderten damals Neuwahlen. Stephan ließ schreiben: „Neuwahlen werden v.a. gefordert mit dem Argument, daß die Jusos mit ihren 22 Stimmen im Studentenrat immer noch den AStA kontrollieren könnten, obwohl sie nicht mehr in ihm seien. In der Tat.“

Stephan hat sich als Studentenfunktionär bewährt. Im Bezirksvorstand Hannover ist er jetzt. Zum Bundesvorstand hat er Kontakte geknüpft. In jüngster Zeit war er als Mitglied des Bezirksvorstandes tätig. Er hat sich mit Benneter auf einer Veranstaltung sehen lassen, wo er sich diesem gegenüber als besser geeignetes Juso-Profil vorstellte.

Viele, die man fragt, sagen heute, man weiß nicht, wo er politisch hin ist. Na, ein anderer Rotlackierter, Roth heißt er, ist jetzt ständiger Begleiter von Willy Brandt. Wahrscheinlich hat Stephan den früheren Betrug an der Studentenbewegung mit der Pariser Kommune vergessen. Wir nicht. Die Studentenbewegung wird ihn bei Gelegenheit daran erinnern. – (KSB Südostniedersachsen)

Urabstimmungen für Streik ab 28. November

Kiel. Universität und Fachhochschule: Die Urabstimmung über Streik ab 28.11. läuft seit Montag. An der Fachhochschule hat das Präsidium die Urabstimmung am Montag verboten. Am Dienstag wurde der Raum für eine Veranstaltung des KBW und der Roten Zellen gegen die Unterdrückung der Jugend durch die Fürsorgeerziehung verboten, die Fachhochschule durch Polizei besetzt.

Hamburg-Unterelbe. Die Bourgeoisie bereitet sich in Hamburg auf Zerschlagung des Streiks durch Polizeieinsatz vor. „Ausreichende Kräfte“ sollen dazu in der Universität stationiert werden. 35 Studenten eines Historikerseminars haben beschlossen: „Keine Stationierung und kein Einsatz von Polizei, uneingeschränktes Streikrecht!“

Die Vollversammlung der Fachhochschule City Nord lehnt den VDS-Beschluß zum Streik ab und beschließt, die Urabstimmung für Streik für die Forderung: Weg mit Hochschulrahmengesetz (HRG) und Landeshochschulgesetz (LHG) durchzuführen. Ergebnis: Fachbereich Vermesseung: Wahlbeteiligung 14,9%, 27% dafür, 71% dagegen; Fachbereich Architektur: Wahlbeteiligung 15,2%, 60% dafür, 40% dagegen; Fachbereich Bauingenieure: Wahlbeteiligung 15%, 60% dafür, 37% dagegen.

Der Fachschaftsrat Pädagogik HBK unterstützt den Streik in Baden-Württemberg.

Hannover. Der Schülerrat, Sekundarbereich II, der Integrierten Gesamtschule Roderbruch unterstützt den vom AStA der Fachhochschule für Bibliothekswesen Stuttgart und anderen studentischen Organen in Baden-Württemberg verabschiedeten Aufruf an alle Studenten in Westdeutschland und Westberlin, entsprechend dem Beschluß der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) am 28. November in den Streik zu treten.

An der Pädagogischen Hochschule, der Technischen Universität und der Fachhochschule für Elektrotechnik und Maschinenbau haben Vollversammlungen stattgefunden. Auf allen Vollversammlungen wurde der Streik vom 28.11. beschlossen, wenn die Urabstimmung ab dem 17.11. bis 23.11. positiv ausfällt.

Bremen. Vollversammlung der Hochschule für Gestaltung (HfG) beschließt Streik ab 28.11. An der Hochschule für Technik wurde die Resolution des AStA (MSB/SHB) angenommen. Der AStA fordert 14 Tage Streik auf Grundlage des VDS-Beschlusses.

An der Uni-Vollversammlung am 10.11., an der 1200 Studenten teilnahmen, wurde die Resolution von MSB/SHB/Juso und LHV angenommen. In dieser Resolution wird der Beschluß der VDS unterstützt. Seit Montag läuft die Urabstimmung.

Bremerhaven. An der Hochschule für Technik wurde die Urabstimmung für Streik auf VDS-Grundlage beschlossen. 82% der Studenten beteiligten sich, 57% für Streik, 43% gegen Streik.

Oldenburg. In einer Urabstimmung haben sich die Studenten der Universität mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen für einen 14tägigen Streik im Rahmen der VDS-Aktion ausgesprochen.

Vechta. Die Mehrheit der Studenten der Abteilung Vechta der Universität Osnabrück hat sich in einer Urabstimmung für Aktionstage ausgesprochen.

Westberlin. An allen Westberliner Hochschulen treffen die Studenten Streikvorbereitungen. Die Vollversammlungen der Fachbereiche Chemie, TU, Pharmazie, FU und Geologie hatten beschlossen, den Streik unter Forderungen nach Koalitions- und Streikrecht sowie für 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, zu führen. An der THF hat die Vollversammlung beschlossen, eine Urabstimmung für Streik ab 24.11. durchzuführen.

Göttingen. Institutsgruppe Sport für Vorschlag der baden-württembergischen Studenten.

Dortmund. An der PH wie an der Universität haben die Rektoren Schribbe bzw. Thekat gegen die beschlossene Urabstimmung für Streik in Flugblättern einen Angriff gestartet und wüste Drohungen ausgestoßen. Die Fachschaftsvollversammlung des Fachbereichs 13 an der PH hat in einer Resolution den ASTA aufgefordert, eine Studentenvollversammlung einzuberufen, auf der der Rektor zur Rechenschaft gezogen werden soll.

Bochum. Bei 250 bis 300 Anwesenden beschloß die Vollversammlung: Der FS wird beauftragt, bei der kommenden Fachtagung für bundesweite Urabstimmung zu stimmen.

Marburg. Der Marburger RCDS läßt bei Krollmann anfragen, ob der für Ende November vom VDS geplante bundesweite Hochschulstreik die Aberkennung des folgenden Wintersemesters zur Folge hat.

Darmstadt. Urabstimmungsbeteiligung am 1. Tag bereits 17%.

Köln. Der Rektor der Universität Köln hat über den Dekan der Medizinischen Fakultät bekanntgegeben, daß Urabstimmung über Streik für Tarif- und Ausbildungsvertrag im Praktischen Jahr verboten ist.

An der Sporthochschule wird die Urabstimmung auch am 2. Tag trotz Verbots durch den Rektor schwungvoll durchgeführt.

Urabstimmung vom 18. bis 24.11. über Streik ab 28.11. Klärung der Fortsetzung jeweils durch neue Vollversammlungen beschloß die PH-Vollversammlung am 17.11.

Bonn. Auf der Vollversammlung Klinik stimmte die überwiegende Mehrheit der 130 anwesenden Studenten für sofortige Durchführung der Urabstimmung bis zum 25.11., Streikbeginn ist am 28.11.

Aachen. Die Vollversammlung vor der Fachtagung hatte beschlossen: Urabstimmung vom 17.11. bis 25.11., Streik ab 28.11.

Trier. Auf der Vollversammlung der Fachhochschule Trier wurde mit mehr als 2/3-Mehrheit eine Urabstimmung für einen auf 14 Tage befristeten Streik beschlossen.

Saarbrücken. Die Vollversammlung der Universität war mit 800 Teilnehmern die größte seit langem. Ein Vorschlag des Uni-AStA auf der Linie des VDS-Vorschlages wurde mit einer Handvoll Gegenstimmen angenommen.

Tübingen. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Antrag der Fachschaft Jura der Universität verabschiedet, ab 21.11. Urabstimmung für den bundesweiten Streik.

PH Weingarten. Bei der am Donnerstag begonnenen Urabstimmung zum bundesweiten Streik haben knapp 400 Studenten abgestimmt.

Heidelberg. Am 17.11. wurden an der Universität Aktionen in drei Massenvorlesungen in der Altstadt mit Liedern und einer Theaterszene gegen die Amtsenthebung des AStA und zur Vorbereitung des bundesweiten Streiks durchgeführt.

Die Medizinstudenten haben am 17.11. mit der Urabstimmung für bundesweiten Streik gegen das Praktische Jahr begonnen.

PH Lörrach. Die Urabstimmung zum bundesweiten Streik, die am Montag begonnen wurde, ist erfolgreich verlaufen. 381 Studenten haben abgestimmt, das sind 75,4%. Davon haben sich 278 Studenten (gleich 74,3%) für Streik ausgesprochen. 96 (gleich 25,7%) haben mit Nein gestimmt, 7 Stimmen sind ungültig.

Universität Freiburg. Auf dem Treffen, zu dem die Fachbereichsgruppe Historiker zur Vorbereitung der Uni-Vollversammlung zur Vorbereitung des bundesweiten Streiks aufgerufen hat, haben Beauftragte des Fachschaftsrates Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, ein Mitglied der LHG-Gruppe Biologie und zwei Vertreter der FBG Historiker sowie ein Beauftragter der FBG Soziologie einen Brief an alle Fachschaftsräte und Fachbereichsgruppen verfaßt: „Wir sind der Meinung, daß der bundesweite Streik notwendig und möglich ist ...“

Professoren und Polizei beraten gemeinsam die Taktik gegen den Streik

Studenten verhindern Beschluß über den „Einsatzplan“ im Akademischen Senat / Bourgeoisie macht Korporationen mobil

„Sollte es im Wintersemester wieder zu gewaltsamen Störungen des Lehrbetriebs kommen, so wird in bestimmten Bereichen der Universität der Zugang zu Lehrveranstaltungen kontrolliert werden – dann auch mit Unterstützung der Polizei.“ „Denken Sie daran: Wenn sich alle, die den ‚Streik‘ befürworten und aktiv unterstützen, strikt an die Regeln halten, dann wird auch ein Eingreifen der Polizei nicht erforderlich werden.“ Beides ließ der Akademische Senat der Universität Hamburg in der letzten Woche über seine Hauspostille „UNI HH“ verbreiten.

Die Absicht der Professorenreaktion, die Studentenbewegung auf Grundlage des Spaltungsdrucks mit diesem Semester zu zerschlagen, tritt in ein konkretes Stadium der Planung. „Hamburgs Universitätspräsident Fischer-Appelt ist von der Staatsschutzpolizei als Zeuge gegen namentlich bekannte Störer vernommen worden“, meldet die „Bild-Zeitung“ vom 9.11. „Die sollen zu linksextremen Rollkommandos gehört haben, die den Lehrbetrieb der Uni beim Streik im Mai verhinderten.“ Wie uns ein Angestellter aus der Uni-Verwaltung berichtete, finden täglich Beratungen zwischen Universitätsleitung, Senat und Polizeipräsidium statt, um auszuloten, wie die Polizeitaktik am wirkungsvollsten entfaltet werden kann. Mit sofortigen Verhaftungen und Strafanzeigen bei Aktionen ist die Sicherheit der Professoren jedenfalls noch nicht gewährleistet, meinen sie. Im Gebäude der Juristen und im Hauptgebäude soll deshalb gleich Polizei stationiert werden. Vorläufiges Ergebnis dieser Verhandlungen zwischen Professorenreaktion und Polizei ist ein konkreter Einsatzplan, der vorsieht, „daß

- der Akademische Senat Veranstaltungen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags der Studentenschaft begrüßt und der Lehrkörper sie mit Rat und Tat unterstützen soll,
- alle Unternehmungen die Rechte anderer ohne Einschränkungen respektieren müssen,
- alle Stellungnahmen und Aktionen im Rahmen des geltenden Rechts zu halten sind,
- bei Ausfall der Lehrveranstaltungen die erfolgreiche Teilnahme nur bescheinigt werden kann, wenn die Leistung nachgeholt oder in gleichwertiger anderer Form dokumentiert werden kann,
- die Professoren berechtigt, aber nicht verpflichtet sind, auf Diskussionswünsche einzugehen und im Falle der Ablehnung jede Beeinträchtigung der Lehrveranstaltung durch die Anwesenden unterbleiben muß,
- es insbesondere unzulässig ist, Ketten zu bilden und Türen zu blockieren und Lautsprecher im Gebäude mitzuführen.“

Dieser „Grundkonsens“, wie er den Professoren vorschwebt, konnte noch nicht verabschiedet werden, weil er vorher veröffentlicht und zu der entsprechenden Sitzung des Akademischen Senats hinmobilisiert wurde. „Eine sachgerechte Beratung wäre dort nicht möglich gewesen“, schreibt die „Welt“.

Das durch den Akademischen Senat verkündete Professorenprogramm spiegelt so ziemlich vollständig die zuchthausmäßige Organisierung der Hochschulen wider, wie sie der Reaktion vorschwebt. Erklärlich die Unsicherheit der Bourgeoisie, ob die Polizeitaktik zu seiner Durchsetzung wirkt, wenn schon die schlichte Verabschiedung so einfach nicht ist.

Seit längerem ist erkennbar, daß dies über die Organisierung ihres eigenen Nachwuchses an den Hochschulen geschehen soll. In der letzten Woche hat die ganze Bande Hamburger Burschenschaften ein gemeinsames Flugblatt verteilt, in dem sie „alle freiheitlich gesinnten Studenten aufrufen, den kommunistischen Krawallmachern das Feld nicht zu überlassen. Nehmt Kontakt auf zu den unterzeichnenden Korporationen.“ Die gemeinsame Absicht von Burschenschaften und Professorenreaktion auf Formierung der Konterrevolution an den Hochschulen formuliert der Wingolfbund: „Die volle Erfüllung der Berufsausbildung nimmt den Lehrkörper bereits überfordernd in Anspruch ... Hier sehen wir nun die großen Aufgaben der studentischen Gemeinschaft.“

Große Hoffnungen setzt die Bourgeoisie in ihre Sprößlinge. Die tun sich schwer. Der reaktionäre Professor Busisson jedenfalls mußte feststellen, wie schwierig es ist, die besitzlosen Studenten davon zu „überzeugen“, daß er „berechtigt, aber nicht verpflichtet wäre“, seine im Seminar verbreitete Ansicht über die Kreuzzüge zu diskutieren. „Gerichtet waren die Kreuzzüge gegen heidnische Feinde“, meint er, „gegen die Tyrannei der Sarazenen“. Trotz Unterstützung der Bourgeoisstudenten gelang es ihm nicht, die Wortführer der Kritik an diesen imperialistischen Theorien aus dem Seminar zu werfen. Es wird für die Bourgeoisie bei den anderen Programmpunkten nicht leichter werden. Auch dem Professor Thieme, Vorsitzender des Hochschullehrerverbandes nicht, bei dem nach einer ausgefallenen Seminarstunde z.B. das erfolgreiche Einpauken von „Wissen“ gegen die Lohnkämpfe der Arbeiter nachgewiesen werden soll. Zu beweisen durch Aufschreiben der Ansicht, daß „der Glaube an den Wähler als jemand, der sich über Fragen der Wirtschaft, des Bildungswesens oder der Verteidigung ein Urteil bilden könnte, dahin sei“. Der Ausdruck „Rentnermord“ für das Ehrenbergprogramm „verstößt gegen geltendes Recht“, meinte vor zwei Wochen Fischer-Appelt, und im Falle der Wiederholung wolle er Strafantrag stellen.

Klar, daß die Polizeitaktik zur Durchsetzung eines solchen Zuchthauses noch nicht ausbaldowert sein kann. Die Professorenreaktion ist unsicher, ob sie wirkt. Sofort nach Bekanntwerden dieses Programms haben vier Seminare den Ausfall aller Lehrveranstaltungen im Streik beschlossen und fordern: uneingeschränktes Streikrecht. – (SSG Hamburg)



Ein Stabsarzt erinnert sich

Krankenversorgung der Soldaten oder warum Rettungsboote nicht notwendig sind

Hannover. Als ich im Herbst 1975 als Truppenarzt eines PzGrenadierbataillons eine Unterschriftenliste gegen den § 218 an Sanitäter und W 15er weitergab, war ich mir zunächst unsicher. Wie würden die Soldaten reagieren? Überrascht war ich, als nach ca. einer halben Stunde ca. 20 von 25 Soldaten die Forderungen gegen den § 218 unterschrieben hatten.

In der Tarifauseinandersetzung 75/76 gab es unter den Soldaten eine klare Unterstützung für die Festgeldforderung der ÖTV-Gewerkschaft nach 135 DM. Diese Unterstützung stärkte auch die Front für Festgeld bei den Zivilbeschäftigten in der Kaserne.

Am 1. Mai 1976 marschierten drei Soldaten des Bataillons in Uniform auf der gewerkschaftlichen Maidemonstration mit, und es gab mindestens ein halbes Dutzend Soldaten in Zivil, die bedauerten, daß sie ihre Uniformen in der Kaserne hatten liegen lassen.

Dabei hatte ich zu Beginn meiner Tätigkeit als Truppenarzt das Gefühl, zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Klar war, daß sich die Schikanen und die Unterdrückung der Soldaten auch im Sanbereich auswirken mußten. An Montagen oder vor besonders schikanösen Diensten war die Sprechstunde brechend voll. KpChefs, auch der Kommandeur, riefen an, um auf „Verpisser" aufmerksam zu machen, die gestern noch in der Diskothek X quietschfidel geschwoft hätten und heute offenbar ihren Rausch im Wartezimmer auspennen wollten. Ich sollte das doch bitte bei meinen Verordnungen berücksichtigen. Besonders sauer reagierten die Offze, wenn es durch die hohen Krankmeldezahlen erforderlich wurde (da eine ausreichend gründliche Untersuchung nicht mehr möglich war), Soldaten verstärkt zu Fachärzten nach außerhalb zu überweisen. Hiergegen half den Offizieren auch nicht die vergleichsweise geringe Krankmeldestatistik in irgendwelchen anderen Bataillonen oder der Hinweis auf den doch wohl offensichtlichen Zusammenhang mit dem Dienstplan der Kompanie. Durch Druck und Schikanen versuchten die KpChefs, die Soldaten an der Krankmeldung zu hindern. So wurden für Soldaten, die z.T. mehrere Stunden im Wartezimmer des Sanbereichs auf ihre Untersuchung warten mußten oder häufiger z.B. wegen Bestrahlungen den Sanbereich aufsuchen mußten, Sonderdienste an Wochenenden, genannt „Nachübeklasse", angesetzt. Andererseits wurden Soldaten gedrängt, ärztliche Einschränkungen der Dienstfähigkeit nicht einzuhalten, oder sie wurden per Befehl teilweise aufgehoben.

Meine Beschwerden darüber wollte der mir vorgesetzte Brigadearzt, ein heute noch tätiger Oberfeldarzt, abbiegen mit guten Ratschlägen: Ich sollte mir doch den Kontakt mit den Offizieren nicht verderben, die doch über reichliche Erfahrungen im Umgang mit Soldaten verfügten. Außerdem müsse man davon ausgehen, daß die Wehrpflichtigen sowieso ja vorausgewählte gesunde junge Männer seien, die hauptsächlich deshalb den TrArzt aufsuchen würden, um sich zu verpissen vor dem ja wenig geliebten Dienst. Man solle sich deshalb vor Beginn der Sprechstunde die Zahl der Krankmeldungen aus den Kompanien melden lassen, um dann auf Grundlage der im Dienstplan vorgesehenen Geländeübung unter den Soldaten der betreffenden Kp entsprechend durchgreifen zu können. Wenn man sich bei einer Diagnose nicht sicher sei, aber den Verdacht habe, es handle sich um einen Verpisser, sollte man die Soldaten auch mal großzügig übers Wochenende aufs Krankenrevier stationär aufnehmen. Das würde sich rumsprechen und dazu führen, daß sich nur noch die wirklich ernsthaft Kranken in der Sprechstunde vorstellen würden. Andererseits müsse man die Berufssoldaten, wenn sie sich krankmeldeten, einer besonders gründlichen Untersuchung unterziehen, weil davon auszugehen sei, daß sie wirklich nur im Notfall kommen würden. Außerdem versuchte der Kommandeur, durch den Brigadearzt meine Verordnungen abändern zu lassen, was er aber aufgrund eigener mangelnder Fachkenntnis und aus Furcht vor den Protesten des TrArztes und der Soldaten nicht gewagt hat.

Die Spaltungslinie, die die Bundeswehrführung zwischen Soldaten W15 und Stabsarzt W15 mit dem krassen Besoldungsunterschied von 165 zu 1900 DM zu ziehen versucht, ist aufgrund der Tatsache, daß keiner sich gern in die Kasernenmauern sperren oder von seinen Verwandten und Freunden abschneiden läßt und jeder den Tag herbeiwünscht, an dem er wieder nach Hause kommt, keineswegs unüberwindlich. Dagegen sind die Berufsoffiziere unter den Sanitätsoffizieren genauso als Antreiber, Spitzel und Kontrolleure verhaßt wie das übrige Offizierspack.

Sie werden zu Recht mitverantwortlich gemacht für den verrotteten Zustand des Truppensanitätswesens. Angefangen bei der mangelnden Qualifikation der Ärzte bis hin zur katastrophalen Materialausstattung der Sanbereiche. So gab es bei uns im Bataillon weder eine Röntgenmöglichkeit noch ein EKG-Gerät und nicht einmal einfache Blutuntersuchungen oder Leberuntersuchungen waren möglich. Im wesentlichen kamen die sogenannten Teststäbchen zum Einsatz, die nur grobe Veränderungen – und auch das z.T. manchmal sehr ungenau – anzeigen und für eine sorgfältige Untersuchung gänzlich ungeeignet sind. Das Instrumentarium für kleine chirurgische Eingriffe war entweder unvollständig oder großenteils unbrauchbar, z.T. hoffnungslos veraltet, so daß mancher meiner Kollegen und ich auch selbst aus nahegelegenen Krankenhäusern versucht haben, Material zu beschaffen, z.B. Verband- und Nahtmaterial. Das haben auch die Sanitäter getan, sofern sie Freundin oder Verwandte hatten, die im Krankenhaus arbeiteten.

1914 schreibt ein Reventlow in dem Buch „Deutschland zur See": „Vor der Schlacht, auch das ist interessant, entledigten sich die Schiffe ihrer Boote, denn diese vergrößerten nur die Zielfläche, und wenn die von feindlichen Geschossen getroffen werden, so fliegen die Splitter umher und verwunden die Besatzung oder aber die Boote gehen in Flammen auf und können so zu einer ernsten Gefahr werden. Dann hätten also die Schiffe nach der Schlacht keine Boote? Der Schade wäre nicht groß sein, denn wenn das Schiff sinkt, so ist es einerlei, und kehrt es wohlbehalten und siegreich aus der Schlacht heim, so wird es seine Boote nicht missen und Boote genug erhalten, wenn es solcher bedarf." Die einfachen Soldaten sind nichts anderes als Kriegsmaterial für die herrschende Klasse. Entweder sie überleben es, auch die Bundeswehrzeit, oder nicht, für Nachschub wird gesorgt.

Die wehrpflichtigen Stabsärzte können sich gut mit den Mannschaften verbinden im Kampf gegen Schikane und Unterdrückung. – (Bezirk Hannover)

Französische Mittelmeerflotte für imperialistischen Krieg und Intervention gegen die Völker Arabiens und Afrikas ausgebaut

Seit mehreren Jahren rüstet der französische Imperialismus seine Mittelmeerflotte auf. Staatspräsident Giscard d'Estaing und sein Verteidigungsminister lassen keine Gelegenheit aus, die „wirtschaftliche, politische und militärische Bedeutung des Mittelmeerraums" für den französischen Imperialismus und die „Freundschaft", die Frankreich auf „Grund natürlicher Bedingungen" zu allen Mittelmeerstaaten hege. Während einer Inspektion der französischen Mittelmeerflotte 1974 erklärte der damalige Verteidigungsminis ter Bourges: „Das Mittelmeer wird nun zu einer Zone hauptsächlicher Aktionen für Frankreich werden, und das Kommando Toulon (Marinehauptquartier der Mittelmeerflotte) wird daher eine bedeutende Rolle spielen." „Das Mittelmeer (ist) ein Teil der Welt, in dem Frankreich eine Rolle zu spielen hat, um zu verhindern, daß es andern in die Hände fällt, insbesondere den beiden Großmächten, die nicht im Mittelmeer liegen." Mit „andern" ist der BRD-Imperialismus hauptsächlich gemeint. (Vergleiche auch Kommunismus und Klassenkampf 11/77)

„Aufbau von Interventionseinheiten im Mittelmeerraum", so hat der französische Generalstabschef 1976 in einer Militärzeitschrift gesagt. Unter General de Gaulle hatte der französische Imperialismus sein Konzept für seine imperialistische Expansion ausgearbeitet, die unvermeidlich nach seiner Vertreibung aus Afrika einsetzen mußte. Militärisch heißt das „Verteidigung in alle Himmelsrichtungen"; mittlerweile weiß man, was das heißt, mitten in Zaire oder in der Sahara zum Beispiel.

Aus dem militärischen Verband der NATO 1961 ausgetreten, eine eigene Atomwaffe hergestellt, ging der französische Imperialismus seit Anfang 1971 daran, seine Mittelmeerflotte aufzustocken und auszubauen. Als erstes hatte der französische Ministerrat entschieden, alle Verbände und Landanlagen der Mittelmeerflotte direkt dem Kommado des Militärpräfekten von Toulon zu unterstellen, um so „operative Kommandostellen zu schaffen", die rasches Eingreifen ermöglichen ohne langen Befehlsstrang über Paris, wie es vorher war. Die Mittelmeerflotte (Marinebezirk III) Frankreichs umfaßt das Gebiet von der spanischen Grenze bis nach Italien und schließt Korsika ein. Zwischen den Jahren 1974 und 75 wurde die französische Mittelmeerflotte durch die Flugzeugträger „Clémenceau" und „Foch" aufgestockt, weiterhin durch zwei Lenkwaffenfregatten und einen Führungskreuzer. Damit ist die Stärke der Flotte im Mittelmeer innerhalb eines Jahres von 75000 Tonnen auf 130000 Tonnen Schiffsraum gestiegen. Die Mittelmeerflotte ist der weitaus stärkste Verband der französischen Marine, die sich noch in die Atlantikflotte und Überseeflotte unterteilt. Unter den Schiffen im Mittelmeer befinden sich noch ein Hubschrauberträger, 41 Zerstörer und Fregatten, 99 Minenräumschiffe, 18 U-Boote, darunter ein Raketen-U-Boot, sowie allerlei Versorgungs- und Landungsflottillen. Dazu noch Marineflieger und Marineinfanterie, alles in allem eine stattliche Interventionstruppe. Sie ist auch geeignet, größere Heereseinheiten schnell zu verschiffen. Insgesamt umfaßt die französische Marine 80000 Mann und gilt unter den imperialistischen Kriegsmarinen als „die viertgrößte".

Ausgerichtet auf Niederhaltung der Völker und imperialistischen Krieg ist ein Teil dieser Flotte zum Beispiel ausgelaufen 1976 zum Zeitpunkt der Kämpf e im Libanon und hat mit einer Invasion gedroht, um als alte imperialistische Kolonialmacht die imperialistischen Interessen „zu schützen". Frankreich hat noch verschiedene ökonomische und politische Verbindungen in seine alten Kolonien, mit denen es auch Druck ausüben kann. An der Mittelmeerküste selber, auf der afrikanischen Seite hat es aber alle militärischen Stützpunkte verloren. Wirkliche Bunkerrechte bestehen an der afrikanischen Küste zum Beispiel in Dakar (Senegal) und natürlich auf der Insel Korsika. Die französischen Imperialisten sind deshalb auch dabei, ihre Versorgungsverbände so auszubauen, daß die Kampfschiffe länger auf See bleiben können. Vorhanden sind aber noch mit Algerien, Tunesien und Marokko sowie zehn anderen afrikanischen Staaten Verträge über „Missionen für technische Hilfeleistungen". Abgeschlossen beim Rausschmiß der Franzosen aus diesen Ländern 1960 – 61. Die französischen Imperialisten versuchen diese Missionen, die insgesamt 300 Offiziere umfassen sollen, je nach ihren ökonomischen und politischen Verbindungen, die sie in den jeweiligen Ländern haben, zu nutzen, um Subversion und Intervention zu betreiben oder vorzubereiten. Der Einsatz nach Zaire im Frühjahr dieses Jahres beruhte auch auf solch einem Vertrag. (Vergleiche KVZ Nr 16/77)

Zur französischen Expansion im Mittelmeerraum gehört neben den verschiedenen Formen von Kapital- und Warenexport vor allem das Waffengeschäft. Verschiedene arabische Staaten waren gezwungen, die Waffenlieferungen des Sozialimperialismus dadurch abzuschütteln, daß sie französische Waffen einkauften. Mittlerweile ist Frankreich der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

Regelmäßig führt die französische Mittelmeerflotte Manöver mit der Marine des faschistischen Spaniens durch. Ebenso werden See-/Land-Manöver mit Spanien auf Korsika durchgeführt. Seit die Sozialimperialisten ihre Flotte im Mittelmeer verstärken, finden auch verschiedene Manöver der französischen Flotte mit NATO-Verbänden statt.

Von einer solchen Freundschaft wollen die Mittelmeervölker und -staaten nichts wissen. Schließlich gibt es Jahrhunderte alte Erfahrung mit dem französischen Räuber, Ausbeuter und Imperialisten. Als die französischen Imperialisten ihre Intervention in Zaire durchführten, wurden sie von den afrikanischen Völkern, von der OAU verurteilt. Und während gegenwärtig die französischen Imperialisten eine Intervention gegen die F.Polisario vorbereiten, finden in verschiedenen Städten Algeriens Massendemonstrationen statt. – (Z-Red.)

Vergebliche Hoffnungen der französischen Imperialisten auf Rückgewinn Algeriens



Legionärstruppen der französischen Kolonialisten landen 1931 an der algerischen Küste. „Junger Mann, melde dich für die Fremdenlegion! Sie bietet dir: die legendäre Tradition einer Elitetruppe", werben die französischen Imperialisten für diese Truppe heute. Raubend und mordend zogen sie über das algerische Land. Unter der Führung des Emirs Abdel Kader führten die Bauern den Krieg gegen die Invasoren, und es gelang den Kolonialisten 40 Jahre lang nicht, das Volk ganz zu unterwerfen. 1871 errichten die Kolonialisten eine Zivilregierung, erklären, Algerien sei ein Teil Frankreichs und nie eine eigene Nation gewesen. Die algerische Bevölkerung ist zu „entarabisieren" anstelle des bisherigen Ziels, sie auszurotten. Die algerischen Bauern, vom Land vertrieben, müssen sich Land von den Kolonialisten pachten, die algerischen Schulen werden geschlossen. Anfang des 19. Jahrhunderts können nur noch wenige Algerier lesen und schreiben. Algerische Arbeiter gründen 1923 die ENA, die Nordafrikanische Schule, die mit Unterstützung der Kommunistischen Partei Frankreichs auf einer Konferenz in Brüssel 1927 zum ersten Mal öffentlich die Forderungen nach Unabhängigkeit für Algerien und einer Landreform erhebt. Auf Demonstrationen der Volksmassen 1934 reagiert die französische Regierung mit dem Verbot aller Organisationen. 1945 erhebt sich das Volk erneut gegen die kolonialen Ausbeuter und Unterdrücker. Der Aufstand wird von den Legionärstruppen, zu deren Reihen sich die deutschen Afrikakorps gesellt haben, blutig niedergeschlagen. 45000 Algerier sollen im Kampf gefallen sein.

Dem Volk fehlt die einheitliche Führung. 1954 veröffentlichen Revolutionäre einen Aufruf, der das Volk zum bewaffneten Kampf auffordert. Dem folgt die Gründung der Nationalen Befreiungsfront FNL, immer mehr schließen sich dem Befreiungskampf an. Dessenungeachtet läßt General de Gaulle den „Plan Konstantin", einen Plan zur weiteren Industrialisierung des Landes, verwirklichen. Zig Millionen Franc fließen in das Land. Französischen Banken gehört der Erz-, Zink- und Phosphatabbau, die Ölförderung, der Weinmarkt, die Kork- und Düngemittelindustrie. Auf dem Land läßt de Gaulle eine „Umgruppierung der Dörfer" durchführen. Sie setzt Land frei für Industrialisierungszwecke, Tausende von Bauern werden vertrieben, Dörfer in Gefängnisse verwandelt, um die FNL von Versorgungs- und Verbindungsnetzen abzuschneiden. Ausbeutung und Unterdrückung bereitet das algerische Volk 1962, dem Jahr seiner Befreiung, endgültig ein Ende. Die französischen Imperialisten haben ihre Niederlage und den Verlust der algerischen Reichtümer nie verwunden. Giscard d'Estaing hat erklärt, es sei seine Pflicht, französische Geiseln in Maghreb zu befreien, er hat es gleichzeitig in einem Brief an Boumedienne geschickt. Anfang November sind französische Truppen in Quakam, einem französischen Militärstützpunkt bei Dakar, gelandet. „Giscard Mörder! Das bewaffnete Volk steht hinter dir, Boumedienne!", haben Zehntausende algerische Arbeiter und Bauern auf Demonstrationen geantwortet.

Bundesregierung übt Druck auf Algerien aus – und muß zurückstecken

Die westdeutsche Presse meldet am 9. November, auf Seite eins und den Triumph nicht verbergend: „Lufthansa streicht Flug nach Algier wegen unzureichender Kontrollen."

Nach dem Einsatz der GSG 9 in Mogadischu waren die BRD-Imperialisten voller Erwartung, ihren *Bundesgrenz-Schutz* in möglichst viel Ländern der Welt durchzuführen. Nachdem bis Anfang November bereits 150 „Grenzschützer" in 30 Staaten Flughäfen und Passagiere kontrollierten, sollten jetzt welche in weitere 12 Länder, die sich bisher widersetzt hatten, entsandt werden: „Allen Regierungen war deutlich gemacht worden, daß die Lufthansa keine Passagiere mehr auf Flughäfen aufnehmen würde, auf denen keine den deutschen Sicherheitsvorkehrungen entsprechenden Maßnahmen getroffen würden."

Die Regierung der Volksdemokratischen Republik Algerien weigert sich, sich der Erpressung zu beugen. Prompt wird, neben der Streichung des dienstäglichen Lufthansa-Fluges nach Algier, in die „Überlegungen ... die Möglichkeit einbezogen, der algerischen Fluggesellschaft Air d'Algérie bis zu einer zureichenden Lösung die Landesrechte für Frankfurt zu entziehen." Eine Gruppe „hochrangiger Beamter", angeführt vom Staatssekretär des Innenministeriums Fröhlich, wird nach Algerien entsandt, um dem Druck Nachdruck zu verleihen. „Algerien und Libyen könnten auch ohne Flugverkehr leben, aber nicht so gut", umreißt die „Zeit" die beabsichtigte Wirkung, deren Begrenztheit sie bedauert.

Wie die BRD-Imperialisten „verhandeln" auch die japanischen Imperialisten mit 17 Ländern über „den *japanischen* Sicherheitsvorkehrungen entsprechenden Maßnahmen" zum „Schutz japanischer Flugzeuge". Glauben die Imperialisten wirklich, daß die Länder der Dritten Welt sich darauf einlassen, daß sich eine internationale Bande imperialistischer „Grenzschützer" auf ihrem Gebiet tummeln dürfen? Vier der 17 Länder weisen das japanische Ansinnen zurück. Ihnen wird angedroht, daß Japan sie „nicht mehr bedienen" wolle.

Die BRD-Imperialisten drängen auch

Die BRD-Imperialisten drängen auch Frankreich zu „Überlegungen", Algerien vom internationalen Flugverkehr abzuschneiden, „auch wenn dort der akute Anlaß fehlt, wie er für die Lufthansa mit den von einem ‚RAF-Kommando BER' unterschriebenen Drohbriefen gegeben ist." (Welt) Wer weiß immer noch nicht, in welchen Dienststellen die Schreibmaschinen stehen, auf denen diese „Drohbriefe" getippt wurden? Um einen „Anlaß" für weitere Erpressungen zu geben.

In ihrem Überschwang – „Bonner Lektion für Algier" – schreibt die Süddeutsche Zeitung: „Ein Menschenleben ist in jedem Fall mehr wert als die Souveränität eines Landes." Die westdeutschen Imperialisten, verantwortlich für hunderttausendfachen frühzeitigen Rentnertod, unzählige Tötung von Arbeitern im kapitalistischen Produktionsprozeß, von Krankheiten, Verletzungen, Verstümmelungen einmal ganz zu schweigen, verantwortlich für die physische Vernichtung politischer Gefangener, verantwortlich für in die Millionen gehende Opfer imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung, sie besinnen sich auf den Wert von „Menschenleben", wenn es um die Gelegenheit geht, die Souveränität eines Landes zu verletzen. Wachsamkeit ist geboten!

Die Drohungen gegen Algerien fallen in den Zeitraum, in dem die Imperialisten Marokko dazu drängen konnten, kaum verhüllte Kriegserklärungen gegen Algerien auszustoßen; in dem Frankreich zum „Schutz französischer Staatsbürger" seine Truppen im Senegal verstärkt; französische Fallschirmjägeroffiziere nach Mauretanien entsandt werden; französische Flugzeuge unablässig über der Westsahara kreisen; Giscard d'Estaing die französische Kriegsmarine in Brest besucht; verschiedenerorts Behauptungen aufgestellt werden, daß in der Westsahara nicht etwa das sahaurische Volk und seine Befreiungsorganisation F.Polisario kämpfen, sondern reguläre algerische Truppen. Die Imperialisten haben ganz andere Probleme als den „Schutz von Flugpassagieren".

Der Staatssekretär Fröhlich ist derweil wieder aus Algier zurück. Seine Mission ist fehlgeschlagen. Nach wie vor weigert sich Algerien, BGS ins Land zu lassen. Die Lufthansa fliegt wieder nach Algier und die Air d'Algerie landet weiter in Frankfurt. Die „internationale Solidarität" hat angesichts der kämpferischen Einheit des algerischen Volkes nicht so recht geklappt zwischen den Imperialisten, die anderen sind nicht nachgezogen, die Drohungen blieben wirkungslos. „Bonner Lektion für Algier"? Eine Lektion des algerischen Volkes und seiner Regierung für die westdeutschen Imperialisten. – (Z-Red)

Die Ausplünderung durch die imperialistische Sowjetunion treibt die Türkei noch weiter in die Arme des US-Imperialismus

Ende September 1977 betrugen die Reserven der Türkei an ausländischen Devisen noch 400 Mio. Dollar, die Goldreserven noch 148 Mio. Dollar. Die Schulden an das Ausland, die von diesen Reserven hätten bezahlt werden sollen, betrugen 13 Mrd. Dollar. „Ein weiterer Rückgang des Devisenbestandes", schreibt „Blick durch die Wirtschaft" am 10.11.77, „würde die gesamte türkische Wirtschaft zum Stillstand bringen. Bereits jetzt verhindert der Devisenmangel eine regelmäßige Geschäftstätigkeit, die Produktion ist zu großen Teilen lahmgelegt." Einen Tag später stellte die türkische Regierung den Devisenhandel ein. Nur noch für den Import ganz weniger wichtiger Güter, z.B. für Erdöl, und für militärische Zwecke dürfen türkische Pfunde in ausländische Währungen umgetauscht werden. Alle Banken müssen ihre Devisenvorräte bekanntgeben und für die Rückzahlung von Auslandsschulden zur Verfügung stellen. Der türkische Staat hat damit praktisch seinen Bankrott erklärt. Die US-Imperialisten und die EG-Imperialisten in ihrem Gefolge wollen neue Kredite in dem Land plazieren. Durch eine Kommission des Internationalen Währungsfonds haben sie der Türkei aber Forderungen zur „Sanierung" der türkischen Wirtschaft gestellt, unter anderem eine Abwertung des türkischen Pfundes um rund 25%. Diese Forderungen laufen darauf hinaus, das Land noch weiter der Ausplünderung durch die Imperialisten zu öffnen.

1969 importierte die Türkei Waren im Werte von 754 Mio. Dollar und 1976 im Werte von 4903 Mio. Dollar. In der gleichen Zeit exportierte sie Waren von 537 Mio. Dollar bzw. von 1960 Mio. Dollar. Die Importe sind in diesem Zeitraum also um das 6,6fache gestiegen, die Exporte nur um das 3,6fache. Die Milliarden, mit denen die Imperialisten und allen voran die US-Imperialisten das Land überschwemmt haben, dienen also nur dazu, Waren im Ausland zu kaufen, die Türkei also weiter zu verschulden. Auch die Industrie, in die dieses Kapital teilweise investiert wurde, dient nur dazu, die landwirtschaftlichen Produkte und industriellen Rohstoffe zu günstigen Preisen auf den Weltmarkt zu bringen, oder halbfertige importierte Waren durch billige türkische Arbeitskräfte montieren zu lassen, um sie teuer in der Türkei zu verkaufen.

Eingetrieben werden Zinsen und Profite von den türkischen Kompradoren und Großgrundbesitzern, die mit einer Armee, deren Unterhalt 26% des Staatshaushaltes verschlingt, nicht nur die türkischen Volksmassen gewaltsam daran hindern, ihr Land von der Herrschaft der Imperialisten zu befreien, sondern die außerdem ein wichtiger Bündnispartner zur Erhaltung der Türkei als eines Stützpunktes des US-Imperialismus gegen den Befreiungskampf der Völker des Nahen Ostens und Nordafrikas sind, wie auch als einer Basis für die Vorbereitung des Krieges mit der sozialimperialistischen Supermacht.

Die Herrschaft über die Türkei hat entscheidende Bedeutung für die Herrschaft über das ganze östliche Mittelmeer und den ganzen Nahen und Mittleren Osten. Sie ist reich an Bodenschätzen, sie hat 40 Mio. Menschen, also ein großes Heer an Arbeitskräften. Seit den fünfziger Jahren versuchen die neuen Zaren in der Sowjetunion deshalb nicht nur militärischen Einfluß auf die Türkei zu gewinnen, die Meerenge der Dardanellen für ihre Flotte und den Landweg Kleinasiens für ihre Heere zu öffnen, sie versuchen vor allem auch mit ihrem Kapital in der Türkei Fuß zu fassen, um an der Ausplünderung des Landes teilzuhaben und den Einfluß der westlichen Supermacht zu brechen.

„Kompensationsabkommen" und Devisenkredite – doppelter Würgegriff des Sozialimperialismus

Wirtschaftlich dem US-Imperialismus unterlegen tarnen sich die Sozialimperialisten als Freunde der Unabhängigkeit der Türkei und konzentrieren sich auf die Industriezweige der Schwerindustrie und der Energieversorgung, deren Entwicklung die US-Imperialisten und ihre Verbündeten systematisch verhindert haben, um jede selbständige Entwicklung der Türkei zu unterbinden. Die Sozialimperialisten behaupten, ihre Investitionen und „Hilfe" schaffe die Basis für die Befreiung vom Imperialismus. Tatsächlich hat diese „Hilfe" dazu geführt, die jetzige Lage des Staatsbankrotts herbeizuführen und die Abhängigkeit vom Imperialismus und insbesondere vom US-Imperialismus zu stärken.

Insgesamt handelt es sich nur um etwa 10 große Projekte, die die Sowjetunion in der Türkei verfolgt, diese 10 Projekte haben aber für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei große Bedeutung.

„Im vergangenen Jahrfünft hat sich in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den Entwicklungsländern, die über die entsprechenden Reserven verfügen, noch mehr die Tendenz zur Errichtung universeller Wirtschaftskomplexe bei wirtschaftlicher und technischer Hilfe der Sowjetunion verstärkt," schreibt W. Morosow, Erster Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Außenwirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion. „Also können die Entwicklungsländer an eine grundlegende Umgestaltung ihrer heute unvollkommenen Wirtschaftsstruktur herangehen und Voraussetzungen für optimale Verbindungen zwischen den in- und ausländischen Entwicklungsquellen schaffen." (Außenhandel UdSSR, 1977/2)

Bei diesen „universellen Wirtschaftskomplexen" in der Türkei, die Morosow auch ausdrücklich nennt, und deren Ausbau er ankündigt, handelt es sich in erster Linie um ein Stahlwerk in Iskenderun, das in seiner jetzigen Ausbaustufe im Wert von 256 Mio. Dollar zwei Mio. Tonnen Stahl produzieren soll, und in seinem endgültigen Ausbau vier Mio. Tonnen. Das ist das 2,7fache des Stahls, den die Türkei 1974 insgesamt produzierte. Dann um das Aluminiumwerk von Seydisehir, das Rohaluminium produziert, das dann vor allem in die Sowjetnion exportiert wird. Ferner um eine ganze Reihe von Kraftwerken, die die Energie für diese Projekte liefern sollen, davon eines in unmittelbarer Nähe des Werkes von Iskenderun.

„Grundlegende Umgestaltung", „optimale Verbindungen zwischen in- und ausländischen Entwicklungsquellen", es fragt sich zu wessen Nutzen.

W. Morosow: „Als einer der größten Rohstoffexporteure der Welt stellt die Sowjetunion beispielsweise einen stabilen, keinen Konjunkturschwankungen unterworfenen Absatzmarkt für die traditionellen Exportwaren der Entwicklungsländer dar..., was es ermöglicht, in den Entwicklungländern industrielle und andere Betriebe zu errichten, die in das Eigentum dieser Länder übergehen, wobei die Verrechnung für die Unterstützung mit Erzeugnissen dieser Objekte vorgenommen wird. Die Kompensationsabkommen sind langfristig, was angesichts der Verschärfung der Währungs-, Finanz- und Rohstoffkrise und der Unbeständigkeit des gesamten Systems der kapitalistischen Wirtschaft für die Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung ist."

Mit anderen Worten, diese industriellen Projekte dienen keineswegs dazu, die Entwicklungsländer von der Beherrschung durch ausländisches Kapital zu befreien und eigenes Kapital zu akkumulieren, sondern sie dienen „langfristig" als Lieferanten billiger Rohstoffe für den „stabilen" Markt des „größten Rohstoffexporteurs der Welt", der ihre „traditionellen Exportwaren", nämlich Rohstoffe aufnimmt, um sie teurer weiterzuverkaufen. Das Rohaluminium, das in der Hütte von Seydesir produziert wird, wird in der Sowjetunion zu Aluminium verarbeitet und an die Türkei zurückverkauft (s. KVZ Nr. 12/77).

Die Sowjetunion hat einen doppelten Strick um den Hals der Türkei gelegt: Durch die „Kompensationsabkommen" hat sie sich die Möglichkeit geschaffen, sich an den Naturschätzen des Landes und der Ausbeutung seiner Arbeitskräfte zu bereichern, ohne Rücksicht auf seine Zahlungsfähigkeit. Sie verhindert durch diese Sorte Räuberei direkt, daß die Türkei ihre Bodenschätze zur Grundlage einer eigenen, unabhängigen Industrie machen kann. Andererseits trägt sie durch ihre Kredite direkt dazu bei, das Land weiter zu verschulden und an seine Hauptgläubiger, also die US-Imperialisten, auszuliefern. Für Ende November ist der türkische Ministerpräsident nach Moskau eingeladen. Dort sollen ihm zu den seit 1967 gewährten 2,5 Mrd. Dollar an Krediten und Anleihen weitere 3,5 Mrd. Dollar angeboten werden, unter anderem zur Finanzierung weiterer Industrieprojekte auf „Kompensationsbasis". Gleichzeitig soll ihm erneut ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt angeboten werden, der die Türkei auch politisch unter die Fuchtel des Sozialimperialismus bringt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.77).

Weitere Kredite werden von der Senkung des Lohnes abhängig gemacht

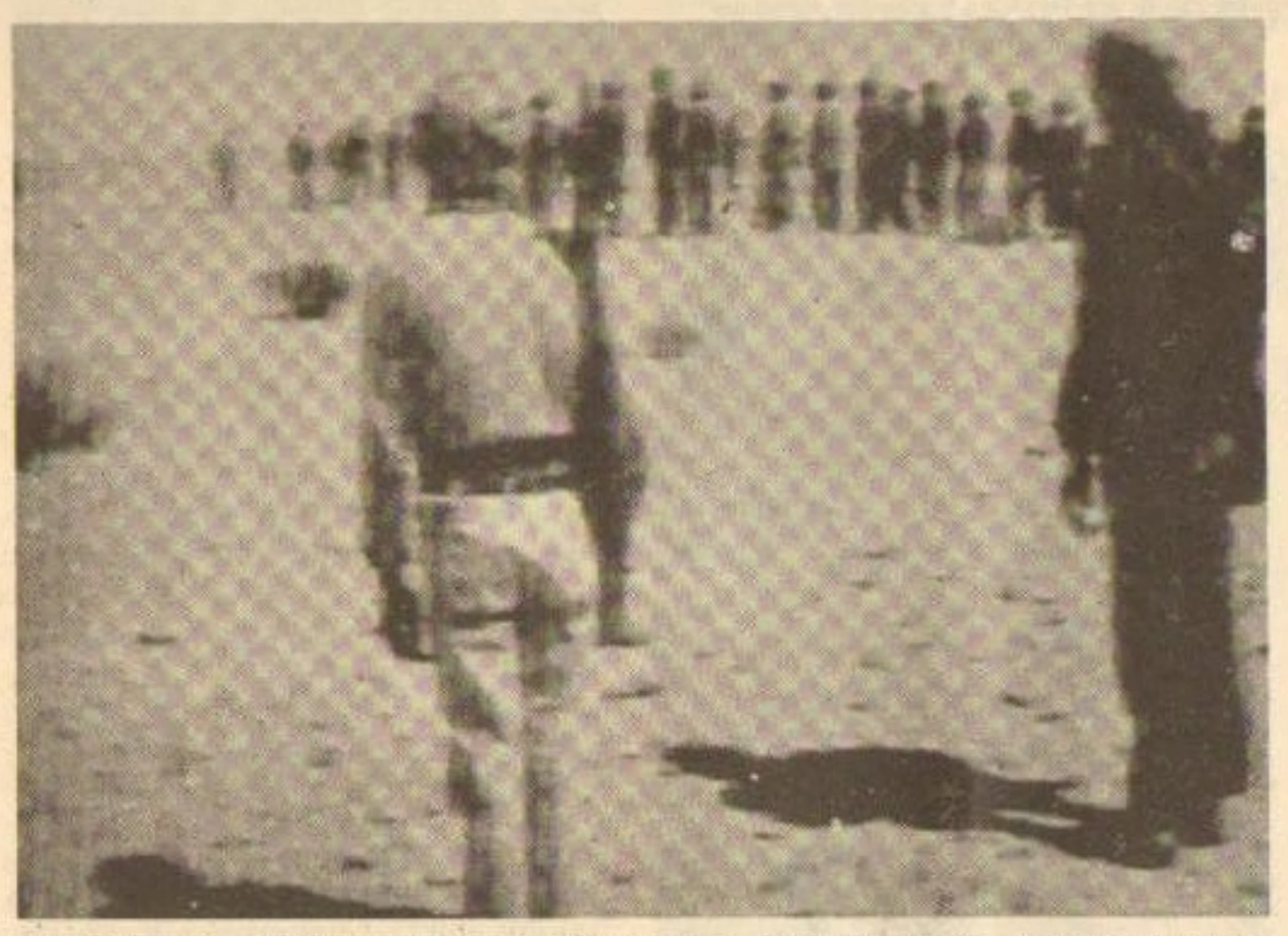
Der US-Imperialismus hingegen macht die Gewährung größerer Kredite von der Wiedereröffnung der amerikanischen Militärbasen abhängig, die die Türkei nach dem Krieg auf Zypern geschlossen hat. Über die Kommission des Weltwährungsfonds hat er der türkischen Regierung unter anderem die folgenden Bedingungen stellen lassen als Voraussetzung für neue Kredite, die die Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig beheben sollen, aber die Verschuldung und Abhängigkeit des Landes weiter vertiefen: Einschränkung der Staatsausgaben, Rationalisierung und „Sanierung" der verstaatlichten Zweige der Wirtschaft, mit dem Ziel, die Zahl der dort Arbeitenden zu senken und das Heer der über drei Millionen Arbeitslosen zu vergrößern, Förderung ausschließlich bestimmter Zweige der Exportwirtschaft, die dazu beitragen können, einen Teil der Schulden abzutragen, Abwertung des türkischen Pfundes um 25%.

Senkung der Löhne und Einkommen der Massen und Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse ist das einzige Ziel, das die Imperialisten mit dem „Sanierungsplan" verfolgen, der deshalb auch die begeisterte Zustimmung des türkischen Industriellenverbandes gefunden hat, indem die Vertreter der ausländischen Monopole mit den türkischen Kompradoren zusammensitzen. Die Löhne der türkischen Arbeiter sollen durch die vom IWF befohlenen Maßnahmen soweit gesenkt werden, daß die Produkte der abhängigen türkischen Industrie trotz der niedrigen Produktivität zugunsten der Monopole, denen die Fabriken gehören, konkurrenzfähig sind. Die Abwertung treibt die Inflation nach oben, die Ende des Jahres 40% betragen soll. Die letzte Abwertung des türkischen Pfundes im September um 8% – 10% gegenüber DM und Dollar hatte Preissteigerungen vor allem für importierte Waren bis zu 150% zur Folge. Die Löhne dagegen werden mit staatlicher Gewalt niedrig gehalten, sie sollen in diesem Jahr nicht mehr als um 20% steigen.

Aus Furcht vor den Kämpfen der Arbeiterklasse hat die türkische Regierung eine Abwertung um 25% nach dem Diktat der US-Imperialisten zunächst abgelehnt, und gehofft, sie könne die Ziele der Imperialisten durch eine stufenweise Abwertung erfüllen und den Massen bis nach den Regionalwahlen Anfang nächsten Jahres ihre Absichten verschleiern. Die Imperialisten wollten so lange nicht warten. Sie haben alle Kredite gesperrt und so die Einstellung des Devisenhandels erzwungen. Danach sind die Schwarzmarktpreise für ausländische Währungen um 25% bis 50% gestiegen. „Beobachter rechnen in allernächster Zukunft mit einer Abwertung der türkischen Währung", schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 12.11. dazu. „Der Schritt der Türkei ist in deutschen Bankkreisen ohne Überraschung aufgenommen worden." – (Z-Red)

Anerkennung der Demokratischen Arabischen

Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik der Sahauris durch die Bundesregierung!



Mitte Oktober griff die Befreiungsorganisation des sahaurischen Volkes F.Polisario bei einer ihrer sich häufenden erfolgreichen Aktionen eine in Mauretanien stationierte marokkanische Fallschirmjägertruppe an und tötete und verwundete 140 Soldaten. Selbst die imperialistische Presse kann nicht länger verheimlichen, daß die Lage für Marokko und Mauretanien, die unter Mißachtung einer entgegenlautenden UNO-Resolution und eines OAU-Beschlusses die an Bodenschätzen reiche Westsahara untereinander aufzuteilen gedachten, unhaltbar geworden ist. Ihre Truppen sind, da sie kaum in die Lage kommen, die F.Polisario anzugreifen, aber ständig, in der Westsahara und auf eigenem Gebiet, von ihr angegriffen werden, völlig demoralisiert. Die Volksmassen Mauretaniens unterstützen mehr oder weniger offen den gerechten Kampf des sahaurischen Volkes, und auch in Marokko mehren sich die Stimmen, die die Beendigung des Krieges fordern. Die einzigen, die ein wirkliches Interesse an dem Krieg zwischen arabischen Völkern haben, sind die Imperialisten, vor allem die französischen. Sie spekulieren auf die Ausbeutung des Phosphats und der zahlreichen Erze der Wüste. In einer Rede vor dem UNO-Dekolonisationsausschuß griff der Vertreter der F.Polisario Mansour Omar die französischen Imperialisten heftig an: „Die angeblichen französischen Zivilisten in Zourete (Mauretanien) sind nichts anderes als Militärs in zivilen Kleidern, so z.B. der frühere Luftwaffenchef der französischen Truppen in Mauretanien, Oberst Esquilat. Heute", sagte Omar, „bildet er die mauretanische Armee bei Zourete aus unter dem Mantel eines ‚technischen Beraters' für die mauretanische Mineralgesellschaft."



Die Reiseaufträge Schmidts in Polen

Fünf Tage fährt Bundeskanzler Schmidt nach Polen, um nach seiner Darstellung „die guten persönlichen Beziehungen zu Gierek zu dokumentieren und die Atmosphäre im deutsch-polnischen Verhältnis zu verbessern." Der Sprecher der polnischen Regierung dazu: „Ein Ereignis von großer Bedeutung." Empfangen wie ein König, wird Schmidt im königlichen Schloß von Wilna wohnen. Womit Schmidt die Atmosphäre in Polen verbessert? 1975 hatte der Bundestag mit viel ideologischem Brimborium die Polen-Verträge verabschiedet. Sie „dienten dem Frieden, der Entspannung" usw. In den Verträgen heißt es im Abkommen „über die Gewährung eines Finanzkredits":

„Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht der Bank Handlowy Warszawa S.A. in Warschau, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main einen Finanzkredit in Höhe von einer Milliarde Deutsche Mark aufzunehmen.

Artikel 2

Der Finanzkredit wird . . . in drei Jahresraten in den Jahren 1975, 1976 und 1977 zur Verfügung gestellt. Die erste Rate wird 340 Millionen Deutsche Mark betragen und bis zum 15. November 1975 ausgezahlt werden. Die zweite und dritte Rate werden jeweils 330 Millionen Deutsche Mark betragen; sie werden spätestens bis November 1976 bzw. am 15. November 1977 ausgezahlt werden."

Schmidt reist also mit einem Koffer voll Geld. Die Kreditvergabe, vor zwei Jahren beschlossen, war und ist für die westdeutschen Imperialisten in dem Ziel, sich den osteuropäischen Markt zu erschließen, von großer Wichtigkeit. Gewährt wird den polnischen Revisionisten der Kredit für einen Zinssatz von nur 2,5%. Die Differenz zum tatsächlichen Zinssatz wird an die Bank für Wiederaufbau, einem Konsortium der westdeutschen Großbanken, aus dem Haushalt, den Steuern, bezahlt. Der Kredit wird deshalb so zinsgünstig gewährt, um die Konkurrenten zu unterbieten. Stärke im osteuropäischen Markt läßt die westdeutschen Finanzbourgeois schon kurzfristig Verzicht üben, zahlen müssen es eh nicht sie, sondern die Volksmassen. Schon in der Bundestagsdebatte 1975 hatte der SPD-Abgeordnete Friedrich darauf hingewiesen: „Frankreich hat Polen in den letzten drei Jahren einen zinsverbilligten Kredit in Höhe von 4,5 Milliarden Francs und hat für die nächsten drei Jahre weitere sieben Milliarden Francs als zinsverbilligte Kredite gewährt", was gleich zwei CDU-Abgeordnete zu den Ausrufen veranlaßte: „Wie hoch war der Zinssatz?" „Zu welchem Zinssatz?" Das war vor zwei Jahren, inzwischen sind Großbritannien und Japan stärker in die Ostgeschäfte eingestiegen. Da ist der Zeitpunkt für die westdeutschen Imperialisten ganz günstig, zudem, wo das Handelsbilanzdefizit der polnischen Wirtschaft im letzten Jahr auf 1,3 Millionen gegenüber 2,19 Millionen 1974 zurückgegangen ist. Nun gut, Schmidt als Geldbote, und rein zufällig ist gerade vor einer Woche in Warschau die „technische Woche für Investitionsgüterindustrie" eröffnet worden. Veranstalter dieser Woche, auch rein zufällig, ist das Bundeswirtschaftsministerium, die Organisation und Durchführung liegt allerdings beim Kapitalistenverband des Maschinenbaus. Maschinen sind der Hauptexportartikel der westdeutschen Imperialisten nach Polen. Die Verschuldung, in die sie die polnischen Revisionisten treiben, denn neben dem in den Polen-Verträgen beschlossenen Kredit haben fünf westdeutsche Großbanken Polen im September diesen Jahres einen Zwei-Milliarden-Kredit geliefert, ist ihnen Mittel, billig Rohstoffe – Gas, Öl, Kohle, Erze – aus dem Land zu ziehen. Dementsprechend läßt Schmidt sich auch gleich zu Beginn zur Besichtigung nach Kattowitz führen.

Ihren Expansionsdrang auf den polnischen Markt als Annäherung der Völker, Entspannungsbemühungen, Friedensbewahrung und sonstiges zu verkaufen, kostet die westdeutschen Imperialisten allerdings erhebliche Mühe. Auschwitz ist sowohl der westdeutschen wie der polnischen Arbeiterklasse gut in Erinnerung, und den Bourgeois beider Länder ist es nicht gelungen, die Erfahrungen der Geschichte, die Blutspur der Ostkolonisation und zweier imperialistischer Weltkriege zu unterdrücken und zu verkleistern. Darum bemühen sich jedoch mit aller Kraft die westdeutsche wie die polnische Bourgeoisie, in der berechtigten Furcht, von der Arbeiterklasse ihrer Länder angesichts ihrer Expansions- und Kriegsabsichten diesmal rechtzeitig beseitigt zu werden. Die Verträge nutzen sie dazu. Einige Kostproben ihrer Bemühungen:

„Die besonders guten Beziehungen gehen auf gemeinsame Geschichte, teilweise jedenfalls und zum Teil auf die Schicksalsgemeinschaft im zweiten Weltkrieg zurück", schreibt das „Handelsblatt" anläßlich der Kanzlerreise. Es gehört schon eine Menge Vorstellungskraft dazu, Besatzer und Besetzte als „Schicksalsgemeinschaft" zu sehen. Perfekt in den Verdrehungen sind die westdeutschen Bourgeoispolitiker. Bei der Kennzeichnung des Verhältnisses Polen-Westdeutschland fängt jeder erst mal mit der Geschichte an.

Genscher: „Es ist, insbesondere angesichts der so leidvollen jüngsten Vergangenheit, notwendig, daran zu erinnern, daß sie über weite Strecken eine Geschichte des friedlichen Zusammenlebens, fruchtbaren Austausches und gegenseitiger Unterstützung war . . . Wir wollen dabei die Vergangenheit überwinden, aber nicht einfach verdrängen. Wir wollen sie als mahnende Erinnerung bewahren und daraus die Kraft, Entschlossenheit und Beharrlichkeit gewinnen, für beide Völker eine bessere Zukunft zu schaffen."

Schmidt: „Gemeinsam ist unseren Völkern als Nachbarn das reiche Erbe der Geschichte Europas, das uns verpflichtet und das uns dort, wo es Haß und Unterdrückung, Krieg, Tod und Elend gebracht hat, zur Besinnung und zum Nachdenken auffordert. Deutsche und Polen haben miteinander und gegeneinander gekämpft. Sie haben sich beneidet und geliebt, verachtet und bewundert."

Friedrich (SPD): „Das deutsche Reich war einst die Hegemonialmacht Mitteleuropas und wollte die Hegemonialmacht ganz Europas und damit Weltmacht werden. Im Scheitern dieses Weges und der damit verbundenen Katastrophe liegt die Unmöglichkeit begründet, gegenüber der Sowjetunion, gegenüber Polen, gegenüber der CSSR die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges mit Gewalt zu korrigieren . . . Die Einsicht in die tatsächlichen Grenzpositionen Polens nach dem zweiten Weltkrieg ist nicht eine taktische Frage der Politik, sondern sie ist eine prinzipielle Frage der Aussöhnung."

Kohl: „Gerade wenn wir uns aufgemacht haben, das Trennende zu überwinden und zu einer neuen Verständigung zu kommen, dann sollten wir uns auch daran erinnern und es den Kindern durch die Schulbücher in beiden Ländern sagen und es sie lernen lassen, daß diese beiden Völker jahrhundertelang auch in enger und friedlicher Nachbarschaft miteinander gelebt haben." (Bundestagsdebatte 26.11.1975)

Wenn diese Sprache nicht deutlich ist! So „eng und friedlich" wird's wieder zugehen, sagt Kohl, dazu das „Trennende", die Wirklichkeit, dem Volk vergessen machen. Dregger hat jetzt zur Bekämpfung des Terrorismus empfohlen, „Front zu machen gegen die geistigen Ursachen, gegen die Verfälschung unserer Geschichte . . ." (Süddeutsche Zeitung, 24.10.) Als Verfälschung der Geschichte zählt er die schlichte Wahrheit, daß die Kapitalistenklasse von Natur aus in ihrem Streben nach Profit aggressiv ist und darin die Raub- und Plünderungszüge gegen die Länder und Völker des Ostens begründet sind. Die Grenzen sind nicht *(noch nicht)* mit Gewalt zu verändern, sagt Friedrich von der SPD, aber die Polen-Verträge sind ein Schritt dahin, und empfiehlt bei ihrer endgültigen kriegerischen Änderung, aber bitte die Lehren aus der Katastrophe des zweiten Weltkrieges zu ziehen, damit es ein Sieg werden kann. Die Vergangenheit vergessen, nicht verdrängen, nennt es Genscher. Schmidt meint, was er sagt, wenn er von „Verbesserung der Atmosphäre" spricht. Nicht nur mit Krediten in Polen, sondern in Westdeutschland gegenüber der Arbeiterklasse durch Demonstration von „Friede und Enge". – (Z-Red)

Streik der Renault-Arbeiter

Während die Reformisten (PSF) und die Revisionisten (PCF) in der Vergangenheit eine öffentliche Auseinandersetzung führten um die Anzahl der nach ihrem „Machtantritt" zu verstaatlichenden Betriebe, finden in den staatlichen Renault-Werken heftige Arbeitskämpfe gegen Entlassungen, Betriebsstillegungen, Arbeitshetze, Bespitzelungen und Unterdrükkung statt. Dies in einer Situation, wo insgesamt die französischen Automobilkapitalisten versuchen, ihre Lage auf dem Weltmarkt zu verbessern, und wo es ihnen bereits gelungen ist, über die verschärfte Ausbeutung der französischen Automobilarbeiter im ersten halben Jahr 1977 allein ihren Export um 12,9% gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen. Renault plant eine Ausweitung und Verlagerung der Produktion ins Ausland; so wird 1978 in Österreich eine Fabrik eröffnet, die ausschließlich Aluminiumteile herstellen wird, zwei weitere Anlagen sollen folgen.

Bei Renault-Billancourt ist im Juli 1977 bekannt geworden, daß Entlassungen im Zuge dieser Ausweitung der Produktion ins Ausland vorgenommen werden sollen.

Anfang September hatten bereits die Lackierer in der Abteilung 74 für 5 Tage die Arbeit niedergelegt, am 22. September streikten die Mechaniker der Abteilung 74, weil ein ausländischer Arbeiter, der wegen einer rheumatischen Gelenkerkrankung einen anderen Arbeitsplatz verlangte, entlassen worden war.

Am 27. September traten dann die 100 Automechaniker der Abteilung 38 in den Streik, um die bevorstehende Auflösung ihrer Abteilung zu verhindern. Anstatt den Kampf der Arbeiter zu organisieren und zu unterstützen, benutzte die CGT – die von den Revisionisten besetzte Gewerkschaftsführung – die Kämpfe zu verzetteln, indem sie hier und da in dieser oder jener Abteilung kurze Arbeitsniederlegungen unterstützte, Versammlungen einberief und mit der Geschäftsleitung in Verhandlungen trat. Als die Direktion versuchte, die Maschinen aus der bestreikten Abteilung 38 abzutransportieren, besetzten die Arbeiter kurzerhand ihre Abteilung, um die Auflösung zu verhindern.

In der Nacht auf den 30. Oktober versuchte nun die Direktion mit 50 Vorarbeitern und Meistern in einem Überfall die besetzte Abteilung zurückzuerobern. Dieses Kommando war mit Pistolen bewaffnet. Die Automechaniker schlugen dieses Kommando mit der Unterstützung der Arbeiter anderer Abteilungen in die Flucht. Die Abteilung blieb besetzt.

Die von der CGT-Leitung auf diesen Vorfall hin einberufene Betriebsversammlung, auf der notwendig gewesen wäre, die weiteren Kampfschritte zu klären, wurde von der CGT-Führung dazu benutzt, den Arbeitern zu versprechen, daß sie vertrauensvoll verhandeln wolle. Die Reaktion auf diese Niederlagentaktik der Revisionisten durch die Geschäftsleitung kam prompt. Sie sperrte 800 Arbeiter kurzerhand aus, um so einen weiteren Keil in die Arbeiter zu treiben. Außerdem verweigerte die Direktion Verhandlungen über Löhne und Gehälter und legte den Arbeitern einen Vertrag vor, in dem sie gezwungen werden sollten, sich in jeden beliebigen Renault-Betrieb im In- und Ausland verdingen zu müssen.


Seit 20. Oktober streiken die Pariser Kanalarbeiter für höhere Löhne.

Während der Streik der Arbeiter bei Renault-Billancourt eine große Solidaritätsbewegung in den Renault-Fabriken hervorgerufen hatte – in Flins und Mans haben die Automechaniker ebenfalls die Arbeit niedergelegt –, war die einzige Sorge der CGT die schnelle Beendigung des Streiks, weil die Kosten dafür zu hoch seien. Am 8. Oktober meldet der «Quotidien du peuple»: „Die Arbeitsniederlegungen werden fortgesetzt. Die Leitung der CGT will ein Ende." Die Arbeiter der Abteilung 59 haben aus Solidarität mit dem andauernden Streik die Arbeit niedergelegt, die Abteilung 74 blokkierte wiederholt den Abtransport der Wagen. Unter der Losung „die Freiheit der Arbeit zu erhalten" – mit dieser Losung operierte auch die CGT auf der Betriebsversammlung – drohte die Geschäftsleitung mit weiteren Entlassungen von 14 Arbeitern. Daraufhin streikten die Arbeiter, die Entlassungsdrohungen wurden zurückgenommen. Die Geschäftsleitung verweigerte nun weitere Verhandlungen und verkündete ihren Standpunkt, daß sie keine der Streikstunden zu bezahlen gedächte.

In ihren Flugblättern beschwor nun die CGT-Leitung das Direktorium, doch weiterzuverhandeln. Als Antwort schickte die Geschäftsleitung den 14 Arbeitern Briefe, die „als letzte Warnung vor der Entlassung anzusehen sind, falls eine weitere Teilnahme an den illegalen Aktionen festzustellen ist". Trotzdem streiken die Arbeiter weiter. Die CGT schreibt in ihren Flugblättern: „Wir erinnern noch einmal daran, daß, wenn uns die Strukturveränderungen Anfang September mitgeteilt worden wären, es nie zu diesem Streik gekommen wäre. Wir erinnern ebenso, daß, wenn die Direktion nicht zwei schwere und gefährliche Provokationen gemacht hätte, die Ausweitung des Kampfes nicht so groß geworden wäre." In unverfroren offener Weise gibt die CGT hier zu, daß sie mit der Arbeiterklasse nichts im Sinn hat, außer daß die Revisionisten mit ihren Stimmen in die Regierung wollen, denn so steht in dem Flugblatt weiter: „Das Unternehmen ist eine Ganzheit. Es muß rollen. Das wird nicht der erste Konflikt sein, der im Interesse aller beendet werden wird." An die Pfründe der Kapitalisten wollen die Revisionisten mit ihrer Verstaatlichung.

Am 7. November stimmte dann die CGT-Leitung einem „Kompromiß" zu, der, wenn die Arbeiter den Kampf der CGT überlassen hätten, noch niederträchtiger aussähe: Alle Arbeitsplätze der Abteilung 38 bleiben erhalten. 51% der Streikstunden werden bezahlt, die Dezemberprämie wird bezahlt. Die Arbeiter müssen die ausgefallenen Stunden an sechs oder sieben Samstagen nacharbeiten. Die 800 ausgesperrten Arbeiter mußten wieder in den Betrieb geholt werden. Die Automechaniker haben am 8.11. die Arbeit wieder aufgenommen. Die 800 ausgesperrten Arbeiter verweigern die Wiederaufnahme, da sie für die Zeit der Aussperrung nur 56% des Lohnes bezahlt bekommen sollen.

Dieser Streik bei Renault zeigt die Situation, in der sich die französische Arbeiterklasse befindet: auf der einen Seite die Arbeiter, die kampfbereit sind und kämpfen, auf der anderen Seite eine Gewerkschaftsführung und eine revisionistische Partei, deren einziges Sinnen und Trachten ist, die Einheit der Arbeiter zu zerschlagen. Daß die französischen Revisionisten große Schwierigkeiten haben, diese Einheit zu verhindern, zeigt, daß CGT, CFDT und FEN (Lehrergewerkschaft) in der Woche, als sie mit Renault-Billancourt drei große Streiks beendet hatten, für den 1. Dezember einen Generalstreik ausrufen ließen, der sich in erster Linie gegen die Regierung richten soll. Die Arbeiter bei Renault-Billancourt, die ihre Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, und die zahlreichen anderen Streikkämpfe sind Beispiel dafür, daß die Taktik der Revisionisten bekämpft wird. Die französische Arbeiterklasse muß diese Fessel sprengen. – (Z-Red.)

Streik in der DDR

Am 7. Oktober war es auf dem Ostberliner Alexanderplatz zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizisten gekommen, in deren Verlauf einige Menschen getötet wurden. Die neue Bourgeoisie verschärft die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in der DDR unter dem Vorwand der „Sicherung der Stabilität der Verbraucherpreise". Dabei ist klar, daß die Arbeiter und Volksmassen Mangel am Notwendigsten leiden, während sich die neue Bourgeoisie in allem möglichen Luxus aus den Intershops und Exquisitläden suhlt.

Gegen die Ausplünderung und die Verschlechterung der Lebensmittel haben am 6. Oktober die Arbeiter des VEB-Betriebes „Fritz Heckert" in Karl-Marx-Stadt die Arbeit niedergelegt und eine Revision der staatlichen Preisfestsetzungen gefordert. Besonders richtete sich ihre Aktion gegen die überhöhten Kaffeepreise und den zu „erschwinglichen Preisen" angebotenen Ersatzkaffee. Einige Tage zuvor, am 26. September, hatte SED-Generalsekretär Honecker auf einer SED-Veranstaltung in Dresden gesagt: „Ich möchte nur noch einmal erwähnen, daß uns allein der Import von Rohkaffee im Jahr rund 300 Millionen Dollar kostet. Sie auszugeben fällt uns nicht leicht. Möglich wird es durch die großen Anstrengungen der Werktätigen in der Exportproduktion. Die Berechnungen gehen davon aus, angesichts der von uns nicht zu beeinflussenden Weltmarktpreise für Rohkaffee die beste Lösung für den Verbraucher zu finden."

Er und seinesgleichen saufen den besten Kaffee aus den Delikatläden, während für die Arbeiter die „beste Lösung" ist, Muckefuck zu trinken. Kein Wunder, daß sie gegen diese „beste Lösung" kämpfen. Sie produzieren allen Reichtum, den die neue Bourgeoisie sich aneignet. Sie wissen, sie können es auch sein lassen. Das haben die Arbeiter des Fritz-Heckert-Werkes gemacht, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die neue Bourgeoisie hat gegen die streikenden Arbeiter SED-Betriebskampfgruppen und den Staatssicherheitsdienst aufmarschieren lassen. Etwa 50 Arbeiter wurden als „Rädelsführer" verhaftet und sitzen zur Zeit immer noch im Gefängnis. Anfang November reiste der Minister für Staatssicherheit nach Karl-Marx-Stadt, um den gegen die streikenden Arbeiter eingesetzten Betriebskampfgruppenmitgliedern und Polizisten den „Karl-Marx-Orden" für „besondere Verdienste" zu verleihen.

Die Informationen über die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in der DDR gegen die neue Bourgeoisie sind äußerst spärlich. Die DDR-Presse schweigt sich aus, die westdeutsche Bourgeoispresse ist gespalten einerseits in triumphales Hohngelächter über die Verhältnisse im „Sozialismus", andererseits schmerzt es sie, zu berichten, daß die Bewußtheit der Arbeiterklasse in der DDR wächst, den Kampf gegen jegliche Ausbeutung und Ausplünderung zu führen. Im Westberliner „Tagesspiegel" vom 13.11. stand deshalb direkt unter dem Artikel über den Streik eine Notiz, daß in Karl-Marx-Stadt ein neues Gefängnis für 2500 Häftlinge geplant wird. Festsetzen soll sich im Bewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin, daß es sich nicht lohnt, den Sozialismus zu erkämpfen, man sieht ja, was dabei rauskommt.

Ganz wegleugnen läßt sich der Zorn und der Kampf der Arbeiterklasse in der DDR gegen die Maßnahmen der neuen Bourgeoisie jedoch auch in den DDR-Zeitungen nicht. In einem Kommentar der „Berliner Zeitung" vom 11.11. hieß es zum Beispiel, daß „in den Betrieben viel diskutiert wird" über die Intensivierung der Arbeit und die staatliche Preispolitik. Beikommen will man dem daraus resultierenden „schlechten Betriebsklima" durch weitere Intensivierung der Arbeit.

Erst am Freitag wurden die Arbeiter wieder im ganzen Land aufgerufen, den 30. Jahrestag für die neuen Bourgeoisie in zwei Jahren durch „Planerfüllung" und neue „Arbeitstaten" vorzubereiten.

Ein scheinbarer Kompromiß der Bourgeoisie in der DDR an das „genußsüchtige" Volk ist die Aufhebung der Einfuhrbeschränkung für Genußmittel. Der Zorn gegen die Bourgeoisie soll gelenkt werden auf die Verwandten in Westdeutschland, die nur zu geizig sind, genügend Kaffee rüberzuschicken. Illusion! Die Arbeiter in der DDR wissen, daß ihre Klassenbrüder in Westdeutschland genauso ausgebeutet und ausgeplündert werden wie sie selbst. Wie sollte das ihren Blick verstellen, daß der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie geführt werden muß, um schließlich an ihren Ordensbändern aufzuknüpfen und wirklich den Sozialismus aufzubauen. – (Bezirk Westberlin)

Sozialversicherungs- und Steuerreform in den USA

Pläne der Carter-Regierung für einen gigantischen Plünderungsfeldzug gegen die amerikanische Arbeiterklasse und die Volksmassen

Zum krönenden Abschluß seiner Rundreise durch die Vereinigten Staaten hatte Carter eigens den krebskranken Altsenator Humphrey in sein Präsidentenprivatflugzeug geladen, um ihn nach Washington zu verfrachten. Altsenator Humphrey, erfahrener Imperialistenknecht im Ausplünderungs- und Unterdrückungsgeschäft, hielt dort eine vielbeklatschte Rede zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" in den USA. Eine Gesetzesvorlage zur Erreichung der „Vollbeschäftigung" hat er ausgearbeitet – bis 1983 soll die Arbeitslosigkeit danach von derzeit 7 Prozent auf 4 Prozent gesenkt werden. „Jeder arbeitswillige Amerikaner soll eine Gelegenheit zur Berufsausübung erhalten", preist Carter diese Gesetzesvorlage mit frommen Worten. Dafür will er 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze im Staatsdienst schaffen, hat er schon im Sommer angekündigt. Unter dem Mantel „Vollbeschäftigung" soll mit diesem Gesetz der Arbeitsdienst mit dem staatlich festgesetzten Mindestlohn als Einheitslohn verankert und ein Militärzuchthaus für die amerikanische Arbeiterklasse und für die Volksmassen errichtet werden. Dies Gesetz ist die Krönung aller bisherigen Pläne der Carter-Regierung.

Am 1. Mai hat die Carter-Regierung schon die Zahl der Wochen, für die ein Arbeitsloser maximal Arbeitslosengeld erhält, von 65 auf 52 Wochen gekürzt und mit einem Schlag dadurch 100000 Arbeiter völlig mittellos auf den Arbeitsmarkt geworfen. Mitte August hat die US-Regierung in ihrem „Wohlfahrtsgesetzentwurf" alle Arbeiter in zwei Kategorien eingeteilt, Arbeitsunfähige, das sind Alte, Blinde und Versehrte, und Arbeitsfähige. Ist ein Arbeiter „fähig" zu arbeiten, so ist er verpflichtet, jede Arbeit zum Mindestlohn anzunehmen. Tut er es nicht, wird die Sozialhilfe oder die Arbeitslosenunterstützung gestrichen. Gleich im nächsten Gesetzentwurf ging der Senat daran, diesen Mindestlohn neu festzulegen. Gegenwärtig brütet der Senat darüber, ob der staatlich festgelegte Mindestlohn von 2,30 Dollar auf 2,65 Dollar (rund 6 DM) ab 1. Januar 1978 erhöht werden solle. Für jugendliche Arbeiter bis 19 Jahren soll sogar ein „Sub-Mindestlohn" von 85 Prozent des allgemeinen Mindestlohns eingeführt werden. Mit diesem Mindestlohn kommt man auf die offizielle Armutsgrenze, die die US-Imperialisten bisher mit 400 Dollar im Monat angaben. Die BRD-Imperialisten veröffentlichen in einem Merkblatt für Auslandstätige als notwendigste Lebenshaltungskosten ohne die Kosten für Wohnung und Auto (also die reinen Kosten für Lebensmittel) für die Vereinigten Staaten bereits ein Minimum von 350 bis 500 Dollar.

Aber auch dieser Hungerlohn sei noch zu viel, klagen die US-Imperialisten. „Der Haupteffekt einer Anhebung der Minimallöhne ... würde nur die Verschärfung des grausamen Wettbewerbs zwischen den Armen um die raren Jobs sein", so „New York Times", und „Newsweek" warnt, „höhere Mindestlöhne würden die ungelernten Arbeiter vom Wettbewerb ausschließen." Die Wünsche der US-Imperialisten, die Löhne der gelernten und Facharbeiter auf den Mindestlohn zu senken, kommen in ihren Blättern zum Ausdruck. Mit Hilfe des „Vollbeschäftigungsgesetzes" soll nun die Zwangsarbeit verwirklicht und sollen staatliche Arbeitslager errichtet werden.

Im gleichen Zuge setzt Carter mit seinem zweiten Hauptwerk, der Rentenreform, die alten Arbeiter für die schrankenlose Ausbeutung frei. Das Rentenalter wurde von 65 auf 70 Jahre erhöht, für Staatsbedienstete ganz aufgehoben. Jeder Rentner, der arbeiten „will", soll dies nun ganz legal dürfen, denn das ist sein „Bürgerrecht" – und das muß verwirklicht werden, sagt Carter. Die Rentner in den USA, die bei einer Rente von durchschnittlich 235 Dollar im Monat gezwungen sind, auch nach der Verrentung weiterzuarbeiten – sie sollen nicht länger zur Schwarzarbeit gezwungen sein. Dafür dürfen sie jetzt volle Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zahlen. Das spart Renten und füllt die Staatskassen. Außerdem kann der Kapitalist, bei dem die Arbeiter in vielen Fällen in die Firmenrentenversicherung einen Teil ihres Lohns einzahlen müssen, diesen Teil des Lohns einstreichen. Haben schon bisher nur 58 Prozent der Arbeiter jemals diese Rente von den Kapitalisten ausgezahlt bekommen – denn Anspruch haben sie nur darauf, wenn sie 5 Jahre oder mehr bei ihm gearbeitet haben –, so werden es in Zukunft noch viel weniger sein.

Damit dies neue „Bürgerrecht" der Rentner auch voll zur Wirkung kommt, haben die US-Bourgeois im Repräsentantenhaus gleich dafür gestimmt, die Renten in Zukunft „leicht" zu senken – von bisher 51 Prozent des letzten Lohnes auf 43 Prozent. Zu guter Letzt wollen sie mit dem neuen Pensionierungsgesetz bis 1982 alle Beschränkungen des Einkommens für Rentner stufenweise aufheben. Bis dahin werden die Renten gekürzt, sobald der Lohn 3000 Dollar im Jahr übersteigt.

Die Cartersche Rentenreform ist eine Spekulation darauf, daß ein Großteil der Rentner durch die Elendsrenten gezwungen sein wird, sich in den Fabriken für einen Hungerlohn bis zu ihrem Tod schinden zu lassen. Für die Kapitalisten bedeutet dies billige Arbeitskräfte, die sie als Druckmittel gegen alle Arbeiter einsetzen können. „Einsparung" der Renten und Auffüllung ihrer Kriegskasse aus der Rentenkasse – das sind die Gedanken der Finanzbourgeois. Haben sie bisher aus der Rentenversicherung einen „Reservefonds" von 36 Mrd. Dollar als Kapitalquelle für die US-Imperialisten angehäuft, so reicht dieser für die großen Pläne der US-Supermacht längst nicht mehr aus.

„Es scheint uns", schreibt „Washington Post", „und vielen, die das Gesetz unterstützen, daß es nur der Vorläufer eines Gesetzes sein kann, das jede Altersgrenze aufhebe." Die Handelsministerin Kreps aus Carters Reihen sagt offen heraus, wo's längs gehen soll. Das Jahr der Auszahlung der Renten generell auf das 68. Lebensjahr zu verschieben, hat sie vorgeschlagen. Die republikanische Partei hat diesen Vorschlag gleich als Antrag übernommen. Trifft er doch die Sache auf den Kopf: liegt die offizielle Lebenserwartung in den Vereinigten Staaten gegenwärtig bei 67 Jahren, so ist schon sicher, daß die Alten aus der Arbeiterklasse schon heute diese offizielle Lebenserwartung nur zum geringsten Teil erreichen, legt man die Rentenauszahlung noch ein Jahr darüber, so kann man ganz sicher sein, daß man diese „Kosten" nicht zu zahlen braucht. Einstweilen hat die Mehrheit im Senat diesen Antrag noch abgelehnt – er ist noch etwas verfrüht. Schon sicher kann man sein, ist es den US-Imperialisten erst gelungen, mit Hilfe von Carters Reformwerk die Alten übers 65. Lebensjahr hinaus in die Fabriken zu treiben, so ist dies der nächste Schritt.

Um diese „Reformwerke" zu zahlen, „bitten" die US-Imperialisten zur Kasse – denn die Sozialversicherungskasse und die Rentenversicherung sei leer, erklären sie. Dazu haben sie jetzt eine „Sozialversicherungsreform" beschlossen – die gigantischste Steuererhöhung in Friedenszeiten. Nur die Sonderabgaben während des Korea- und Vietnamkrieges seien damit vergleichbar, schreibt die „Washington Post" am 29.10. 1977 wird der maximal zu versteuernde Grundbetrag von 16500 Dollar zu 5,85% versteuert, die maximale Sozialversicherungssteuer beträgt damit 1977 965 Dollar. Alles, was darüber hinausgeht, wird nicht versteuert. Ein Arbeiter, der zum Beispiel 10000 Dollar Jahreseinkommen hat, das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Industriearbeiters, wird danach 1977 585 Dollar Sozialversicherungssteuer zahlen müssen, 1986 beim gleichen Jahreseinkommen 710 Dollar. Stufenweise soll sowohl der Steuerprozentsatz als auch der zu versteuernde Grundbetrag von 1977 bis 1986 erhöht werden.

Alles in allem soll dieses großartige Reformwerk der US-Finanzbourgeoisie binnen 10 Jahren ein Zusatzkapital von nicht weniger als 208 Milliarden Dollar in die Hände spielen. Ein Plünderungsprogramm, das den Schreibtischmörder Ehrenberg vor Neid erblassen lassen wird.

Sein wichtigstes Gesetzesprojekt im nächsten Jahr werde eine Steuerreform sein, hat Carter schon angekündigt. „Steuerungerechtigkeiten" will er diesmal aus dem Weg räumen, das Los der Ärmsten erleichtern, Verschwendung beseitigen. Mächtig hat sich Carter während des Wahlkampfes über den „50-Dollar-Martini-Lunch" aufgeblasen, den der Reiche von der Steuer absetzen könne, der Arme aber nicht. (Daß Arme meistens keinen „50-Dollar-Martini-Lunch" zu sich nehmen, hat er in seinem heiligen Gerechtigkeitsdrang dabei übersehen.)

Inzwischen nimmt das Steuerreformprojekt schon Gestalt an. Der steuerfreie Grundbetrag, unterhalb dessen die eingezogene Lohnsteuer durch den Steuerrabatt ausgeglichen wird, soll auf 9500 Dollar Jahreseinkommen angehoben werden. Die Besteuerungsrate soll von 14 bis 70% auf 12 bis 50% gesenkt werden. Für die Volksmassen, die mit rasch steigenden Progressionsraten ab dem Grundsteuersatz die Masse der Steuern zahlen, bedeutet das nur eine zeitweise Entlastung. Sicher wird bis zum nächsten Jahr noch ein wenig an der Progressionsschraube gedreht, so daß die Steuern danach um so rascher steigen. Vor allem aber sind diese Steuererleichterungen für die schlechtestbezahlten Arbeiter nur der schäbige Schleier der Heuchelei vor einer neuen, bedeutenden Steuersenkung für die Kapitalisten. Schon heute rühmen sich die US-Bourgeois unter ihren Artgenossen anderer Länder damit, daß sie berühmt wenig Steuern an ihren eigenen Staat zahlen, die größten Monopole am wenigsten. Im Gespräch sind jetzt eine weitere Senkung der Körperschaftssteuer von 48% auf 46%, Senkung der Steuern auf die ausgeschütteten Dividenden sowie weitere Abschreibungserleichterungen für Investitionen – alles zur Hebung der „Investitionslust". Wieviele Milliarden netto dies der Kapitalistenklasse in die Taschen schwemmen wird, hat man noch nicht bekanntgemacht.

	Einheit	1977	1978	1981	1982	1985	1986	1990
Steuerprozentsatz	%	5,85	6,05	6,55	6,65	6,95	7,10	7,65
maximal zu versteuernder Grundbetrag	Dollar	16500	19900	29700	31800	38100	40200	
maximale Steuer	Dollar	965	1204	1945	2115	2648	2854	
bei 10000 Dollar Jahreseinkommen		585	605	655	665	695	710	765

Mehrere Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die bisher keine Sozialversicherungsabgaben zahlen mußten, sollen nun nach der Reform ebenfalls Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Und für das nächste Jahr hat die Regierung schon eine Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge leise angekündigt.

Das „Vertrauen der Wirtschaft" in die Regierung Carter sei etwas erschüttert seit neuestem, liest man jetzt öfters. „Unbehagen" mache sich breit. Unbehaglich wird der US-Bourgeoisie die Entwicklung des Klassenkampfes in ihrem Land. Unbehaglich ist ihr, weil die Krise der faulenden kapitalistischen Wirtschaft sich weiter vertieft. „Da ist ... ein sehr besorgniserregender Grund für die niedrige Moral des Business – der Verfall der Profite der Unternehmen ... seit Mitte der sechziger Jahre." Das schreibt die „New York Times" (19.10.77) und hat auch gleich schon eine Idee, wie man der „niedrigen Moral" aufhelfen könnte: „Der schnellste Weg, um die Profitabilität ein wenig zu verbessern und den Investitionen ein wenig mehr Mut zu machen, ist, die Steuern zu senken."

An den Summen mag man erkennen, welche gewaltigen Reserven der US-Imperialismus für seine Kriegskasse aus den Massen herauszupressen hofft. An der Größe der Kriegskasse mag man erkennen, wie weit seine Ambitionen nach wie vor reichen. – (Z-Red.)

Übersicht über die Produkte, bei denen der BRD-Imperialismus mit dem US-Imperialismus hauptsächlich auf dem Weltmarkt konkurriert
Jahr 1973

	BRD				USA		
	Beschäftigte in 1000	Anteil des Exports am Umsatz	Export BRD Mrd. DM		Export USA Mrd. DM	Anteil des Exports am Umsatz	Beschäftigte in 1000
Maschinenbau	1086	48%	33,5	:	33,4	16%	1994
Straßenfahrzeuge	626	48%	25,7%	:	14,8	7%	907
Elektrotechn. Industrie	1089	25%	17,4	:	10,5	7%	1267
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	420	22%	5,8	:	3,0	1%	1567
Eisenschaffende Industrie (Eisen und Stahl)	316	32%	11,5	:	3,3	3%	828
Chemische Industrie	587	35%	23,1	:	15,3	8%	852

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976 für die Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Statistical Abstract of the United States 1976. Hrsg: US-Department of Commerce – Bureau of Census.
* Umrechnung von DM in Dollar auf Grundlage des durchschnittlichen Devisenkurses 1973: 1 Dollar gleich 2,66 DM

Trotz massiver Streikhetze: Die englischen Feuerwehrleute setzen den Streik fort

Trotz verschiedener Erfolge im Kampf gegen die 10-Prozent-Lohnleitlinie der Regierung, zum Beispiel beim 14-Prozentabschluß der Fordarbeiter oder beim 50-Prozentabschluß der schottischen Lastwagenfahrer, ist die Front der britischen Arbeiterklasse noch nicht vereinheitlicht. Die Labour-Regierung versucht angestrengt (und bisher erfolgreich), die zahlreichen Streikkämpfe nicht zur gleichzeitigen gemeinsamen Aktion der Arbeiter werden zu lassen.

Nachdem sich die Dienst-nach-Vorschrift-Aktion der Kraftwerksarbeiter im Anschluß an die Ablehnung der Einführung eines Prämienlohnsystems im Bergbau schlagartig über das ganze Land ausgebreitet hatte und täglich bis zu 20 Prozent der Stromversorgung ausfiel, entschloß sich die Regierung zur harten Taktik: sie stellte die Lohnzahlung an alle Kraftwerksarbeiter, die Dienst nach Vorschrift machten, ein. Drei Tage lang führte das zum vollständigen Streik in bis zu 10 Kraftwerken, doch dann bröckelte der Streik ab. Er war von Anfang an nicht von der Gewerkschaft getragen und von den Vertrauensleuten im Streikkomitee ohne Kontakt zu den Werktätigen insgesamt organisiert worden. So mußte er schließlich zusammenbrechen. Inzwischen hat eine Konferenz der Gewerkschaft stattgefunden, in der die Vertrauensleute, die den Streik geführt hatten, eine Lohnforderung zwischen 25 und 40 Prozent als Forderung der Gewerkschaft durchsetzen konnten. Die Fortsetzung ihres Kampfes unter besseren Bedingungen ist damit sicher.

Dem Streik der Feuerwehrleute will die Regierung offensichtlich von Anfang an mit äußerster Härte begegnen. Die Feuerwehrleute fordern den schrittweisen Abbau der 48-Stundenwoche durch Ausbildung neuer Feuerwehrleute, und den durchschnittlichen Wochenlohn der Industrie (zur Zeit 78,08 Pfund) plus 10 Prozent Gefahrenzulage. Gegenwärtig erhält ein verheirateter ausgebildeter Feuerwehrmann mit zwei Kindern einen Wochenlohn von 46 Pfund (65 Pfund brutto). Die Regierung hat 10 Prozent angeboten.

Die Lage im Streik ist schwierig, doch sie entwickelt sich bisher durch die Kampfentschlossenheit der Streikenden sehr gut. Der erste Versuch der Regierung zur Spaltung war eine Hetzkampagne gegen die Streikabsicht der nordirischen Feuerwehrleute. „Es würde eine Welle von Brandsätzen geben", sagte sie. Doch die nordirischen Feuerwehrleute haben in Massenversammlungen beschlossen, sich dem Streik ihrer Kollegen in England, Schottland und Wales anzuschließen. Ihre Streikfront steht ebenfalls.

Der zweite Versuch der Regierung war der Einsatz von Militär in den Feuerwachen. Doch die Gewerkschaft hat alle Fahrzeuge einschließen lassen und die Regierung hat die alten Feuerwehren des Zivilschutzes, die bei dessen Auflösung 1968 eingemottet worden waren, wieder flott machen müssen.

Dann folgte eine massive Kampagne zur Spaltung der Streikenden von den Massen. Alte und Kranke werden zu Dutzenden in brennenden Altersheimen und Krankenhäusern umkommen, ließ Callaghan verbreiten. Es gab einige kritische Tage. Die reformistische Gewerkschaftsführung, die vor dem Streikbeschluß massiv gegen jeden Streik aufgetreten war, kam jetzt wortradikal: „Und wenn die Königin in ihrem Palast eingeschlossen ist, wir streiken." Doch die Massen interessiert nicht die Königin. Sie machen sich Sorgen um die Sicherheit ihrer Rentner und kranken Kollegen. Die ersten Streiktage haben dieses Problem gelöst: bei einem nächtlichen Krankenhausbrand haben Streikposten sofort geholfen, über 100 alte Patienten zu evakuieren. Der Hof eines Kleinbauern wurde ebenfalls von Streikposten gerettet, und die Bauersfrau verabschiedete sie mit den Worten: „Gott sei gedankt für die Feuerwehrleute. Sie haben jeden Penny verdient, den sie verlangen." In London haben sich schon zigtausend Leute in Unterschriftenlisten eingetragen, die bei den Streikposten ausliegen. In Manchester spendet die Bevölkerung Geld zur Unterstützung des Streiks.

Jetzt hat die dritte Phase innerhalb einer Woche begonnen. Die Regierung ist entschlossen zu beweisen, daß sie gestützt auf ihre Truppen ohne die Erfahrung und den Einsatz der Arbeiter auskommen kann. Die Truppen sind bisher von Ingenieuren der Feuerwehr, die sich dem Streik nicht angeschlossen haben, angeleitet worden. Trotzdem brennt täglich eine Fabrik oder ein Lagerhaus, bei denen die Streikenden grundsätzlich keine Hilfe leisten, bis auf die Grundmauern nieder. Mehrere Soldaten wurden bereits in Krankenhäuser eingeliefert, weil sie keine Atemgeräte haben. Seit Mittwoch stehen Streikpostenketten auch vor den Kasernen, um die Ingenieure zurückzuhalten. Ihre Gewerkschaft hat zugesagt, daß sie die Ketten nicht durchqueren werden. Damit wird das Militär noch hilfloser werden.

In der Labour-Partei zeigen sich erste Risse. In einer Sondersitzung des Parlaments haben 58 Abgeordnete, davon 40 Labour-Mitglieder, dafür gestimmt, die Feuerwehr aus der 10-Prozent-Lohnleitlinie herauszunehmen. Das wurde aber mit 211 Stimmen von Labour und Konservativen abgelehnt.

Die feste Absicht der Regierung ist, der Arbeiterklasse in diesem Kampf eine entscheidende Niederlage zu bereiten und die Situation zu nutzen, um eine Militarisierung des öffentlichen Dienstes einzuleiten. Sie weiß, daß sie dabei auf erbitterten Widerstand stoßen wird. Der Bezirk Yorkshire der Bergarbeitergewerkschaft NUM hat den Feuerwehrleuten bereits finanzielle Hilfe zugesagt. Deshalb geht Callaghan entschlossen, aber behutsam vor. Doch auch die Gewerkschaft der Streikenden hat ihre Entschlossenheit bekräftigt, den Streik zum Erfolg zu führen. Die Feuerwehrleute haben sich auf einen harten und langen Kampf eingestellt. Der Ausgang jedoch ist alles andere als entschieden und wird angesichts der reformistischen Führung von der Entschlossenheit der Streikenden und der notwendigen Einheit der englischen Arbeiterklasse abhängen. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

Mit der Bitte um Mäßigung

Intellektuelle schreiben an die Bourgeoisie

„Briefe zur Verteidigung der Republik" sind erschienen. Freimut Duve, Heinrich Böll und Klaus Staeck haben sie herausgegeben. Es ist die Republik des kapitalistischen Privateigentums, das in Artikel 14 der Verfassung garantiert ist. Vor allem die Regierung verteidigt diese Republik. Warum also auch noch ein Buch? Bei Freimut Duve, Heinrich Böll und Klaus Staeck handelt es sich um die zur Zeit viel beschworenen „Bündnispartner". Wollen sehen, wie und gegen wen sie die Republik verteidigen. Freimut Duve, Herausgeber der Reihe rororo aktuell und Hamburger SPD-Funktionär, Festredner auf 1 001 Anti-AKW-Veranstaltungen verteidigt die Republik in einem Brief an Biedenkopf, den Kapital- und CDU-Menschen. In dem Brief an Biedenkopf zitiert er einen Brief an Regis Debray, früher Ratgeber von Fidel Castro, heute Ratgeber von François Mitterand, immer schon und von Geburt an Kind reicher Eltern. Mit Biedenkopf will Duve wieder den „demokratischen Grundkonsensus" herstellen. Um Biedenkopf zu zeigen, wie ehrlich er's meint, hat ihm Duve den Brief an den „lieben Regis" beigelegt. In dem Brief an Debray wirbt Freimut Duve für „die Republik":

„Wir haben nur diese Republik. Wir haben nicht einmal jene nationale Identität, die es uns erlauben könnte, ein wenig lässig mit unserer Verfassung umzugehen. Der Widerstand gerade der linken und liberalen Demokraten gegen jede Verfassungsänderung rührt ja auch daher, daß diese 1949 verabschiedete Verfassung, daß diese Republik auch historisch unsere einzige Loyalitäts- und Legitimationsplattform ist. Sie ist für uns demokratische Sozialisten, wie Du weißt, nicht Instrument, sondern Prinzip und Wert."

„Eigentum verpflichtet", heißt es in Artikel 14 der Verfassung. Es verpflichtet vor allem dazu, den bürgerlichen Staat zu verteidigen. Wie sonst soll das Eigentum gewährleistet werden?

„Für uns alle hier in Westeuropa stellt sich die Alternative schon seit langem so: Nicht Sympathie für oder Verurteilung des Terrors, sondern Duldung oder aktive Bekämpfung. Wir müssen diesen Terror aktiv bekämpfen. Er mordet mit jedem Bürger, ob Polizist, Politiker oder Arbeitgeber, auch ein Stück jener Demokratie, für die bei uns Namen wie Gustav Heinemann und Heinrich Böll, aber auch Willy Brandt und Helmut Schmidt, ja auch Helmut Schmidt, stehen. Denn wir kämpfen ja doch auch darum, daß wir unsere Meinungsverschiedenheiten über den richtigen politischen Weg mit Worten austragen können. Mit jedem Mord und den echten wie geheuchelten Reaktionen auf ihn wird ein Stück unserer Republik mit weggeschossen."

So kann man es sehen: mit den Schüssen in Karlsruhe ist das Stück Buback, mit den Schüssen in Oberursel das Stück Ponto und mit den Schüssen im französischen Elsass ist das Stück Schleyer von „unserer Republik" weggeschossen worden. Wahr ist daran, daß diese Leute zu unserer Republik gehören wie die Sklavenhalter zur athenischen Demokratie, von der ja auch manche schwärmen. Aber es ist eben gerade nicht so, daß mit Buback, Ponto, Schleyer ein Stück der Ausbeuterrepublik weggeschossen worden ist. Wie die athenische Demokratie auf der Sklaverei beruhte und nicht auf diesem oder jenem Sklavenhalter, so beruht „unsere Republik" auf dem Kapitalismus und nicht auf diesem oder jenem Kapitalisten oder Kapitalagenten. Die Bourgeoisie herrscht mit Zuckerbrot und Peitsche. Wenn die Bourgeoisie die Peitsche schwingt, wen anders als die Bourgeoisie kann man dafür verantwortlich machen? Nur der peitschenschwingende Bourgeois selber und sein Ideolog können auf die Idee kommen, jene seien schuld, die gepeitscht werden oder deren Namen bei jedem Peitschenschlag beschworen werden.

Jeder Revolutionär oder Demokrat wird die Ideologie und Politik der RAF bekämpfen, weil sie nichts nützt, um der Bourgeoisie die Peitsche aus der Hand zu schlagen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen, auf dem die Herrschaft der Bourgeoisie beruht.

Wer die RAF bekämpft, weil die Bourgeoisie zur Peitsche greift, ist weder Revolutionär *noch* Demokrat, sondern ein gewöhnlicher Spießer und Bourgeoisideolog.

Die RAF gefährdet die Republik, das ist der Verteidigungsruf der Briefe. Die Peitschenschwinger werden damit gedeckt. Schlimmer noch: Neben der RAF sind die Massen die Schuldigen, wenn die Bourgeoisie die Peitsche schwingt:

„Wenn auf Polizisten geschossen wird, dann rufen die Bürger nach dem Schutz des Staates, nach mehr Polizei. In Brasilien ist der terroristische Staat so stark und schwach zugleich, daß er nicht einmal die ‚Konkurrenz' der Todesschwadron eindämmen wollte und konnte. Wehe uns, wenn sich Private zu Baader-Jägern zusammentun", schreibt Duve an den „lieben Regis" und schickt dem Biedenkopf den Durchschlag. Möge ihn „die Republik" schützen und Gott ihn dann selig haben.

Klaus Staeck schreibt an seinen Studienkameraden Bernhard Vogel, inzwischen Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Nachfolger Kohls im Vorzimmer der BASF-Kapitalisten:

„Auch die Weimarer Republik ist nicht an dem vielfältigen Terror, sondern an dem Versagen der Demokraten, unter anderem auch gegenüber diesem Terror zugrundegegangen. Und die Demokratie gerät wirklich in [illegible], wenn unter den Schocks der Ereignisse die Bevölkerung in dem Glauben bestärkt wird, Toleranz und Pluralität der Meinungen seien nicht mehr erforderlich und selbst schon ein Kennzeichen der Gefahr. Wer aber Treibjagden (gegen die Intellektuellen) fördert, hat es am Ende nicht mehr in der Hand, wenn sie in Progromen enden." Vogel treibt gefährliches Spiel, weil es ihm mit den Massen gehen kann wie Goethes Zauberer mit seinen Lehrlingen. Nicht Vogel ist der Faschist. Die Massen sind faschistisch, plappert Staeck den Schulbüchern nach und will sich mit seinem Studienkameraden verbünden.

Bündnisse von Leuten wie Staeck und Vogel zur Verteidigung der Republik können sich bloß gegen die Massen richten. Wehe wenn sie losgelassen!, von dieser Furcht geht diese Sorte Demokraten und „Antifaschisten" aus. Letzten Endes treffen sich all diese Demokraten und Antifaschisten im Ruf nach dem Staat zur Eindämmung und Unterdrückung der gesellschaftlichen Widersprüche. Auch Ideologie und Politik der RAF sind eine Widerspiegelung dieser Widersprüche. Diese Widersprüche gehen zurück auf den Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung. Die Kräfte des Privateigentums verfaulen und erfüllen mit ihrem Verwesungsgestank die Gesellschaft. Dieser Verfaulungsprozess ist so stinkend, daß er selbst die Söhne und Töchter der Bourgeoisie zu Teilen abstößt. Auf der anderen Seite ist die Arbeiterklasse, die die modernen Produktivkräfte vertritt, politisch geschwächt durch ihre Niederlage gegen den Faschismus und durch die Herrschaft von Reformismus und modernem Revisionismus in der Arbeiterbewegung. Ganz unvermeidlich entspringt in einer solchen Lage kleinbürgerlicher Terrorismus als Antwort auf den Verfaulungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft und der Klasse der Privateigentümer. Überwunden werden kann der Terrorismus nur durch die revolutionäre Arbeiterbewegung, die den Kampf für Demokratie und die proletarische Revolution bewußt und organisiert führt.

Ein Teil der kleinbürgerlichen Terroristen wird ins Lager der Bourgeoisie zurückkehren und vielleicht die Offiziere ihrer faschistischen Sondertrupps bilden. Ein anderer Teil wird sich auf die Seite der Arbeiterklasse schlagen. Jene „Demokraten" und „Antifaschisten", deren höchste Sorge die Entfaltung der gesellschaftlichen Widersprüche ist, werden sich ebenfalls entscheiden müssen, auf welche Seite sie sich stellen. Ein Teil hat sich schon entschieden. Angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes fürchtet er um seine bequeme Rentierexistenz. Wie schrieb Freimut an den „lieben Regis"? „Oft bedrängt und außer Atem, aber wir selbst leben gut in diesen Republiken, in denen beileibe nicht alle gut leben."

Um es gleich zu sagen: Die Arbeiterbewegung freut sich über jeden Intellektuellen, der an ihrer Seite den Kampf für Demokratie führt und den sie für die proletarische Revolution gewinnen kann. Sie kann aber keinen dieser Intellektuellen für den notwendigen Kampf gewinnen, wenn sie sich deren Standpunkt oktroyieren läßt. Dann wird sie entwaffnet. Diese Entwaffnung der Arbeiterbewegung wird gegenwärtig als „Bündnispolitik" angepriesen.

Der KB, der nicht als Blindschleiche bezeichnet werden will und in dessen Zeitung „Arbeiterkampf" man die Wahrheit nur mit Hilfe von Gegendarstellungen durchsetzen kann wie beim „Spiegel", erhebt zum Kriterium von Aktionseinheiten das „anständige Verhalten" gegenüber „Demokraten". Unanständig war zum Beispiel, daß in der KVZ ein Artikel gegen Biermann stand, als die bürgerliche Presse ihn gerade als Heiland an den Mann bringen wollte, und daß gegen Wallraff polemisiert worden ist, während sein jüngstes Buch auf die Bestsellerliste gestaucht werden sollte. Anständig dagegen ist folgendes „Bündnisangebot" für eine „Anti-Repressions-Aktionseinheit", das der KB zusammen mit 5 trotzkistischen Gruppen unterbreitet:

„Grundlage für eine solche Aktionseinheit sollte nach dem Verständnis der bisherigen Unterzeichner der kleinste gemeinsame Nenner sein – nämlich der der gemeinsamen Betroffenheit und Bedrohtheit. Programmatische Übereinstimmung auch nur ansatzweise kann nicht Sinn eines möglichst breiten Bündnisses sein, würde dieses vielmehr unerträglich belasten."



Mit dieser Methode sollen die Leute vorgeführt werden, damit sie zum Fußvolk irgendwelcher Persönlichkeiten werden, die sich als Sprecher anbieten. Aber wieso sollte sich die Arbeiterbewegung Persönlichkeiten als Sprecher aufdrängen lassen, die nicht bereit sind, konsequent für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes einzutreten?

„Gegen Repression – gemeinsame Aktion!" Schon gut. Aber wir sind dafür, daß die „demokratischen Persönlichkeiten" einige Forderungen im Kampf unterstützen. Wer will schon dafür auf die Straße gehen, daß ihre Stimme im Dialog mit Biedenkopf und Bernhard Vogel ein bißchen Gewicht hat und die Tantiemen stimmen? – (Z-Red.)

„Es war ein Schütz . . .“

Die einzige Verbindung zwischen Goppel und dem Volk sind die Schweinshaxen, die er ihm wegfrißt

„Gott hat uns das Schwert der Gerechtigkeit nicht gegeben, damit wir es rosten lassen“, sagte der bayerische Ministerpräsident Goppel, tat's und legte am hundertsten Jahrestag der Ermordung des Wildschütz' Georg Jennerwein am Grab zwei Kriminalpolizisten mit Maschinenpistolen bewaffnet auf die Lauer. „Gerechtigkeit“ hatte die Staatsmacht 1877 an Georg Jennerwein geübt, als sie ihn vom Jagdgehilfen Pföderl hinterrücks erschießen ließ.

Die Bauern jagten, als sie noch freie Bauern waren, das Wild, um zu verhindern, daß das Wild das junge Forst- und Ackergut wegäste. Dies war notwendig, um gute Ernte zu machen und hatte zugleich die angenehme Seite, daß das Wild den Magen füllte. Mit der Unterwerfung des freien Bauern durch die feudale Klasse zur Leibeigenschaft, zu Frondienst und Zehntabgabe wurde den Bauern auch das Recht genommen, das Wild zu jagen. Die Bauern haben sich jedoch dieses Recht immer genommen, sie haben „gewildert“ und für dieses Recht jahrhundertelange Kämpfe gegen die Fürsten geführt. Der Untergang der verfaulten feudalen Klasse änderte nichts daran, auch unter der Herrschaft der aufkommenden Bourgeoisie erhielten die Bauern das Jagdrecht nicht wieder. Um 1860 machte sich vor allem in den Getreideanbaugebieten in Niederbayern und Oberbayern eine Krise bemerkbar, viele Bauern wurden von ihren Höfen vertrieben, nachdem sie vorher von Großgrundbesitzern und der aufkommenden Bourgeoisie in Schulden und Abhängigkeit verstrickt wurden, sie mußten ihre Höfe zwangsversteigern. Der Adel und die Bourgeoissprößlinge rissen sich Grund und Boden für Taschengelder unter den Nagel. Der Fürst Thurn und Taxis hat in dieser Zeit über die Hälfte seines jetzigen riesigen Besitzes so zusammengerafft.

Der Wildschütz Schorsch Jennerwein ließ sich das Jagdrecht nicht nehmen, er jagte, verschenkte und verkaufte das geschossene Wild billig an die Bauern. Über ein Jahrzehnt lang versuchte die Staatsmacht, Jennerwein zu erwischen, häufig setzte sie Militär ein. Die Bauern und das Volk jedoch versteckten Jennerwein, er genoß großes Ansehen bei den Volksmassen, und noch heute geht der Widerstand des Schorsch Jennerwein von Generation zu Generation im südostbayerischen Raum über. 1877 gelang es dann der Staatsmacht, ihn ermorden zu lassen, wobei die Staatsmacht den Haß der Massen fürchtete und versuchte, es als Selbstmord auszugeben.

Voriges Jahr legten auf dem Grab von Jennerwein „Wilderer“ einen geschossenen Gamsbock nieder, heuer besuchten in den vergangenen Wochen Hunderte von Menschen, Arbeiter und Bauernfamilien das Grab in Westenhofen. „Der Friedhof von Westenhofen glich in dieser Nacht einem Wallfahrtsort.“ (Süddeutsche Zeitung, 7.11.77)

Die Volksmassen haben ein klares Bewußtsein zur Geschichte. Die Bourgeoisie weiß das und vor allem die bayerische Bourgeoisie hat schon immer versucht, die Verbindung zum Volk über Folklore herzustellen. Von der Folklore zur Geschichte ist es nicht weit. Das macht sie in jeder Frage der Geschichte der Kämpfe der Klassen. Das Bewußtsein der Massen drückt sich klar in einem niedergelegten Gamsbock aus. Das will die Bourgeoisie umkrempeln und hat die Überlegung, ob der Liedtext mit dem § 88 a verboten werden soll, schnell fallengelassen. Sie wollen mit Folklore die Verbindung zum Volk herstellen, um die Geschichte umzukrempeln, den tiefen Klassenriß zwischen der Landbevölkerung und dem bürgerlichen Staat verdecken. Dazu hat der Vogel, seines Zeichens Bundesjustizminister, ein Rechtsgutachten über den Mord an Jennerwein anfertigen lassen, jetzt hat er auch noch das Jennerweinlied „verunglimpft“ und auf Platte gesungen, James Last wimmert in flotter Hot-Melodie es ebenfalls von der Platte, allerdings immer nur die 1. Strophe.

Der Alfons Goppel, seines Zeichens bayerischer Ministerpräsident, hat die gute „bayerische Tradition“ des Jennerwein „gewürdigt“. Bloß hat er eine andere Tradition: Jennerwein hat gegen den bürgerlichen Staatsapparat gekämpft, Goppel hält das „Schwert der Gerechtigkeit“ in der Hand und fechtet, damit es nicht rostet, für die bestehende Ausbeuterordnung. Er hat anscheinend guten Grund dafür, bezahlt bekommt er monatlich netto 14096 DM aus den geraubten Lohngeldern der lohnabhängigen Massen, am Walchensee hat er ein Forsthaus von der bayerischen Forstverwaltung gemietet für 50 DM im Monat, dreigeschossig mit Bootshaus, mit einer für die Öffentlichkeit gesperrten Forststraße entlang des Sees und riesigen, wildreichen Wäldern ringsum. Jetzt wollte er es gleich kaufen für 85000 DM, das drang aber an die Öffentlichkeit, so daß er den Schwanz wieder einziehen mußte. Ab nächstem Jahr will er nicht mehr „Landesvater“ spielen, er macht seinen Stuhl frei und wird Vorsitzender des bayerischen Sparkassenverbandes.

Man sieht, die einzige Verbindung, die zwischen Goppel und dem bayerischen Volk besteht, sind die Schweinshaxen, die er ihm wegfrißt, sonst nichts. – (S-Red.)

Jennerwein-Wildschützenlied

Es war ein Schütz in sei-nen schön-sten Jah-ren, er wur-de weg-ge-putzt von die-ser Erd, man fand ihn erst am neun-ten Ta-ge bei Te-gern-see am Pei-ßen-berg.

Auf den Bergen ist die Freiheit,
auf den Bergen ist es schön,
doch auf so eine schlechte Weise
mußte Jennerwein zugrunde gehn!

Auf hartem Stein hat er sein Blut vergossen,
am Bauche liegend fand man ihn,
von hinten war er angeschossen,
zersplittert war sein Unterkinn.

Es war schrecklich anzusehn,
als man ihm das Hemd zog aus,
da dachte jeder bei sich selber:
Jäger, bleib mitn Selbstmord z'haus!

Du feiger Jäger, das ist eine Schande,
du erwirbst dir wohl kein Ehrenkreuz,
er fiel mit dir nicht im offnen Kampfe,
weils der Schuß von hint beweist.

Man bracht ihn dann noch auf den Wagen,
bei finstrer Nacht ging es noch fort,
begleitet von seinen Kameraden
nach Schliersee, seinem Lieblingsort.

Dort ruht er sanft, ja, wie ein jeder,
bis an den großen Jüngsten Tag,
dann zeigt uns Jennerwein den Jäger,
der ihn von hint erschossen hat.

Von der Höh gings langsam runter,
denn der Weg war schlecht und weit,
ein Jäger hat es gleich erfunden,
daß er sich hat selbst entleibt.

Und am großen Jüngsten Tage
putzt jeder sein Gewissen und 's Gewehr,
dann marschiern d' Jäger samt die Förster
aufs Gamsgebirg zum Luzifer.

Zum Schlusse Dank noch den Vetranen,
da ihr den Trauermarsch so schön gespielt,
Jäger, tut euch nur ermahnen,
daß keiner mehr von hinten zielt.

Der schmutzige Trick mit dem „Selbstmord“ ist also schon lange bekannt. Wie lächerlich ist es da, wenn heute versucht wird, gegen Einsichten, die sich bei den Volksmassen durch jahrhundertlange praktische Erfahrung mit den Organen der Staatsmacht bilden, per *Verbot* solcher Einsicht vorgehen zu wollen.



Georg Jennerwein, Holzknecht in Westerhofen bei Schliersee, wurde am 6. November 1877 auf dem Peißenberg bei Tegernsee vom Jäger Pfederl erschossen. Sie waren Kriegskameraden. Vorgesungen vom Hartl, genannt Scherrerbauer, Tegernseerberg 1910.

Jagdgesetze heute

„Die Liebe zur Natur und ihren Geschöpfen und die Freude an der Pürsch in Wald und Feld“ wird seit 1934 einheitlich in einem Reichsjagdgesetz, später Bundesjagdgesetz geregelt. So kostbar ist diese „Liebe“ der Bourgeoisie, daß sie diese mit keinem anderen zu teilen wünscht und dies durch unzählige Paragrafen regelt.

„Das Jagdrecht steht dem Eigentümer auf seinem Grund und Boden zu. Es ist untrennbar mit dem Eigentum an Grund und Boden verbunden“,

heißt es in den Gesetzen von 1934, 1952, 1961 und 1977.

Die Lohnabhängigen sind damit von vorneherein vom Jagdrecht ausgeschlossen. Damit der Herr Doktor oder der Herr Professor, die ihren Reichtum lieber in Aktien anlegen, dennoch nicht auf den Jagdgenuß verzichten brauchen, die Gesellschaft aber auf jeden Fall exklusiv bleibt, gibt's das Jagdrecht auch verpachtet: die gesetzliche Mindestpacht beträgt 75 ha auf eine Mindestzeit von 9 Jahren. und mit einem Pachtzins bis zu 35 DM/ha.

„Zusammenhängende Grundflächen mit einer land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich nutzbaren Fläche von 75 ha an, die im Eigentum ein- und derselben Person . . . stehen, bilden einen Eigenjagdbezirk.“

Auch das ist die gültige Schranke seit 1934: Über 90 % der Bauern wird mit einem Federstrich, Eigentum an Grund und Boden hin und her, das Jagdrecht genommen.

Für den Fall, daß diese beiden Schranken die in höchst materiellen Gründen verwurzelte „Freude an der Pürsch in Wald und Feld“ bei noch nicht allen kleinen und mittleren Bauern haben erdrücken können, hat die Bourgeoisie 1934 den *Jagdschein* erfunden und ihn nach dem Krieg um die verbindliche *Jägerprüfung* ergänzt. Die Bedingungen, an die der Erwerb eines Jagdscheins gebunden ist, können hier gar nicht alle aufgezählt werden. Neben einer Jagdhaftpflichtversicherung von 1 000 000 DM ist's vor allem die „erforderliche Zuverlässigkeit“, die zählt. Demnach erhält den Jagdschein nicht, wer

„a) wegen Friedensverrats, Hochverrats, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats, Landesverrats oder Gefährdung der äußeren Sicherheit,

b) wegen vorsätzlichen Angriffs auf das Leben oder die Gesundheit, Vergewaltigung, Zuhälterei, Land- oder Hausfriedensbruch, Widerstands gegen die Staatsgewalt, einer gemeingefährlichen Straftat, Wilderei, oder einer Straftat gegen das Eigentum oder Vermögen, (. . .)

e) wegen einer Straftat gegen jagdrechtliche, tierschutzrechtliche oder naturschutzrechtliche Vorschriften, das Waffengesetz, das Bundeswaffengesetz, das Reichswaffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, das Sprengstoffgesetz, rechtskräftig verurteilt“ ist. (Gesetz 1977)

Die „Liebe zur Natur und ihren Geschöpfen“ bekommt nur der gestattet, der sie mit der Liebe zur kapitalistischen Eigentumsordnung zu verbinden weiß. Und der außerdem, seit 1977,

„ausreichende Kenntnisse der Tierarten, der Wildbiologie, der Wildhege, des Jagdbetriebes, der Wildschadensverhütung, des Land- und Waldbaues, des Waffenrechts, der Waffentechnik, der Führung von Jagdwaffen, der Führung von Jagdhunden, in der Behandlung des erlegten Wildes unter besonderer Berücksichtigung der hygienisch erforderlichen Maßnahmen, in der Beurteilung der gesundheitlich unbedenklichen Beschaffenheit des Wildbretes insbesondere hinsichtlich seiner Verwendung als Lebensmittel und im Jagd-, Tierschutz- sowie Naturschutz- und Landschaftspflegerecht“ nachweisen kann. Wobei der locker winkende Geldschein schon den Nachweis natürlich ersetzen kann, die Kenntnisse aber noch längst nicht den erfolgreichen Nachweis bedeuten.

Wer dennoch jagt, obwohl es ihm sowohl am nötigen Geld, am Großgrundbesitz und an der erforderlichen Zuverlässigkeit fehlt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. – (Z-Red)

Jagd – für Bauern unerschwinglich

Die Jagd, früher trotz zahlreicher Schranken von vielen Bauern und Teilen des Volkes betrieben, wird heute ausschließlich von Kapitalisten, Großgrundbesitzern und zum geringen Teil von Großbauern gepachtet. Die Pacht liegt, je nach Wildbestand und Flurbeschaffung, bei 4 bis 35 DM je ha. Die Jagden haben im Schnitt eine Größe von 1 200 bis 1 500 ha. Für den Erwerb des Jagdscheines muß man über 2 000 DM rechnen. Die Ausrüstung kostet dann nochmal 6 000 bis 8 000 DM. Welcher Bauer kann sich das schon leisten? Einige, die noch von früher einen Jagdschein besitzen, dürfen unter der Gnade des Jagdbesitzers mal mit auf die Stocker- oder Treibjagd. Ansonsten „dürfen“ sie ihr Land für die Jagd verpachten, es bleibt ihnen oft nichts anderes, weil sie den Pachtzins für die Sanierung von Gräben und Feldwegen brauchen. Pro Jahr sind es aber selten mehr als 100 DM, die der allergrößte Teil der Bauern ausgezahlt bekommt, da ihre Fluren ohne Waldbestand sind und sich dort nur Niederwild aufhält.

In der „Frankfurter Rundschau“ wird am 11.11. über die Kapitalistenjagd im Frankfurter Stadtwald berichtet: „Mit Fasanen und Hasen ist da nichts mehr . . . Auf etwa 80 Stück Damm- und 40 Stück Schwarzwild“ sowie „200 Tiere“ Rehwild ist der Tierbestand dort heruntergeschossen. Der tatsächliche Tierbestand ist immer niedriger, denn die Abschußgenehmigung wird vom Kreisjagddirektor nach dem *angegebenen* Tierbestand erteilt. Die Kapitalisten sehen deshalb viel kranke Tier in ihren Jagden. Um auf ihren Jagdspaß zu kommen, geben sie an – die gesunden zu erhalten. Das bezeichnen sie als Pflege und Hege der Tiere. So gibt denn auch Forstdirektor Ebert die Genehmigung zu weiterem Herunterschießen.

Doch weiter. Die vierzig Geladenen im weißen Hemd „werden querbeet durchs Gelände mit dem Bus bis hin zu den Treibstationen kutschiert, ein Chauffeur rollt – den Rucksack mit Ersatzmunition geladen – hinter der bewaffneten Gesellschaft hinterher . . . Die Großstädter hielten sich bei solch bewaffnetem Anblick mit ‚Anpöbeleien‘ nicht zurück“, wen wundert's auch bei solch einer faulen Bande, die selbst beim Vergnügen die Arbeit scheut. Damit bei der Jagd keine Spaziergänger geschossen werden, sind „drei bis vier Leute von der Reiterstaffel“ der Polizei dabei.

Das Wildschießen wird von den Kapitalisten aus reinem Vergnügen betrieben, und selbst dazu sind sie meist noch zu dämlich. Man weiß, welche Anstrengung und Gefahr es bedeutet, den Herren das Wild schießgerecht vor die Flinte zu treiben. Drum hatten es alle Arbeiter bei dem Oelgroßhändler und Stadtrat Hans W. Harling aus Celle abgelehnt, als Treiber mitzugehen. Also mußten die Herren selber ran. Ein Kaninchen ward aufgestöbert und tat gut daran, um sein Leben rennend, in ein Gebüsch zu verschwinden. Der Treiber hinterher. Drei Jäger hörten etwas rascheln und ballerten rein. Ein Aufschrei! Die drei Jäger nach ins Gebüsch. Dabei hakte der Abzug eines Gewehres an einem Ast und noch ein Schuß traf. Diese erfolgreiche Kapitalistenjagd wurde ohne Halali abgebrochen, und es ist nicht die erste und nicht die letzte, die so endet.

Nach Auskunft der Frankfurter Ordnungsbehörde liegt die Durchfallquote bei der Jagdscheinprüfung bei 50 %. Solche Jäger, wie oben beschrieben, bekommen den Jagdschein leicht. Andere Jäger nicht. Z.B.: Dr. Behrens, Leiter der Frauenklinik in Celle, war zweimal beim Vorbereitungslehrgang und erhielt den Schein. Ein Jungbauer war ein halbes Jahr bei dem gleichen Lehrgang und zwar zweimal die Woche, und fiel durch. – (Z-Red)

Kommunistische Volkszeitung